memory citizenship

SICHTBARKEIT MIGRANTISCHER NARRATIVE IM URBANEN RAUM

memory citizenship
Sichtbarkeit migrantischer Narrative im urbanen Raum

Prüferinnen
Dr. Regula Valerie Burri, Zita Seichter

Shari Laura Merzoug
Matrikelnummer 6085443
shari.merzoug@hcu-hamburg.de

MTT7 Thesisprojekt
Entstanden im Rahmen des Masterstudienganges Urban Design
Sommersemester 2024
HafenCity Universität, Hamburg
Abgabedatum: 17. 09.2024

269.269 Zeichen (inkl. Leerzeichen)

DANKE!

Diese Arbeit widme ich all jenen, die für eine gerechtere und inklusivere (Stadt-)Gesellschaft kämpfen und gekämpft haben, und die sich nicht mit dem Bestehenden zufriedengeben. Besonders gedenke ich Semra Ertan, Marwa El-Sherbini und C. Kemal Altun.

Mein Dank gilt allen, die an dieser Thesis beteiligt waren. Insbesondere danke ich meinen aktivistischen Interviewpartner:innen für ihre Zeit und Bereitschaft, ihr Wissen zu teilen und mir einen Einblick in ihre persönlichen Wahrnehmungswelten zu geben. Euer Mut und eure Ausdauer, die urbane Gesellschaft gerechter zu gestalten, beeindrucken mich zutiefst. Ein besonderer Dank geht außerdem an Nico, Johannis, Jules und Blu für ihre fachliche und emotionale Unterstützung in stürmischen Zeiten. Nicht zuletzt gebührt mein Dank meinen Prüferinnen Regula Burri und Zita Seichter für ihre wertvolle Unterstützung und ihren fachlichen Rat.

INHALT

1 INTRO 9

1.1 Repräsentation migrantischer Erinnerung in der Stadtgesellschaft 10

1.2 „Migrationspanik" als ideologischer Katalysator 13

1.3 Was will diese Arbeit? 16

2 THEORIE 17

2.1. Erinnern im öffentlichen Raum: Straßen- und Platznamen 19

2.1.1 Erinnerungskultur(en) und das *kollektive Gedächtnis* der Stadtgesellschaft 20
Konstrukt des *kollektiven Gedächtnis* 20
Das Konstrukt der Erinnerungskultur(en) 23

2.1.2 Die Bedeutung der Straßen- und Platzbenennung im öffentlichen Raum 25
Straßenschilder als Erinnerungsorte 25
Exkurs: Historische Entwicklung der Straßen- und Platzbenennungen 27
Aktuelle Richtlinien zur Um- und Neubenennung von öffentlichem Raum 29

2.2 Postkoloniales Erinnern 31

2.2.1 Erinnerung als eine Frage der Macht 31

2.2.2 Die postkoloniale Stadt als Repräsentationsraum 33

2.2.3 WHO BELONGS? Memory Citizenship 35
Paradoxon des deutschen Erinnerungsbewusstseins 35
Migrant Archives und *memory citizenship* 38

2.2.4 Benennungen von öffentlichem Raum als Akt der *memory citizenship* 40

3 METHODIK 43

3.1 Forschungsvorhaben 45

3.1.1 Forschungsdimensionen und Unterfragen 47
Aktivist:innen: Wahrnehmung und Ausübung 47
Bewertung auf kommunalpolitischer Ebene 48
Resonanz in der lokalen Nachbar:innenschaft 49

3.1.2 Auswahl der Case-Studies 50

3.2 Selbstpositionierung 51

3.3 Erhebungsmethoden 53
3.3.1 Dokumentenanalyse 56
3.3.2 Semistrukturierte Expert:inneninterviews 57
3.3.3 Teilnehmende Beobachtung & lokales *Hanging Around* 60

3.4 Auswertungsmethodik 62
3.4.1 Sichtung + Homogenisierung 63
3.4.2 Kodierungsprozess in der Inhaltsanalyse: Offen, Axial, Selektiv 63

3.5 Reflexion der Methodik 66
3.5.1 Reflexion der Expert:inneninterviews 66
3.5.2 Reflexion des *Hanging Arounds* & teilnehmender Beobachtung 68
3.5.3 Gesamtreflexion des methodischen Designs 69

4 CASE-STUDIES 71

4.1 Semra-Ertan-Platz, Hamburg 73

4.1.1 Lokalisierung/Kontextualisierung 73
Der Ort 73
Der Stadtteil *St. Pauli*: Nachbar:innenschaft & Migration 79
Um- und Neubenennung von öffentlichem Raum in Hamburg 81

4.1.2 WER war Semra Ertan? 83
Semras Leben und ihr Wirken in St. Pauli 83
Tod und Reaktionen 84

4.1.3 Die Semra-Ertan-Intiative 87
Akteur:innenkonstellation: Wer ist die *Semra-Ertan-Initiative*? 87
Motivation und Ziele der *Semra-Ertan-Initiative* 89
Bisheriger Prozess zum *Semra-Ertan-Platz* 91

4.1.4 Was macht diese case-study zu einem Akt der *memory citizenship?* 95

4.2 Marwa-El-Sherbini-Platz, Bremen 97

4.2.1 Lokalisierung + Kontextualisierung 97
Der Ort 100
Das *Bremer Viertel* 103
Um- und Neubenennung von öffentlichen Räumen in Bremen 104

4.2.2 WER war Marwa El-Sherbini? 106
Marwas Leben und Wirken 106
Mord aus rechtsextremen Motiven und deutsche Aufarbeitung 108

4.2.3 Eine Mischform - Initiierung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* 110
Akteur:innenkonstellation am *Marwa-El-Sherbini-Platz* 111
Genese in Kooperation: Der Neubenennungsprozess 114

4.3.4 Ein Akt der selbstermächtigten *memory citizenship*? 116

4.3 [exkurs] C. Kemal-Altun Platz - ein Vorläufer 118

5 ANALYSE 121

5.1 Aktivist:innen: Wahrnehmung und Ausübung der *memory citizenship* 123
5.1.1 Aktivistische Einordnung der Platzneubenennung 124
Bedeutung von Platzbenennungen im aktivistischen Kontext 124
Stellenwert offizieller Legitimation in aktivistischer Erinnerungsarbeit 126

5.1.2 *memory citizenship* im Kontext vielschichtiger Erinnerungsarbeit 128
Raumproduzierende Handlungen: Widerstand in den Raum schreiben 132
Community: Schaffung einer Erinnerungsgemeinschaft 137
Wissensproduktion und dialogische Sensibilisierung 142
Kontinuität der migrantischen Gedenkarbeit - *memory citizenship* als Prozess 147

5.1.3 Herausforderungen bei der Ausübung von Akten der *memory citizenship* 149
Migrantische Stimmen und advokatorische Interessenvermittlung 149
Stellvertreterargumentation und rassistische Tendenzen 153

5.2 Bewertung der Kommunalpolitik 158

5.2.1 Bremen: Symbolpolitik mit Multiplikator-Effekten? 159
5.2.2 Hamburg: *memory citizenship* im Spannungsfeld der kommunalen Parteipolitik 161

5.3 Resonanz in der lokalen Nachbar:innenschaft 166

5.3.1. Solidarische Handlungen in der Nachbar:innenschaft 167

5.3.2 Wirksamkeit der neuen Platzbeschilderung im Rahmen der *memory citizenship* 170

6 OUTRO 173

6.1 Zusammenfassung und Fazit 174

Vielschichtige Erinnerungsarbeit 174
Wahrnehmung und Wirkung der *memory citizenship*-Praxis auf lokalpolitischer Ebene 176
Wirkung und Resonanz auf der lokalen Ebene der Nachbar:innenschaft 177
Herausforderungen und Chancen 178
Verhältnis zu postkolonialen Umbenennung(-sforderungen) 180
Bedeutung der *memory citizenship* in der postkolonialen Stadtgesellschaft 181

6.2. Grenzen dieser Arbeit und Ausblick 183

7 VERZEICHNISSE 185

7.1 Literatur 186

7.2 Abbildungen 194

7.3 Interviews und Protokolle 196

„Wohin gehöre ich,
In die Türkei, oder bin ich Ausländerin?
Was bin ich, woher komme ich?
Ich weiß es nicht …
[…]
Unser Name ist Ausländer.
In meiner Heimat halten sie nichts von uns,
Seit Jahren in der Ferne.
Alles ist uns fremd,
Zwischen zwei Welten bin ich,
Aus der Türkei, oder bin ich Ausländerin?
Was bin ich, woher komme ich?
Ich weiß es nicht.“

(Gedicht von Semra Ertan 1981 in Bilir-Meier et al. 2023)

1
INTRO

1.1 REPRÄSENTATION MIGRANTISCHER ERINNERUNG IN DER STADTGESELLSCHAFT

Urbane Gesellschaften werden von einem vielfältigen „kollektiven Gedächtnis“[1] geprägt. Dabei existieren innerhalb der Gesellschaft keine singulären Erinnerungskulturen, sondern es bestehen stets verschiedene Erinnerungsgemeinschaften nebeneinander.

Die Selektion von Repräsentation des *kollektiven Gedächtnis* unterliegt bestimmten Regeln und kann als ein Produkt von Machtverhältnissen verstanden werden. Folglich spiegeln die vorherrschenden, repräsentativen Geschichtsnarrative einer Stadt häufig nicht die vielfältigen Erinnerungen ihrer gesamten Bewohner:innenschaft wider. Diesbezüg-

1 Der Begriff „kollektives Gedächtnis“ wird in dieser Arbeit nicht als natürlich gegebenes Element betrachtet. Vielmehr wird er als diskursives Konstrukt verstanden, dessen Bedeutung komplex und vielschichtig sind. Eine detaillierte Erläuterung dieses Verständnisses und seine Relevanz für die vorliegende Untersuchung erfolgt ab S. 20.

lich scheint es wichtig zu hinterfragen, wer über die Repräsentation im öffentlichen Raum entscheidet sowie welche Narrative und damit verbundene Werte und Perspektiven dadurch vermittelt werden.
Die Repräsentation marginalisierter und diskriminierter Gruppen mit geringem politischem Einfluss kann insbesondere im Kontext postkolonialer und antirassistischer Diskurse von zentraler Bedeutung sein. Sie kann zur eigenen Verortung als auch bei Fragen der Zugehörigkeit zur Stadt sowie um eine diverses und inklusives Erinnerungsbewusstsein zu schaffen, entscheidend wirken (vgl. Engler 2013: 54 und Jethro 2022: 50). Repräsentation von Erinnerungskultur(en) im öffentlichen, postkolonialen Raum kann in diesem Kontext als machtvolles politisches Instrument betrachtet werden (vgl. Yeoh 2002: 456-58 und Ha 2018: 79-82). Denn öffentliches Gedenken und die Darstellung von Vergangenheit beeinflussen nicht nur, woran sich eine Gesellschaft erinnert, sondern auch wie ihre gegenwärtige Identität und soziale Organisation verhandelt wird: „*memory as ‚the past made present'*" (Engler 2013: 42).

Mittel zur öffentlichen Repräsentation von Erinnerungskulturen und historischer Narrative können unter anderem Denkmäler, aber auch urbane Straßen- oder Platznamen sein (vgl. Erll 2008: 176, Assmann o.J. und Glaser 2013). Diese können nach Pierre Nora (1998) als Erinnerungsorte bezeichnet werden, die als Metapher für das stehen, woran sich kollektive Erinnerung und zugleich auch gegenwärtiges Handeln orientiert. Damit sind sie zugleich Träger und Former des Konstrukts eines *kollektiven Gedächtnisses* der Stadtgesellschaft, indem sie bestimmte Werte vermitteln (vgl. Erll 2018: 20-23 und Prinzleve 2024).

Die Städte Hamburg und Bremen sind reich an Geschichte und kulturellem Erbe, welches sich in ihrer urbanen Landschaft widerspiegelt. Hier bin ich beim urbanen Flanieren auf vereinzelte Straßenschilder städtischer Plätze gestoßen, welche die Narrative von Personen mit Migrationsgeschichte ehren und gleichzeitig gesellschaftliche Missstände problematisieren: Der *Marwa-El-Sherbini-Platz* in Bremen sowie der *Semra-Ertan-Platz* und *C. Kemal-Altun-Platz* in Hamburg.

Diesen Fallbeispielen ist dabei gemein, dass sie durch selbstermächtigte Gedenkarbeit von Initiativen aus der Zivilbevölkerung öffentliche

Aufmerksamkeit und teilweise sogar offizielle Anerkennung für ihre Forderungen nach einer Platzneubenennung erhalten haben. Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage, die von einer (in-)offiziellen Genehmigung bis hin zu einer Ablehnung reichen, stellt sich jedoch die Frage, welche historischen Narrative in Form von Straßenbeschilderung im öffentlichen Raum präsent sein dürfen. Ebenso wird die Frage aufgeworfen wie es zur Ehrung von Personen mit Migrationsgeschichte durch Benennungen im öffentlichen Raum kommt und welche Auswirkungen dies auf marginalisierte Gemeinschaften haben kann, da sie auf den ersten Blick das Potenzial besitzen, Identifikation und Inklusion zu fördern, indem sie die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und würdigen.

1.2 „MIGRATIONS-PANIK“ ALS IDEOLOGISCHER KATALYSATOR

Als Kernthema dieser Thesis steht abgeleitet aus der obenstehenden Ausgangslage die migrantische Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Aufgrund dieser thematischen Ausrichtung der Arbeit, ist es von zentraler Bedeutung, die aktuelle Situation und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Migration in Deutschland einzuordnen: Migration und Wanderbewegungen gelten menschheitsgeschichtlich schon immer als ein universaler Normalfall (vgl. Oltmer 2016). Auch die deutsche Gesellschaft profitiert von davon und wird gleichsam vor Herausforderungen gestellt. Fest steht, dass die Tatsache einer fortschreitenden Pluralisierung der Gesellschaft nicht aufgehalten werden kann (vgl. Fouroutan, Naika 2020: 42). Dennoch entwickelt sich ein zunehmend migrationsfeindliches Klima in der deutschen Gesellschaft. Im Folgenden soll aufgezeigt werden wie Migration derzeit in der öffentlichen und politischen Debatte positioniert ist:

Im Frühling dieses Jahres haben die Europawahlergebnisse gezeigt, dass die AFD (Alternative für Deutschland) flächendeckend als insgesamt zweitstärkste Partei in Deutschland hervorging. In der Altersklasse der 16–29-Jährigen lag sie in den deutschlandweiten Umfragen sogar gleichauf mit der Christlich-Demokratischen Partei als stärkste Kraft (vgl. Emundts 2024). Die AfD kann durch ihr Wahlprogramm und ihre öffentlichen Statements als offen migrationsfeindliche Partei

bezeichnet werden, die vor allem durch Migrant:innen muslimischen Glaubens eine Gefahr für Europa sieht. Doch auch andere Parteien wie die CDU/CSU und SPD fordern für die europäische Migrationspolitik eine klare Begrenzung der Zuwanderung mit Ausnahme von ausländischen Fachkräften (vgl. ebd.).

Darüber hinaus zeigte jedoch die Correctiv-Recherche, die am 10. Januar 2024 veröffentlicht wurde, „*dass es der AfD mit ihrem Schulterschluss mit Rechtsextremisten und Rechtskonservativen nicht nur um Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte geht, sondern um eine grundsätzlich andere Gesellschaftsform und ein Zurück zu einer völkischen Nation. Davon werden letztlich alle betroffen sein*." (Türkmen 2024). An dieser menschenfeindlichen Zielsetzung der AfD offenbart sich ein binäres Gesellschaftskonstrukt, welches klar in „einheimisch-zugehörig" und „fremd-nicht-zugehörig" unterscheidet. Dass trotz der erschreckenden Offenbarungen dieser Recherche die AfD ihr bisher deutschlandweit bestes Wahlergebnis einfahren konnte ist das Ergebnis eines schleichenden Prozesses einer gesellschaftlich zunehmenden Akzeptanz von Migrationsfeindlichkeit. Dies zeigte sich unter anderem durch die Salonfähigkeit des Singens eines ausländerfeindlichen Songtextes in Teilen der Gesellschaft, welches im viralen „Sylt-Video" offenbart wurde, sowie der alarmierenden Zunahme an rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im Jahr 2023 (vgl. VBRG 2024). Hinzu kommt die fortwährende Art und Weise des negativen, medialen Framings von Migrant:innenengruppen bzw. „Fremdgruppen" (Blatter 2022:4), welches ebenfalls zur Schaffung eines migrationsfeindlichen Klimas beiträgt[2].

Die Soziologin Ceren Türkmen sieht die Gründe hierfür in der mangelnden politischen Beachtung zivilgesellschaftlicher Warnungen und Proteste zur generellen Gefährdung der Demokratie von Rechts, insbesondere nach den NSU-Morden und den Anschlägen in Hanau 2020 (vgl. Türkmen 2024). Diese Ignoranz zeigt sich laut Türkmen im inkonsequenten Umgang mit Rechtsextremismus in der Aufarbeitung der

2 Das mediale Framing von ausländischen Tätern und Tatverdächtigen, suggeriert beispielsweise „dass ausländische Täter:innen krimineller und gefährlicher als inländische Täter*innen sind" (Blatter 2022: 4).

Anschläge und dem Fehlen politischer Verantwortungsübernahme, was die Bemühungen antirassistischer und antifaschistischer Initiativen für eine offene Gesellschaft und den Schutz der Demokratie untergräbt (vgl. ebd.)

Restriktive Migrationspolitiken und zentrale Rückschritte im Asylrecht in den 1990er-Jahren, die eine „Täter-Opfer-Umkehr" (vgl. Türkmen 2024) vollziehen, haben eine „Diskursverschiebung nach rechts" und damit eine „Migrationspanik" politisch hergestellt und verstärkt:

„... die Aushöhlung des Asylrechts hat weitere Gewalt und Tote an den Grenzen erzeugt und im Inneren eine Gesellschaft geschaffen, die durch Rassismus, Abschottung, Ausgrenzung und Stigmatisierung funktioniert. Selbst, wenn die weiße Mehrheitsgesellschaft privilegiert ist, leben müssen sie dennoch in einer Gesellschaft des Hasses, der Respektlosigkeit und der Desinformationen, die den Nährboden für demokratiefeindlichen Anschluss bieten. Rassismus kommt nie alleine!" (Türkmen 2024)

Die „Migrationspanik" fungiert laut Türkmen als „ideologische Katalysator" für eine tiefergehende Krise und eine autoritäre gesellschaftspolitische Transformation (vgl. Türkmen 2024). Diese Prozesse und vielerorts unerträgliche Normalisierung von Antisemitismus, Rassismus und rechten Ideologien führen zu einer *„dramatischen Ausweitung der Gefahrenzone für viele Menschen"* (VBRG 2024). Dies schafft ein Klima der Unsicherheit, Belastung und Veränderung im Alltag von Personen mit Migrationsgeschichte in Deutschland (vgl. ebd. und Türkmen 2024).

1.3 WAS WILL DIESE ARBEIT?

Sich in den oben beschrieben gesellschaftspolitischen Zeiten mit Fragen der Ausübung und des Umgangs mit einer selbstermächtigten migrantischen Erinnerungskultur in Deutschland beschäftigen zu können, empfinde ich als großes Privileg und gleichzeitig als belangvolle Aufgabe. Mithilfe des Konzept der *memory citizenship* will ich daher in dieser Arbeit die migrantische Erinnerungsarbeit anhand von drei Fallbeispielen, dem *Marwa-El-Sherbini-Platz* in Bremen, dem *Semra-Ertan-Platz* und dem C. Kemal Altun Platz in Hamburg, analysieren.

Das Konzept der *memory citizenship* beschreibt einen postkolonialen Akt der Selbstermächtigung, durch welchen sich Personen mit Migrationsgeschichte als Teil der städtischen Gemeinschaft etablieren und ein Recht darauf beanspruchen, in die formale Bedeutungsproduktion der Stadt einzugreifen und somit das städtische *kollektive Gedächtnis* zu beeinflussen (vgl. Engler 2013: 42). Bestrebungen für die Ehrung von Personen mit Migrationshintergrund durch die Benennung urbaner Plätze kann als eine solche Praxis der *memory citizenship* verstanden werden (Engler 2013: 42).

Insbesondere in den typischen Aushandlungsprozessen einer postmigrantischen Gesellschaft „die nach erfolgter und weiterhin erfolgender Migration einsetzen, wenn feststeht, dass eine fortschreitende Pluralisierung nicht aufgehalten werden kann" (Fourtan 2020: 18), will ich analysieren, welche Rolle die Praxis der selbstermächtigten Neubenennungsforderungen von städtischen Plätzen spielt. Ziel dieser Arbeit ist es, zu analysieren, wie diese Praxis von den Initiator:innengruppen selbst ausgeübt und wahrgenommen sowie auf der kommunalen Ebene bewertet werden und welche Resonanz sie in der lokalen Nachbar:inneschaft hervorruft.

2
THEORIE

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem migrantischem Erinnern im öffentlichen Raum in Form der Straßen- und Platzbenennung. Dazu wird in den folgenden Kapiteln eine theoretische Auseinandersetzung mit den Konzepten des *kollektiven Gedächtnisses* und der *Erinnerungskulturen*, sowie eine Einordnung der historischen und gegenwärtigen Bedeutung von städtischen Straßen- und Platznamen und den aktuellen Normen und Vorgaben für Benennungen des öffentlichen Raums durchgeführt. Außerdem erfolgt eine Auseinandersetzung mit Repräsentationen von Erinnerungskulturen aus einer postkolonialen Linse sowie den eingeschriebenen Machtverhältnissen und Restriktionen des deutschen Erinnerungsbewusstseins, welches die migrantische Erinnerungskultur seit jeher einschränken. Abschließend werde ich auf die widerständen Erinnerungspraxis von migrantischen Communities *memory citizenship* eingehen, die ein dynamischeres Verständnis von Identität und öffentlicher Erinnerung zulassen. Abschließend werde ich beschreiben, inwiefern Forderungen von Um- und Neubenennungen von städtischem Raum als solche widerständige Praktiken begriffen werden können, bei denen sich Migrant:innen selbstermächtigend eine Teilhabe am *kollektiven Gedächtnis* verschaffen und sich als Menschen konstituieren, die zur Stadtgesellschaft gehören.

2.1 ERINNERN IM ÖFFENTLICHEN RAUM: STRASSEN- UND PLATZNAMEN

„Erinnern ermöglicht, sich seiner eigenen Existenz zu vergewissern. Es dient der Orientierung in der Gegenwart und für die Zukunft.“ (Deutscher Städtetag 2023: 6)

2.1.1 Erinnerungskultur(en) und das kollektive Gedächtnis der Stadtgesellschaft

In einem Positionspapier des Deutsche Städtetag von 2023 wird postuliert, dass eine Anerkennung der Heterogenität und Pluralität des sogenannten „kollektiven Gedächtnisses'" einer Stadtgesellschaft eine *„wichtige Voraussetzung für die gelingende Weiterentwicklung kommunaler Erinnerungskultur*" (DST 2023: 6) bildet. Diesbezüglich gelte das Bewegen „*zwischen der Anerkennung von Vielfalt und der Suche nach Verbindenden*" (ebd.: 6) als zentrale Herausforderung für die zukünftige Entwicklung urbaner Erinnerungskultur(-en) in deutschen Städten.

Doch was genau ist mit dem Gedächtnis, welches der Stadtgesellschaft in kollektiver Form zugeschrieben wird, gemeint? Und was ist die Erinnerungskultur, die in urbanen, deutschen Räumen entwickelt wird? An dieser Stelle erscheint es wichtig, auf die vielschichtige theoretische Rahmung des *kollektiven Gedächtnis*-Begriffes sowie das geläufige Verständnis von Erinnerungskultur aus kulturwissenschaftlicher Perspektive einzugehen

Konstrukt des *kollektiven Gedächtnisses*

Die Kulturwisschenschaftlerin Astrid Erll spricht im Zusammenhang mit dem Gedächtnis-Begriff in den vergangenen Jahrzehnten von einem „memory boom" (Erll 2018: 4) innerhalb der Kulturwissenschaft. Als Grund gilt unter anderem die durch Dekolonisierung und Migration gewachsene Multi(-erinnerungs)kulturalität in westlichen Gesellschaften, die das Gedächtnis als „*hochgradig politisches Phänomen mit stark ethischen Implikationen*" identifiziert" (vgl. ebd.: 3). So wird Geschichte nicht als Kollektivsingular oder determinierter Prozess begriffen. Die Narrativität von Geschichtsschreibung spielt aufgrund der „*wirklichkeitskonstituierende Kraft ihrer Repräsentation*" (vgl. ebd.: 4) in diesem Verständnis eine wichtige Rolle und muss hinterfragt werden. Diese Dynamiken haben zu der Notwendigkeit einer stärkeren Auseinan-

dersetzung mit dem Begriff des *kollektiven Gedächtnisses* geführt. Als Resultat steht eine Vielzahl von Begriffen und Konzepten, die durch ihre eindrucksvolle Heterogenität nicht alle in logische Verbindung miteinander gebracht werden können (vgl. Erll 2018: 5). Daher wird im Rahmen dieser Arbeit auf ausgewählte relevante Konzepte eingegangen.

Maurice Halbwachs (1967) schuf mit dem Konzept des *kollektiven Gedächtnis* (mémoire collective) einen Zusammenhang zwischen Individuum und einer Gruppe (vgl. Halbwachs 1985: 381 f.). Dabei hebt er die Konstruiertheit von Erinnerungen hervor: „*die Erinnerung [ist] in sehr weitem Maße eine Rekonstruktion der Vergangenheit mit Hilfe von der Gegenwart entliehener Gegebenheiten und wird im Übrigen durch andere, zu früheren Zeiten unternommene Rekonstruktionen vorbereitet, aus denen das Bild von ehemals schon recht verändert hervorgegangen ist*" (Halbwachs 1967: 56). Erinnerungen sind nach Halbwachs Ansicht übertragbar. Erfahrungen, die andere Personen in einem Kollektiv haben, können demnach auch Teil der eigenen Erfahrungen werden, wenn ausreichend Konsens mit den fremden Erinnerungen besteht (vgl. Halbwachs 1985: 381f.). Die Existenz eines *kollektiven Gedächtnisses* impliziert also nicht, dass alle die gleichen Erfahrungen gemacht haben, wohl aber eine Identitätszugehörigkeit innerhalb der Gruppe, die durch das geteilte Gedächtnis geschaffen wird (vgl. ebd.). Kritisiert wird Halbwachs jedoch aufgrund seiner Einschränkung der Überzeugung eines *kollektiven Gedächtnisses* einer Gruppe, was aufgrund einer hohen Diversität an gruppeninternen Erinnerungen infrage gestellt werden kann. Ebenfalls umfasst das *kollektive Gedächtnis* für ihn lediglich die Erinnerungen von lebendigen Träger:innen (Zeitzeug:innen); zeitlich weiter zurückliegende Ereignisse zählen nicht dazu (vgl. Sänger 2006: 33).

Die Kulturwissenschaftler:innen Aleida und Jan Assmann knüpfen mit ihrer Konzeption verschiedener Gedächtnis-Konstruktionen an die theoretischen Überlegungen von Halbwachs an. Das *kollektive Gedächtnis* ist in ihrer Logik in Abgrenzung zum *sozialen (bzw. kommunikativen) Gedächtnis* zu verstehen. Beide Konstruktionsformen beschreiben dabei eine Form des gemeinsamen bzw. kollektiven und nicht des individuellen Erinnerns (vgl. Erll 2018: 24-25).[3]

Das soziale (bzw. kommunikative) Gedächtnis ist nach Aleida Assman eine befristete Form von Gedächtnis, welche durch direkten kommunikativen Austausch in Alltagsinteraktionen entsteht (vgl. Assmann 2008: 2 und Erll 2018: 25). Charakterisierend für dieses Gedächtniskonstrukt ist, dass der Austausch gemeinsamer Erfahrungen von Zeitgenoss:innen aus verschiedenen Perspektiven heraus stattfindet. Die Teilhabe an solchen Gedächtnisgruppen erfolgt automatisch per Geburt und das Bestehen des Gedächtnisses endet mit dem Ableben der lebendigen Erfahrungsträger:innen (vgl. Assmann 2008: 2).

In Abgrenzung dazu versteht Assmann das *kollektive Gedächtnis* als eine Art langfristiges Gedächtnis, welches deutlich stärker „geformt" ist und Ereignisse retrospektiv aus einer einzigen Perspektive betrachtet, die keine Mehrdeutigkeit zulässt (vgl Assmann 2008: 2, vgl. auch Erll 2018: 25). Gegenstand des *kollektiven Gedächtnisses* sind „*mythische Ereignisse in ferner Vergangenheit, die die Gemeinschaft fundieren*" (Erll 2018: 25). Assmann beschreibt diesbezüglich, dass im *kollektiven Gedächtnis „mentale Bilder zu Ikonen, [und] Erzählungen zu Mythen" werden, deren wichtigste Eigenschaft Überzeugungskraft und „affektive Wirkmacht*" seien (Assmann o.J.: 2). Auf diese Weise werden aus historischen Erfahrungen Geschichten geformt, die aus ihrem Entstehungskontext gelöst und generationsübergreifend weitergetragen werden. Das *kollektive Gedächtnis* endet daher nicht mit dem Ableben der ursprünglichen Erfahrungsträger:innen, sondern durch Ersatz des Gedächtnisses aufgrund seines dysfunktionalen Selbstbildes für die Erinnerungsgruppen (wie z.B. die Nation Deutschland, die Stadt Hamburg). Assmann beschreibt, dass die Teilhabe an einem *kollektiven Gedächtnis* für das Individuum durch die Teilnahme an Riten erfolgt (vgl. Assmann o.J.: 4). Die Geschichte wird hierbei in der Form gedeutet, kommuniziert, und praktiziert, dass sie gegenwärtig bleibt, und „*... daß Vergangenheit und Gegenwart an bestimmten Orten und in bestimmten Handlungen ineinanderfließen*", wie bei Gedenkfeiern oder Gedenktagen. (vgl. Assmann o.J.: 5).

3 In anderen Versionen der Assmannschen Konzeption gelten das soziale und kulturelle Gedächtnis beide als Formen von kollektivem Gedächtnis, wobei das kollektive Gedächtnis nicht als eigene Form aufgeführt ist. In dieser Arbeit wird jedoch auf die Definition des kollektiven Gedächtnisses nach Assmann (o.J.) zurückgegriffen.

Astrid Erll beschriebt das *kollektive Gedächtnis* zusammenfassend als Oberbegriff „*für all jene Vorgänge biologischer, psychischer, medialer und sozialer Art, denen Bedeutung bei der wechselseitigen Beeinflussung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in kulturellen Kontexten zukommt.*" (Erll 2018: 5). Aufgrund der Komplexität des Begriffs fasst sie den Begriff als „diskursives Konstrukt" (ebd.) auf. Sie konstatiert, dass das Konstrukt des *kollektiven Gedächtnis* einen wertvollen Rahmen für die Forschung bietet, um die vielfältigen Phänomene der *Erinnerungskultur* in ihrem Zusammenhang zu erkennen und zu analysieren. Ebenso weist sie auf dessen Bedeutung für das Verständnis und die Interpretation von Erinnerungspraktiken in der Gesellschaft hin (vgl. Erll 2018: 5).

Das Konstrukt der *Erinnerungskultur(en)*

Erinnerungskultur lässt sich in diesem Kontext als die Gesamtheit der Formen und Praktiken verstehen, durch die eine Gesellschaft oder Gruppe ihre Vergangenheit vergegenwärtigt, deutet und für die Gegenwart nutzbar macht. Sie umfasst alle „*denkbaren Formen des Erinnerns an historische Ereignisse, Personen und Prozesse; seien sie politischer, kognitiver, ästhetischer oder emotionaler Natur*" (vgl. Cornelißen 2012: 2). Nach Erll (2008) sind *Erinnerungskulturen* im einfachsten Sinne „*historisch und kulturell variable Ausprägungen von kollektivem Gedächtnis"* (ebd.: 176). In ihrer Pluralform „Erinnerungskulturen" macht diese Definition jedoch deutlich, dass *Erinnerungskultur* kein homogenes Phänomen ist. Vielmehr existieren in jeder Gesellschaft multiple, oft konkurrierende Erinnerungsgemeinschaften nebeneinander (vgl. ebd.: 176). *Erinnerungskulturen* existierten dabei als abstrakte Denk- und Gefühlsstrukturen ebenso wie als konkrete Handlungen und räumliche Manifestationen (vgl. Glaser 2013.). Erll (2018) postuliert, dass die Verbindung zwischen Erinnerungskulturen und dem Begriff des *kollektiven Gedächtnisses* folgendermaßen zu verstehen ist: Das *kollektive Gedächtnis* als diskursives Konstrukt ist „*Fokus der kulturwissenschaftlichen Neugier*" (Erll 2018: 6) aus welchen neuen Erkenntnissen über die gegenwärtige Gesellschaft generiert werden können. Die

Erinnerungskulturen sind der Untersuchungsgegenstand, um dieser Neugier nachzugehen.

Zusammenfassend wird in dieser Arbeit demnach das „kollektive Gedächtnis der Stadtgesellschaft" als diskursives Konstrukt und die *Erinnerungskultur(en)* als Ausprägung und Forschungsgegenstand dessen verstanden. Beide gelten nicht als natürliche oder gegebene Einheiten. Vielmehr bietet die analytische Verwendung dieser Konstruktbegriffe eine Möglichkeit, Rückschlüsse auf die Funktionsweisen gegenwärtiger gesellschaftlicher Machtstrukturen, politischer Machtausübung und Phänomene kollektiver Identitätsbildung zu schließen (vgl. Erll 2018: 5, 26 und Assmann 1992: 18).

Die Analyse von Identifikationsangeboten durch offizielle Repräsentationen von *Erinnerungskulturen* im Stadtraum ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis individueller und kollektiver Identitätsbildung. Aleida Assmann betont, dass Individuen nicht als isolierte Einheiten betrachtet werden können, sondern stets als Teil größerer sozialer Zusammenhänge zu verstehen sind in welche sie eingebettet sind (Assmann o. J.: 1). Jedes Individuum (ICH) formt dabei seine Identität in Verbindung mit verschiedenen Gruppen (WIR). Diese „Wir-Gruppen" eines Individuums repräsentieren ein Spektrum heterogener Mitgliedschaften mit unterschiedlichen Graden der Exklusivität. Assmann argumentiert, dass sich das Gedächtnis des Einzelnen in Interaktion mit diesen Gruppen im Prozess seiner Sozialisation entwickelt. Diese Gruppen können unterschiedliche Bezugshorizonte besitzen und teils unabhängig nebeneinander existieren, sich aber auch überschneiden und gegenseitig verstärken (vgl. ebd.).

2.1.2 Die Bedeutung von Straßen- und Platzbenennung im öffentlichen Raum

Da eine *„gesellschaftliche Gedächtniskultur [...] ohne Lokalisierung nicht auskommen kann*" (Glaser 2013), manifestieren sich Aushandlungen und Diskurse um die Erinnerungskulturen im öffentlichen urbanen Raum in Form von Denkmälern, Gedenkstätten, aber auch in der Namensgebung von Straßen und Plätzen (vgl. ebd. und DST 2023).

Straßenschilder als Erinnerungsorte

Straßenschilder als Manifestationen im Raum können nach Pierre Nora (1998) als *Erinnerungsorte* (lieux de memoire) begriffen werden. Für den Autor sind *Erinnerungsorte* im weitesten Sinne materielle und kulturelle Phänomene, zu denen auch geografische Orte (loci) in der Stadt gehören. Die einzelnen *lieuxs de mémoires* sind netzartig miteinander verbunden (vgl. Erll 2018: 20-23 und Schmidt 2004). Sie stehen als Metapher für all das, woran sich kollektive Erinnerung orientiert und festmacht (vgl. Prinzleve 2024). Auf diese Art und Weise tragen und formen sie das Konstrukt eines *kollektiven Gedächtnisses*, wie beispielsweise das der Stadtgesellschaft (vgl. ebd.) Da ein „Gegenstand der Kultur" (Erll 2018: 21) erst durch internationale symbolisch Überhöhung zu einem Erinnerungsort wird, verfügt er über eine symbolische Dimension durch die bestimmte Werte vermittelt werden (vgl. ebd.).

Erinnerungen an beispielsweise historische Persönlichkeiten im öffentlichen Raum erfolgen durch die Vermittlung eines spezifischen Narrativs über das Leben dieser Personen. Dieses Narrativ schafft Strukturen und Zusammenhänge, die es ermöglichen, komplexe (Lebens-) Realitäten zu verstehen und einzuordnen (vgl. Gadinger et al. 2014: 71-75). Narrative vermitteln Leitprinzipien und Werte, die zur Stabilisierung von Wertesystemen beitragen. Sie können bei der Schaffung oder auch Transformation sozialer und moralischer Ordnungen entscheidend wirken (vgl. Hajer 1995: 65 und Stone 1989: 295). Zudem dienen Narrative als Bezugspunkte, die es Individuen ermöglichen, Perspektiven und Er-

fahrungen zu positionieren und zu vertreten. In diesem Sinne können sie auch zur Identitätsbildung beitragen (vgl. Viehöver 2006 180-84). Assmann (o. J.) nimmt hinsichtlich der Manifestation gesellschaftlicher Gedächtniskultur durch Straßen- und Platzbeschilderung eine Unterscheidung zwischen inoffiziellem und offiziellem Gedächtnis vor (vgl. ebd.: 5). Dabei nimmt sie Bezug auf das *soziale Gedächtnis*, welches einerseits aus dem Erfahrungsschatz einer Gruppe besteht, der durch wiederholte Erzählungen lebendig gehalten wird.[4] Andererseits besteht das *soziale Gedächtnis* auch aus lebensweltlichen Kontexten, in welche die Vergangenheit oft auf unbewusste Weise integriert ist. Assmann konstatiert:

„Das soziale Gedächtnis ist in eine materielle Dingwelt eingelassen, das Alltagsgegenstände ebenso umfasst wie Architektur und urbane Topographien. Es ist das Merkmal des nationalen Gedächtnisses, daß es seine Signatur in diese Topographie in Form von Denkmälern und Straßennamen einschreibt." (Assmann o. J.: 6)

Assmann betont in diesem Zuge, dass „offizielle" Zeichensetzungen des nationalen Gedächtnisses, wie Denkmäler oder Straßennamen, obwohl sie auf eine dauerhafte Präsenz ausgerichtet sind, oft nur kurz bestehen, da sie mit einem System- oder Regierungswechsel abrupt enden können (vgl. ebd.). Die offizielle Form hat damit im Vergleich oftmals eine kürzere Halbwertszeit als Topographien des inoffiziellen oder des *sozialen Gedächtnisses,* obwohl dieses biologischen Rhythmen unterliegt: „*Nicht ars longa, vita brevis heißt es dann, sondern: kurz sind die politischen Inszenierungen, lang ist das Leben, das sie überlebt*

4 Dies geschieht sowohl spontan und beiläufig als auch organisiert durch Feste und Jubiläen zur Bestätigung und Erweiterung gemeinsamer Erinnerungen.

– *wenn es sie überlebt.*" (ebd.: 6).

Die kurze Dauer und ein häufiger Wechsel von offiziellen Zeichensetzungen des nationalen Gedächtnisses im öffentlichen Raum wird auch in Hinblick auf die historische Entwicklung in der Namensgebung von städtischen Straßen und Plätzen deutlich.

[Exkurs]
Historische Entwicklung der Straßen- und Platzbenennungen

Die Benennung urbaner Straßen und Plätze im deutschsprachigen Raum diente bis etwa zur Französischen Revolution hauptsächlich der Orientierung. Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde die symbolpolitische Bedeutung von Straßen- und Platznamen erkannt, wodurch ihr eine „ehrende Erinnerungsfunktion" zukam (vgl. Pöppinghege 2005: 22, Pöppinghege 2012: 7, 33 und Sänger 2006: 43). Bei der Ehrung von Personen wurden vor allem solche berücksichtigt, die entweder einen dynastischen Bezug hatten oder zum Bildungsbürgertum gehörten und der Vorstellung und Identität einer Kulturnation entsprachen (vgl. Speitkamp 2016: 323 und Pöppinghege 2012: 27). Namensgebungen für Straßen und Plätze wurden gezielt als Mittel der „kalkulierten Machtsymbolik und Identitätsstiftung" eingesetzt (vgl. Pöppinghege 2007: 38). Neubenennungen von Straßen und Plätzen erfolgten im deutschsprachigen Raum häufig deswegen, dass es aufgrund der wachsenden Urbanisierung mehr Plätze und Straßen gab, die benannt werden mussten (vgl. Pöppinghege 2005: 17). Häufige Auslöser für Umbenennungen waren vor allem politische Veränderungen und dadurch veränderte ideologische und militärische Kriterien (vgl. Bering/Großsteinbeck 2007: 323f.).

Umfassende Namensänderungen von öffentlichem Raum sind insbesondere in der Periode während und nach dem Nationalsozialismus in Deutschland zu verzeichnen, da diese von einem tiefgreifenden politischen Wandel und bedeutenden Veränderungen von Symbolpolitik im öffentlichen Raum geprägt ist (vgl. Klein 2022: 12). Im ersten

Jahr des nationalsozialistischen Regimes wurden bereits etwa ein Drittel aller Straßen- und Platzumbenennungen durchgeführt, die als „Entehrung" bezeichnet wurden (vgl. Weidner 2012: 57f.). Entlang der „Rassenideologie" wurden Straßenbenennungen nach ‚nicht-arischen' Personen, insbesondere jüdischen Namenspat:innen, verändert und stattdessen nach „Kriegshelden" und „Märtyrern" benannt (vgl. Pöppinghege 2007: 73). Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sorgte die Kontrollratsdirektive Nr. 30 vom 13. Mai 1946 für eine zügige Rückbenennung von öffentlichem Raum mit NS-Bezug (vgl. Pöppinghege 2005: 15). Die Vielfalt der Umbenennungsansätze zeigt sich vor allem ideologisch zwischen West- und Ostdeutschen Städten. Die Bereitschaft zur Umbenennung nahm jedoch mit der Zeit ab – unter anderem aus finanziellen Gründen und der Argumentation, dass die Bereinigung der Namen von NS-belasteten Personen bereits erfüllt sei (vgl. Pöppinghege 2007: 86).

Ebenfalls sind Kontroversen über die historische Bewertung von Namensgeber:innen, wie beispielsweise dem ehemaligen Reichspräsident Paul von Hindenburg oder dem Kolonialverbrecher Carl Peters, hervorzuheben, welche zu politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führten und Umbenennungen erschweren (vgl. Speitkamp 2016: 324). Diese gesellschaftlichen Kontroversen zeigen sich als eine neue Entwicklung im Kontext der Benennung von urbanem Raum. Durch die nachkriegszeitliche Änderung der Deutschen Gemeindeordnung 1946 erhielten Kommunen mehr Befugnisse zur Benennung von öffentlichem Raum, was erstmals eine Demokratisierung des Prozesses zur Folge hatte (vgl. Klein 2022: 13). Gemeinderäte übernahmen nun diese Aufgabe und die Diskussionen wurden zunehmend auch von den Medien, Interessengruppen und Bürger:innen verfolgt und beeinflusst (vgl. Weidner 2012: 113). Die Diskussionen um Umbenennungen trugen zur Demokratisierung bei, da sie nicht nur politischen Vertreter:innen einbezogen, sondern auch den Bürger:innen die Möglichkeit gaben, ihre Meinung frei zu äußern (vgl. Sänger 2006: 229).

Nach Pöppinghege reflektieren gegenwärtige Namensgebungen „eher etwas vom kultur- und alltagsgeschichtlichen Verständnis und

eine stärkere Hinwendung zu lokalen Größen und topographischen Namen“ (Pöppinghege 2005: 10). Weiterhin konstatiert Pöppinghege, dass es auffällig sei, dass vor allem „Zugezogene“ unter anderem die früher sogenannten „Gastarbeiter:innen“ nicht durch Straßen- und Platznennungen geehrt werden (vgl. Pöppinghege 2007: 101f.). Zusammenfassend beschreibt er die Betrachtung der historischen Entwicklung Straßen- und Platznamen folgendermaßen:

„Betrachten wir uns den heutigen Korpus der personenbezogenen Straßennamen in Deutschland, dann haben wir es mit einem vielfach gebrochenen, vielfach amputierten System namensarchäologischer Schichten zu tun, mit einer Abfolge imaginierter gesellschaftlicher Selbstwahrnehmungen. Daher sind Straßennamen auch kein ‚Spiegel der Geschichte‘.“ (Pöppinghege 2005: 26)

Aktuelle Richtlinien zur Um- und Neubenennung von öffentlichem Raum

Die historische Einordnung zeigt, dass Straßen- und Platznamen mit einer symbolpolitischen Funktion ausgestattet sind, die veränderbar war und ist. Dabei sind historisch vor allem marginalisierten Gruppen wie Migrant:innen und Frauen historisch nur eine geringe Rolle bei der Benennung zugekommen (vgl. Pöppinghege 2007: 101f.).

Für die gegenwärtigen Normen und Leitlinien der Neu- bzw. Umbenennung von öffentlichem Raum lassen sich offizielle Bestrebungen erkennen, diese Missstände auszugleichen (vgl. DST 2021: 5 und DST 2023: 9). Um diese darzustellen, ist es zunächst wichtig herauszustellen, dass die Benennung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen eine Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen ist. In vielen Kommunalverwaltungen existieren Regelwerke und Arbeitshilfen dafür, wie Straßenbenennungen in der jeweiligen Stadt durchzuführen sind (vgl. DST 2021: 5).
Eine einheitliche Aussage über die Zuständigkeit und Umsetzung kann jedoch nicht gegeben werden, da *„unterschiedliche gesetzliche Grund-*

lagen in den Bundesländern sowie gemeindliche Besonderheiten eine wesentliche Rolle spielen."(DTS 2021: 5). Erkennbar ist laut Städtetag, dass örtliche politische Gremien (Bezirksvertretung oder Ortsbeirat) regelmäßig beteiligt werden, auch wenn diese nicht in allen Fällen eine Entscheidungsbefugnis haben (vgl. ebd.). Im Rahmen des Deutschen Städtetages 2021 wurde jedoch eine Handreichung verfasst, welche die „*zuständigen Verwaltungen unterstützen, eigene Regelwerke für die Benennung von Verkehrsflächen in ihrer jeweiligen Gemeinde aufzustellen*" (ebd.: 13). Für die Benennung öffentlicher Anlagen nach Personen, sollen dabei unter anderem folgende Kriterien gelten:

Die zu ehrende Person sollte von gesamtstädtischem Interesse sein oder einen direkten räumlichen Bezug zur Anlage haben. Bevorzugt werden Persönlichkeiten der Orts- und Stadtgeschichte, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht haben. Lebende Personen sind von der Benennung ausgeschlossen. Es wird empfohlen, Frauennamen bei der Auswahl zu priorisieren. Nahe Angehörige können in angemessenem Rahmen in den Benennungsprozess einbezogen werden. Ausgeschlossen sind Benennungen nach Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Ziele, Handlungen oder Wertvorstellungen dem Grundgesetz und der Landesverfassung widersprechen oder dem Ansehen der Stadt schaden könnten. (Vgl. DST 2023: 13- 25)

In diesem Kriterienkatalog soll zumindest der Unterrepräsentation von Frauen in der Benennung von öffentlichem Raum entgegengewirkt werden. Es sind jedoch keine expliziten Kriterien zu finden, die auch Menschen mit Migrationsgeschichten innerhalb dieser Prozesse bevorzugt behandeln, obwohl diese innerhalb des Korpus öffentlicher Straßen- und Platznamen ebenfalls unterrepräsentiert sind. Im Positionspapier des Deutschen Städtetag von 2023 wird zwar ein Fokus auf das „Erinnern in der Migrationsgesellschaft" gelegt, jedoch nicht mit konkreten Maßnahmen verknüpft. Es wird lediglich postuliert, dass alternative, migratorische Erzählungen einen Eingang im öffentlichen Diskurs finden sollen und eine „*gegenseitige Bereitschaft zu aktivem, wertschätzendem Dialog*" (DST 2023: 9) verfolgt wird (vgl. ebd.).

2.2 POSTKOLONIALES ERINNERN

Trotz offizieller Bemühungen, mehr Gerechtigkeit in die Vielfalt der Straßennamen zu bringen, zeigt das vorherige Kapitel, dass die Benennung von städtischen Straßen und Plätzen als symbolpolitisches Element Machtverhältnisse widerspiegelt. Mithilfe der postkolonialen Perspektive soll dieses Verhältnis von Macht näher beleuchtet werden.

2.2.1 Erinnerung als eine Frage der Macht

Doreen Massey (1995) versteht Orte als dynamisches Konstrukt, welche durch sich entwickelnde soziale Beziehungen und historische Ereignisse geformt werden. Diesbezüglich betrachtet sie Orte als „*conjuction of many histories and many spaces*" (ebd.: 191), wobei sie betont, dass hierbei meistens nur eine dominante Geschichtserzählung identitätsstiftend wirkt. Welche Vergangenheit für die Identität eines Ortes prägend ist, stellt somit immer ein Verhältnis von Macht dar (ebd.: 190).

Die Benennung öffentlicher Straßen und Plätze kann, wie bereits im vorherigen Kapitel dargelegt, als sichtbares Produkt solcher Machtverhältnisse im öffentlichen Raum verstanden werden. Diese Praxis besitzt eine symbolpolitische Bedeutung, da durch die Ehrung historischer Persönlichkeiten Narrative vermittelt werden, welche öffentliche Meinungen beeinflussen können (vgl. Gadinger et al. 2014: 21). Diese Narrative konstruieren die Eigenschaften und Bedeutungen von Charakteren und Ereignissen und können dadurch die Wahrnehmung und

Bewertung politischer Themen beeinflussen (vgl. Viehöfer 2006: 71-75). Solche Narrative dienen dazu, gesellschaftliche Denk- und Handlungsmuster zu verändern oder zu festigen und beeinflussen somit die Wahrnehmung von Legitimität und Authentizität in der Gesellschaft (Gadinger et al. 2014: 21 und Viehöver 2006: 189-190). Daher ist die Benennung von Straßen und Plätzen nicht nur ein Produkt von Machtverhältnissen, sondern diese Machtverhältnisse wirken durch das Produkt und die vermittelte Narrative weiterhin formend. Sie stellen folglich ein relevantes Instrument dar mit dem Macht geschaffen und aufrechterhalten werden kann.

Laut Saskia Handro (2018) sollen ehrende Namensgebungen städtischer Räume nicht als „Spiegel der Geschichte" oder geschichtlicher Ereignisse betrachtet werden (vgl. auch Erll 2018: 7). Hierbei besteht die Gefahr, „*historisch gewachsene politische Machtstrukturen und Modi der Ausgrenzung und Integration gesellschaftlicher Gruppen aus dem symbolischen Haushalt städtischer Ehrungen*" im Rahmen symbolischer Ehrungen zu übersehen (Handro 2018: 277 und Pöppinghege 2005: 26). Die selektive Auswahl der geehrten Personengruppen, denen eine Ehrung innerhalb bestehender Machtstrukturen zuteilwird, führt dazu, dass marginalisierte und diskriminierte Gruppen[5] in den Repräsentationsformen des *kollektiven Gedächtnisses der Stadtgesellschaft* unterrepräsentiert bleiben (Handro 2018: 277). Ihre Stimmen und Perspektiven werden in öffentlichen Erinnerungsrepräsentationen vernachlässigt, da ihnen oft die notwendigen Ressourcen, politischer Einfluss und Status fehlen (vgl. Diversity Arts and Culture Berlin 2024). Allerdings ist dieses Konstrukt ständiger Veränderung unterworfen, da die Frage, wem und was gedacht wird, nie endgültig geklärt ist und immer wieder neu verhandelt werden muss (vgl. Frese 2012: 10).

5 Marginalisierung findet in einem Machtgefüge statt und geht mit Diskriminierung einher. Je weiter eine Gruppe an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird, desto geringer sind ihre Macht und ihr Einfluss. Dies führt zu einer verstärkten Benachteiligung gegenüber der gesellschaftlichen Mitte. Der Prozess der Marginalisierung geht einher mit dem Verlust von Ressourcen, Einflussmöglichkeiten und sozialem Status (vgl. Diversity and Arts Culture Berlin).

2.2.2 Die postkoloniale Stadt als Repräsentationsraum

Repräsentationen von Erinnerungskulturen im öffentlichen Raum sind ein machtvolles politisches Instrument, besonders im Kontext der (post-)kolonialen Stadt. Brenda Yeoh (2001) betrachtet die (post-)koloniale Stadt nicht als zu erreichender Zustand, sondern als analytische Linse für den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit und der Praxis einer aktiven postkolonialen Identitätsfindung. Der urbane Raum wird zur politischen Arena, in der sich der postkolonialen Zustand der Gesellschaft und Einstellungen zur Vergangenheit offenbaren (vgl. ebd.: 456-58 und Simon 1998: 230). Die postkoloniale Wissenschaftlerin Noa Ha argumentiert diesbezüglich, dass koloniale Verhältnisse in europäischen Stadträumen weiterhin präsent sind und reproduziert werden (vgl. Ha 2017: 78). Diese Metropolen werden zu Austragungsorten, an denen sich Herausforderungen asymmetrischer Machtverhältnisse, postkolonialer Repräsentation und Gerechtigkeit manifestieren (vgl. ebd.: 79). Im urbanen Raum koexistieren dabei Körper in ungleichen Machtpositionen, geprägt von ihrer Stellung in der kolonial-rassistischen Geschichte und der kolonialen Kontinuität im globalen Kapitalismus. Die Um- oder Neubenennung von öffentlichem Stadtraum ist in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung, da sie die Möglichkeit bietet, durch repräsentative Narrativen Identitätsbezüge für eine postkoloniale und antirassistische Gesellschaft und damit auch für marginalisierter Gruppen im Stadtraum zu schaffen (vgl. Hajer 1995: 65, Viehöver 2006 und Yeoh 2001: 456-58).

In den letzten Jahrzehnten zeigt sich zunehmend eine Anwendung postkolonialer Perspektiven in öffentlichen Debatten um die Benennung des öffentlichen Stadtraums, insbesondere bei der Ehrung von Persönlichkeiten mit umstrittenen gesellschaftspolitischen Positionen. Diese Diskussionen offenbaren „*heterogene Identitätsbezüge und historisch-politische Orientierungsbedürfnisse*" (Handro 2015: 28). Bei diesen sichtbaren Formen des Gedenkens im öffentlichen Raum und den damit verbundenen Diskursen geht es weniger um die erinnerten Vergangenheiten selbst, sondern vielmehr um die „*Gegenwarten des Erinnerns*" (Erll 2018: 7). Debatten über kollektive Erinnerungen in der Benennung von öffentlichem Raum dienen dabei als Indikatoren für

aktuelle gesellschaftliche Bedürfnisse und Anliegen und Fragen der Zugehörigkeit in der postkolonialen Gesellschaft (vgl. Engler 2013: 42).

Solche Diskurse über *Erinnerungskultur* und Vergangenheit bieten nach Michael Rothberg zwar eine Arena, in der Ungerechtigkeiten erkannt und neue Denkrahmen für deren Behebung entwickelt werden können. Allerdings fehlen oft die institutionellen Mechanismen und *Agencies*, um konkrete Veränderungen, wie eine verstärkte Repräsentation postkolonialer Identitätsangebote im urbanen Raum, umzusetzen (Rothberg 2011: 538 und Engler 2013: 42). Und auch trotz anfangender offizieller Anerkennungen der Bedeutung des „Erinnerns in der Migrationsgesellschaft" und der Einbeziehung alternativer, migratorischer Erzählungen (vgl. DST 2023: 9), haben sich die ehrenden Straßenbenennungen im öffentlichen Raum bisher kaum an die veränderten Realitäten einer durch Migration geprägten Gesellschaft angepasst. Der Bedarf an entsprechenden Aushandlungsprozessen wächst zunehmend (vgl. Scholz 2022: 594).

Im nächsten Kapitel wird erläutert, welche grundlegenden Dynamiken die Repräsentation marginalisierter Perspektiven im öffentlichen Raum erschweren und durch welche Ansätze es dennoch möglich ist, postkoloniale Kritik in die Praxis umzusetzen.

2.2.3 WHO BELONGS? Memory Citizenship

Dieses Kapitel widmet sich der zentralen Frage „Who belongs?" bezogen auf nationales Gedenken und die sozialen Organisation der Gesellschaft. Dabei wird das *Paradoxon des deutschen Erinnerungsbewusstseins* als exkludierender Faktor für migrantische Erinnerungskultur thematisiert. Zugleich wird ein Konzept selbstermächtigender Praktiken von Menschen mit Migrationsgeschichte vorgestellt, durch das sie aktiv ihre Teilhabe am kollektiven Erinnerungsbewusstsein einfordern. Durch die Betrachtung dieser beiden Aspekte wird die komplexe Dynamik zwischen etablierten Erinnerungsstrukturen und den Bestrebungen marginalisierter Gruppen nach Anerkennung und Repräsentation im offiziellen *kollektiven Gedächtnis* verdeutlicht.

Paradoxon des deutschen Erinnerungsbewusstseins

Die Literaturwissenschaftler:innen Yasemin Yildiz und Michael Rothberg (2011) erklären die Einschränkungen nationaler deutscher *Erinnerungskultur* in einem Zusammenhang von deutscher Vergangenheitsbewältigung und Migrationsbewegungen nach dem zweiten Weltkrieg. Diesbezüglich stellte Aleida Assmann bereits 2008 die Frage: „*Zur nationalen Identität kommt man durch einen Pass; aber wie kommt man zu einem (nationalen) Gedächtnis?*" (Assmann 2008).

Das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), welches die deutsche Staatsangehörigkeit regelt, wurde im Jahr 2000 in bestimmten Fällen um das Geburtsortprinzip (*ius soli*) ergänzt, sodass Migrant:innen und deren Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen können (vgl. Bundesregierung 2024). Ihre Teilhabe am deutschen Erinnerungsbewusstsein gestaltet sich jedoch nach wie vor als komplex:

Neben einem geringen politischen Einfluss von Menschen mit Migrationsgeschichte führen Rothberg und Yildiz an, dass die Konzeption des deutschen Erinnerungsbewusstsein selbst den Zugang zur Teilhabe an der Erinnerungskultur für Migrant:innen erschwert und in Teilen

unmöglich macht (vgl. ebd.: 35). Dabei verweisen sie auf die Phänomene des *Paradoxon der deutschen „Erinnerungskultur"* sowie den *double bind* der für Migrant:innen im Zusammenhang mit dem deutschen Erinnerungsbewusstsein existiert (ebd.: 36- 38).

Das Paradoxon besteht darin, dass das deutsche Erinnerungsbewusstsein, welches sich ab 1945 auf die Übernahme der Verantwortung für den Holocaust konzentriert, gleichzeitig die Vorstellung einer ethnisch homogenen deutschen Identität aufrechterhält (vgl. Rothberg/Yildiz 2011: 35). Somit wurde durch den Versuch, eine Verantwortung der „Deutschen" für die Verbrechen während der NS-Zeit zu sichern, eine Vorstellung von ethnischer Zugehörigkeit festgeschrieben, die gleichzeitig eine der Ursachen für die Verbrechen darstellt (=Paradoxon). Diese Vorstellung schließt Migrant:innen, die nach 1945 nach Deutschland kamen sowie ihre Nachkommen aus, da sie aufgrund ihrer nichtethnisch deutschen Herkunft nicht in dieses *kollektive Gedächtnis* eingebunden werden (vgl. ebd: 36).

Die daraus entstehende Situation für Migrant:innen beschreibt Historiker Dan Diner wie folgt:

„Those whose memory reaches back to the Nazi past, and this first and foremost, by its rejection, do belong dialectically to an ethnified German collective. Germans are those [who] define themselves in terms of belonging by rejection of the Nazi past. A German citizen of Turkish background can hardly fully belong to such a collective. He cannot use the common 'we' concerning the contaminated past of Germany."

(Dan Diner 1998 in Rothberg/Yildiz: 35)

Rothberg und Yildiz erklären, dass dies einen sogenannten *double-bind* für Migranti:innen erschafft: Kinder türkischer Gastarbeiter:innen beispielsweise würden einerseits aufgefordert werden, sich vom Thema fernzuhalten, da sie als nicht „betroffen" gelten, andererseits aber als potenziell antisemitisch betrachtet, wenn sie sich nicht ausreichend damit beschäftigen (vgl. Rothberg/Yildiz 2011: 36-38). Hierbei zeigte sich die „disziplinierende" Funktion des Holocaust-Diskurses in einem vereinigten Europa, besonders gegenüber als „muslimisch" wahrgenommenen Minderheiten. Diese widersprüchlichen Erwartungen verstärken die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte aus der deutschen „kollektiven Identität" und dem *kollektiven Gedächtnis* (vgl. ild/Yildiz 2011: 36). Sowohl das Paradoxon als auch der *double bind* zeigen *„wie die Erinnerung an den Holocaust zur Reethnisierung der Identität im heutigen Deutschland beitragen kann."*(ebd.). Der Philosoph und Politiker Michel Friedman kritisiert diesbezüglich sogar, dass es nicht gelungen sei, *„ein kulturelles Gedächtnis zu schaffen, auf das sich die jüdische Gemeinschaft verlassen könne*" (DUZ 2024), und weist dabei entschieden darauf hin, wie oberflächlich der Kampf gegen den Antisemitismus und Rassismus betrieben wird.

Errl (2018) führt in diesem Zusammenhang an, dass sich die Restriktion der Teilhabe an kollektiven Erinnerungen für Migrant:innen dabei in zwei Richtungen wirkt: Einerseits beschränkt es die eigenständige Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und den Erinnerungen an den Holocaust. Andererseits ist durch die Zugehörigkeitslogik des deutschen Erinnerungsbewusstsein auch die Bereitschaft eingeschränkt, migrantische Erinnerungen anzuerkennen und sie zu einem integralen Bestandteil des deutschen Gedächtnisses zu machen (vgl. Erll 2018: 130). Eine Ermöglichung dieser zweiseitigen Partizipation am deutschen Erinnerngsbewusstsein für Personen mit Migrationsgeschichte sei jedoch vor allem angesichts der von Migration geprägten Gesellschaft von zentraler Bedeutung (vgl. ebd. und Scholz 2022: 594).

Rothberg und Yildiz argumentieren, dass der *double bind* für Menschen mit Migrationsgeschichte einerseits reale soziale Situationen und Einstellungen in der Öffentlichkeit widerspiegelt, die von einem konkurrierenden und restriktiven Verständnis des nationalen *kollektiven Gedächtnisses* als ethnisches Eigentum geprägt ist. Andererseits verdecke er die tatsächliche Erinnerungsarbeit, die Migrant:innen seit der Ankunft der „Gastarbeiter:innen" in den 1950er und 1960er Jahren geleistet haben. Diese Erinnerungsarbeit bezeichnen die Autoren als multidirektionale, transkulturelle Erinnerungspraktik[6], die das Potenzial besitze, das deutsche Erinnerungsparadoxon zu lösen, jedoch häufig ignoriert oder missachtet wird (vgl. Rothberg/Yildiz 2011: 36-37).

Die Autor:innen fassen diese Formen der Erinnerungspraktik unter dem Begriff *memory citizenship* (Rothberg/Yildiz 2011: 36) zusammen. Diese Konzeption geht über formale Staatsbürger:innenschaft hinaus und setzt ebenfalls eine Entkopplung von Staatsbürger:innenschaft, Identität und Erinnerungskultur voraus. Sie umfasst Partizipationsrechte, die nicht an rechtliche Strukturen gebunden sind, sondern Erinnerungsarbeit und affektive Arbeit in der Gesellschaft einschließen (vgl. ebd.: 36). *Memory citizenship* ermöglicht, dass migrantische Personen durch ihre transnationalen Erinnerungen und Erfahrungen zur Umgestaltung der deutschen Erinnerungslandschaften beitragen können.

Dabei verweisen die Autoren auf das Konzept Acts of Citizenship des politischen Theoretikers Engin Isin (2008). Dieses beschreibt, dass Menschen unabhängig von ihrem formalen Status als Staatsbürger:innen und normativen Praktiken (z.B. Wählen, Steuerzahlen) handeln und sich zu neuen, unerwarteten Subjekten des *kollektiven Gedächtnisses* entwickeln können (vgl. Rothberg/Yildiz 2011: 34). Diese Akte der Staatsbürgerschaft entstehen aus der Bevölkerung, brechen mit den

6 Transkulturelle Erinnerungspraxis bzw. Transkulturalität basiert auf der Idee, dass Erinnerung ein transkultureller Prozess ist, der über nationale, ethnische und religiöse Grenzen hinweg verläuft. Im Gegensatz zu traditionellen Ansätzen, die Erinnerung eng mit Identität verknüpfen, betont Rothberg „entgrenzende Prozesse" wie Identifikation, Empathie und Solidarität, die über kulturelle Schranken hinausgehen (vgl. Erll 2018: 126).

gegebenen Strukturen und versuchen die Definition von „dem Volk" zu rekonfigurieren. Sie zeigen dabei „*how subjects become claimants when they are least expected or anticipated to do so*"(Isin 2008: 17).

Entlang der Logik von Aleida Assmann (o. J.) kann die Praxis der *memory citizenship* als Korrektiv des offiziellen *kollektiven Gedächtnisses* begriffen werden. Diese Praxis entstammt einem inoffiziellen *sozialen Gedächtnis*, welches von Individuen hervorgebracht wird. Indem es eine kognitive Dissonanz erzeugt, ermöglicht *memory citizenship* eine kritische Distanzierung von der offiziell legitimierten Interpretation der Gegenwart (vgl. ebd.: 6).
Das Konzept der *memory citizenship*-Praxis bedeutet also eine perspektivische Verschiebung durch eine „migration-centered lens" (Rothberg/Yildiz 2011: 34), welches neue Subjekte und Erinnerungsarchive enthüllt sowie neue Möglichkeiten eröffnet, das statische Verhältnis zwischen Gedächtnis und Identität zu betrachten (vgl. ebd.). Diese *migrant archives* gilt es laut Yildiz und Rothberg noch zu erforschen, denn sie bieten neue Ansatzpunkte und Betrachtungsweisen wie Erinnerungen an subjektive „*sometimes traumatic – national and transnational histories into German space, and have thus helped transform Germany's postwar memory-scapes in many ways.*" (ebd.: 37).

2.2.4 Benennungen von Straßen- und Platznamen als Akt der *memory citizenship*

Die Kulturwissenschaftlerin Jenny Engler setzt das Konzept der *memory citizenship* von Yildiz und Rothberg bereits 2013 mit der Repräsentation von Erinnerungskultur im öffentlichen urbanen Raum in Verbindung. Wie Aleida Assmann und Astrid Erll betrachtet sie kulturelle oder kollektive Erinnerungen nicht als starre Vergangenheitsbetrachtungen, sondern als verhandelbare Diskurse über die Vergangenheit. Diese werden durch mnemonische Praktiken (re-)produziert, hinterfragt und verändert – im Sinne einer aktiven Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (vgl. Engler 2013: 42).

In ihrer Analyse interpretiert Engler die Forderungen migrantischer Communities in Berlin zur Umbenennung von Straßen mit kolonialem oder rassistischem Bezug als einen politischen „Akt der Staatsbürger:innenschaft". Damit meint sie, dass postkoloniale Aktivist:innen nicht nur ihr Recht als Staatsbürger:innen zur Mitgestaltung der Erinnerungskultur wahrnehmen, sondern darüber hinaus die grundlegende Logik der Rechteverteilung sowie die damit verbundenen Identitäts- und Subjektkategorien in Frage stellen (vgl. Engler 2013: 55). Engler stützt sich dabei auf Jacques Rancière's (2006) Definition politischen Handelns: „*Politik bedeutet genau dies: dass man zu einer Zeit und an einem Ort spricht, an dem man nicht erwartet wird zu sprechen*."(vgl. ebd., übersetzt).

In diesem Zusammenhang führt Engler (2013) das Konzept der *memory citizenship* von Rothberg und Yildiz (2011) an: Für sie beschreiben die Forderungen nach Umbenennunge einen Akt der Selbstermächtigung, in dem sich Aktivist:innen selbst als Menschen konstituieren, die zur Stadt gehören und ein Recht darauf besitzen, das Gedächtnis der Stadt zu verändern und bestimmen (vgl. Engler 2013: 42, vgl. auch Harvey 2008):

„In their acts of postcolonial "memory citizenship" (Rothberg, Yildiz), activists

address a multi-ethnic, anti-racist memory collective created by the critical examination and mutual discussion of the German and European colonial past — a memory collective that recognizes and fights against contemporary racialized divisions and exclusions.“ (Engler 2013: 56).

Der Kultur- und Sprachwissenschaftler Duane Jethro (2022) beschreibt die Umbenennungsforderungen von Straßen und Platznamen in diesem Zusammenhang als „acts of doing diversity“ (ebd.: 139).

An dieser Stelle kann kritisiert werden, dass Symbolkonstruktionen von *Erinnerungskulturen* wie Straßen- und Platznamensschilder als „nationalstaatliche Produkte“ zu bewerten sind. Sie folgen den Regeln und Rahmen eines nationalstaatlich (oder kommunal) geregelten Verständnis von Erinnerungskultur und passen sich diesen an, wobei der Staat oder die Stadt den Rahmen und die Regeln für das Erinnern vorgibt und dieses für symbolpolitische Zwecke nutzt. In dieser Betrachtungsweise mag hinterfragt werden, inwiefern eine Umbenennung als postkolonialer Akt bewertet werden kann, wenn er sich innerhalb von vorgegebenen Regeln der Symbolpolitik eines Nationalstaates einordnet.

Diesbezüglich kann jedoch argumentiert werden, dass existierende Straßennamen offizielle Repräsentationen der herrschenden soziopolitischen Ordnung darstellen (vgl. Azaryahu 2009: 53). Engler sieht daher in den postkolonialen Ansprüchen an eine Umbenennung von Straßen am Beispiel kolonialer Namensgebungen in Berlin eine viel größere Frage nach Zugehörigkeit und Recht auf Stadt durch migrantische Communities und danach wer als Bürger:in zählt. (vgl. Engler 2013: 42 und Harvey 2008: 25). Sie argumentiert in diesem Zuge, dass postkoloniale Umbenennungsforderungen von Straßen von städtischer Seite deshalb so hartnäckig abgelehnt werden, weil sie einige grundlegende Annahmen über die soziale Organisation des Lebens in

der Stadt in Frage stellen, nämlich die Unterscheidung zwischen „Einheimischen" und „Migrant:innen/Zugezogenen" (vgl. ebd: 54).

Indem sie eine klare Trennung zwischen „den Einen" und „den Anderen" aufrechterhält, kann diese rassistische Unterscheidung als Reproduktion kolonialer Denkmuster verstanden werden. Avtar Brahs (1996) Konzept des Diaspora Space kritisiert diese binäre Einteilung und betont, dass Städte gemeinsame Räume sind, in denen „Ansässige" und „Zugezogene" eng verflochten sind. Durch die Herausforderung dieses racial binary kann die komplexe postkoloniale Realität städtischer Identitäten sichtbar gemacht werden (vgl. Ha 2018: 83). In diesem Sinne können Forderungen zur Straßenumbenennung durch postkoloniale Aktivist:innen als ein Instrument zur Dekolonisierung des Städtischen und zum Kampf gegen rassistische Zuschreibungen verstanden werden, welches versucht zentrale Anliegen der postkolonialen Kritik umzusetzen (vgl. Brauch 2010: 12).

Durch eine solche Ausübung der *memory citizenship* könnte eine Perspektivumkehrung erwirkt werden, welche sowohl als Anspruch auf die Integration der Perspektive von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie als Besetzung des öffentlichen diskursiven Raums gelesen werden (vgl. Engler 2013: 55). Bereits die Forderung, die Namen von Menschen mit Migrationshintergrund in den städtischen, öffentlichen Raum zu integrieren, kann die damit verbundenen Perspektiven und Narrative in eine politisierte Arena übertragen. Denn diese Forderung zielt darauf ab, in die formale Bedeutungsproduktion der Stadt, in der sie leben, eingebunden zu werden und als „Einheimische" sowie Bürger:innen sichtbar zu werden, die eine Stimme in der Gestaltung der städtischen Bedeutung haben (vgl. ebd.: 55-56). Damit wollen sie mit dem binären Konstrukt die Unterscheidung zwischen „Einheimischen" und „Migrant:innen" anfechten und eine Überwindung dieser rassistischen Aufspaltung (racialized binary) anstreben (vgl. ebd.: 54). Die damit einhergehenden Debatten in einer politisierten Arena können also als Weg gesehen werden, „*to raise the awareness and problematization of current forms of racism, as well as the social organization of a society that is to a high degree constituted by migration.*" (ebd: 53).

3 METHODIK

Inhaltlich orientiert sich mein Vorgehen in dieser Arbeit am Konzept der *memory citizenship*. Dabei will ich herausstellen wie dieses ausgeübt, wahrgenommen und eingeschätzt wird. Um dieses Erkenntnisinteresse in seine Forschungsdimensionen zu untersuchen, wurde für diese Arbeit ein qualitatives Forschungsdesign aus verschiedenen Erhebungsmethoden entwickelt. Im Folgenden soll ein Überblick über das konkrete Forschungsvorhaben, die Forschungsdimensionen sowie die Auswahl, Anwendung und Reflexion der verwendeten wissenschaftlichen Methoden gegeben werden.

3.1 FORSCHUNGS-VORHABEN

Aufgrund der in der Theorie beschriebenen Ausgangslage einer nicht-diversifizierten öffentlichen *Erinnerungskultur*, sowie ein aktuell zunehmend migrationsfeindliches Klima in der deutschen Gesellschaft [→ S. 13], will ich den Schwerpunkt meiner Forschung auf die Ausübung, Wahrnehmung und Rezeption solcher Bestrebungen legen, die einen selbstermächtigten Wandel in der Unterrepräsentation migrantischer Erinnerungskultur im öffentlichen Raum herbeizuführen versuchen.

Um Praktiken für die Sichtbarkeit migrantischer Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu untersuchen, wird das Konzept der *memory citizenship*-Praxis als zentrales Element angewandt. Diese Praxis wird in dieser Arbeit jedoch nicht als Umbenennung von öffentlichem Raum mit problematischen kolonialen Bezügen verstanden (vgl. Engler 2013), sondern umfasst auch die Neubenennung zuvor namenloser städtischer Plätze nach Personen mit Migrationsgeschichte, welche versucht, alternative Perspektiven im Raum zu etablieren.

Dementsprechend will ich mich mit drei Fallbeispielen beschäftigen, in welchen eine solche Platzneubenennungen durch eine postkoloniale Akteur:innengruppe eingefordert oder bereits umgesetzt wurde. Dabei will ich zunächst herausstellen, inwiefern die Case-Studies als eine Praxis der *memory citizenship* nach Engler (2013) und Rothberg/Yildiz (2011) verstanden und die Initiator:innen als postkoloniale Aktivist:innen begriffen werden können, die versuchen zentrale Anliegen postkolonialer Kritik umsetzen [→ S. 95, 116]. Die Arbeit stößt dabei in eine wis-

senschaftliche Forschungslücke, da Neubenennung von öffentlichem Raum im Kontext der *memory citizenship* bisher kaum berücksichtigt wurden.
Insbesondere innerhalb einer postkolonialen Gesellschaft, die von Migration beeinflusst war und immer sein wird (vgl. Foroutan 202: 18), ist es im Erkenntnisinteresse dieser Arbeit, welche Rolle der *memory citizenship* in Form der Sichtbarmachung von migrantischen Narrativen im öffentlichen Raum zukommt. Diesem Erkenntnisinteresse soll anhand folgender übergeordneter Forschungsfrage nachgegangen werden:

Wie wird die Praxis der memory citizenship zur Neubenennung von urbanen Plätzen nach Personen mit Migrationsgeschichte konkret ausgeübt, wahrgenommen und beurteilt?

Die Beantwortung dieser Forschungsfrage erstreckt sich in diesem Forschungsdesign über insgesamt drei Dimensionen: die Ausübung und Wahrnehmung der Praxis durch die postkolonialen Aktivist:innen selbst, die Bewertung der kommunalen Ebene sowie die Resonanz und Auswirkungen in der lokalen Nachbar:innenschaft der (angestrebten) Platzneubenennungen.

3.1.1 Forschungsdimensionen und Unterfragen

Im Folgenden werden die drei Forschungsdimensionen dieser Arbeit herausgestellt, wobei jede durch eine spezifische Unterfrage der übergeordneten Fragestellung präzisiert wird.

Aktivist:innen: Ausübung und Wahrnehmung der durch die Aktivist:innen (Intraspektive)

Die erste Analyseebene fokussiert sich auf die Ausübung und Wahrnehmung der Aktivist:innen und Initiator:innengruppen. Ziel ist es zu untersuchen, wie die *memory citizenship*-Praxis und der bisherige Prozess von postkolonialen Akteur:innen wahrgenommen und eingeordnet wird, unabhängig von der offiziellen Anerkennung der Neubenennungsforderungen. Dabei wird insbesondere auf die grundlegenden Motivationen dieser Akteur:innen sowie die ursprünglich erwarteten Auswirkungen ihres Engagements eingegangen:

Wie üben Aktivist:innen ihre memory citizenship-Praxis aus und wie nehmen sie diese im Hinblick auf erwartete Auswirkungen wahr?

Um diese Frage zu beantworten, werde ich zunächst die grundlegende Motivationen und Ziele sowie die Akteur:innenkonstellation, Organisation und Strategien der Initiator:innengruppen darstellen. Anhand dessen will ich analysieren, inwiefern diese als postkoloniale Aktivist:innen begriffen werden können und ihre Forderungen zur Platzneubenennung beziehungsweise ihre Arbeit als Ausdruck postkolonialer Selbstermächtigung - *memory citizenship*- zu verstehen ist. Auf dieser Grundlage hoffe ich, eine Antwort auf die Ausübung sowie die subjektive Wahrnehmung der Praxis durch die postkolonialen Aktivist:innen präzise darstellen zu können.

Eine weitere Dimension der Untersuchung befasst sich mit der fallspezifischen Bewertung und dem Umgang selbstermächtigten Neubenennungsforderungen für urbanen Plätzen nach migrantischen Personen in kommunalpolitischen Entscheidungsgremien. Diesem Aspekt soll anhand der folgenden Unterforschungsfrage nachgegangen werden:

Welchen Umgang erfährt die memory citizenship-Praxis der Aktivist:innen hinsichtlich der Neubenennung von urbanen Plätzen nach migrantischen Personen in kommunalpolitischen Entscheidungsgremien?

Im Fokus dieser Analyse stehen kommunalpolitische Gremien, welche die Entscheidungsbefugnis über die Um- und Neubenennung urbaner Plätze innehaben. Ziel ist es herauszuarbeiten, wie diese Gremien und ihre Vertreter:innen mit den postkolonialen Selbstermächtigungspraktiken umgehen und diese bewerten. Durch die Untersuchung parteipolitischer Argumentationslinien sollen auch Rückschlüsse auf die erwünschte politische und soziale Ordnung der Gesellschaft gezogen werden (vgl. Engler 2013: 54). Durch diese Forschungsdimension erhoffe ich Einblicke in die Dynamiken zwischen Bürger:inneninitiativen und offiziellen Entscheidungsträger:innen sowie in die Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung einer inklusiveren Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu erhalten.

Die dritte Forschungsebene untersucht die lokale Resonanz und kulturelle Wahrnehmung der Platzneubenennungen. Der Fokus liegt dabei auf den Reaktionen und Einstellungen der Anwohner:innen in unmittelbarer Nähe der betroffenen oder zur Neubenennung ausgewählten städtischen Plätze. Diese Analyse soll Einblicke in die Akzeptanz und Auswirkungen solcher Initiativen auf der Mikroebene des Stadtviertels liefern und wird anhand folgender Frage untersucht:

Inwieweit hat die bisherige Praxis der memory citizenship dazu beigetragen, migrantische Geschichtserzählungen in das kollektive Gedächtnis der lokalen Nachbar:innenschaft zu integrieren und inwiefern hat sie Akzeptanz erfahren?

Diese Forschungsebene dient zur Analyse der sozialen Akzeptanz und Integration der Platzneubenennungen oder -benennungsvorschläge in der lokalen Nachbar:innenschaft. Es soll herausgearbeitet werden, wie die Anwohner:innen auf diese Initiativen reagieren und ob die Praxis der *memory citizenship* und die damit verbundene Platzneubenennung über eine rein symbolpolitische Funktion hinausgehen kann. Unabhängig vom offiziellen Genehmigungsprozess wird analysiert, ob und wie sich diese Praxis und die dadurch vermittelten Narrative in den Alltag und das *kollektive Gedächtnis* der Nachbar:innenschaft einfügt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Sichtbarkeit und Präsenz migrantischer Narrative im öffentlichen Raum, wobei die Frage im Mittelpunkt steht, für wen diese Praxis relevant ist und von wem sie wahrgenommen wird.

3.1.2 Auswahl der Case-Studies

Zu Beginn dieser Forschung wurden drei Fallstudien ausgewählt, die Bestrebungen zur oder die Umsetzung der Neubenennung namenloser städtischer Plätze nach Personen mit Migrationsgeschichte repräsentieren. Die Auswahl fiel dabei auf den:

- *Marwa-El-Sherbini-Platz* in Bremen
- *Semra-Ertan-Platz* in Hamburg
- *C. Kemal-Altun-Platz* in Hamburg

Bei der Auswahl der Fallstudien wurde darauf geachtet, eine gewisse Diversität zu gewährleisten, sowohl hinsichtlich ihres zeitlichen Entstehungskontexts als auch ihres aktuellen offiziellen Genehmigungsstatus. Dies sollte komplexe und tiefgründige Einblicke für die Beantwortung der Forschungsfrage ermöglichen.

Die Entscheidung für die räumlichen Kontexte Hamburg und Bremen basiert primär auf der Nähe zum meinem Wohnort. Diese Nähe erleichterte den Zugang zu bestehenden Netzwerken und die Durchführung der Feldforschung vor Ort. Darüber hinaus sind beide Forschungsorte Teil von Großstädten, die „*wie unter einem Brennglas Einblicke in wesentliche gesellschaftliche Problemlagen der Gegenwart*" (Bertelsmann Stiftung 2016: 9) liefern und so „als eine verkleinerte Version Deutschlands wie auch der westlichen *Welt insgesamt" betrachtet werden können*"(ebd.). Bremen und Hamburg sind zudem durch eine überdurchschnittlich hohe Migration geprägt (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2024), welches den selbstermächtigten Praktiken migrantischer Erinnerungsarbeit besondere Relevanz verleiht.[7] Obwohl im Hamburger Kontext weitere Fallstudien zur Benennung urbaner Räume nach Personen mit Migrationsgeschichte existieren [→ S. 82], wurden diese Case-Studies gewählt, da sie mir selbst beim urbanen Flanieren aufgefallen sind und somit das die Bezugspunkte zu Bildung des Forschungsinteresse darstellten.

7 Gleichzeitig stellt dies vermutlich auch den Grund dar, warum in diesem Kontext selbstermächtigte Praktiken migrantischer Erinnerungskultur ausgeübt werden.

3.2 SELBST-POSITIONIERUNG

Bevor ich mein methodisches Vorgehen im Detail vorstelle, will ich mich innerhalb dieses Projekts vorab selbst positionieren. Meine eigene Rolle in der Forschung ist aus dem Grund ein wesentlicher Bestandteil wissenschaftlicher Praxis, „*da eigene Interessen, mögliche Befangenheit und Abhängigkeiten*" (DSGA 2020: 2) einen Einfluss auf die Erhebung und Auswertung des Datenmaterials hatte.

Zunächst verfüge ich über einen fachlichen Hintergrund in Geographie und derzeit im Bereich *Urban Design*, was bedeutet, dass ich auf spezielles Wissen aus diesen Disziplinen zugreife und das Thema im Zusammenhang mit dem urbanen Raum betrachte. Gleichzeitig positioniere ich mich durch meine universitäre Laufbahn als Teil eines bestimmten kulturellen und privilegierten Bildungsumfelds.

Da ich mich mit dem sensiblen Themenbereich der Sichtbarmachung von *Erinnerungskultur* im migrantischen Kontext auseinandersetze, ist es besonders wichtig, meine eigene Perspektive und Beziehung zur Thematik transparent zu machen (vgl. Jethro 2020: 144). Der Kultur- und Sprachwissenschaftler Duane Jethro betont, dass es in diesem Zusammenhang nicht zielführend ist, sich hinter dem Ideal einer objektiven Perspektive zu verstecken: „*The point [is] not to be objective: taking a perspective is at odds with the idea of a universal rational standard. Rather, it [is] an effort to be transparent and open, to reveal one's position rather than assume oneself to be making a universal claim.*" (ebd. : 144).

Ich will deshalb transparent machen, dass ich nach offizieller Definition des statistischen Bundesamtes keinen Migrationshintergrund be-

sitze (vgl. BPB 2024) und mich als *weiß*[8] lese. Trotzdem besitze ich eine gewissen emotionale Beziehung zum Thema der Migration, da mein Großvater vor mehr als 60 Jahren von Tunesien nach Deutschland migrierte. Obwohl ich ausschließlich in einem ausschließlich „deutschen" Kontext sozialisiert wurde, besaß ich durch meinen familiären Hintergrund bereits vor Beginn dieser Thesis einen Zugang zur Migrationserfahrung in Deutschland sowie ein Bewusstsein über die Komplexität von Fragen der Zugehörigkeit, des Gesehen-Werdens und dem Streben nach Akzeptanz. Dieser Wissensschatz und die damit verbundene Emotionalität hatte letztendlich auch einen großen Einfluss auf die Auswahl meines Themenbereiches und motiviert den Beitrag, den ich mit dieser Forschung leisten möchte.
Hinzu kommt, dass auch mein Name aufgrund meines familiären Hintergrundes klar erkennbar nicht aus dem deutschen Sprachraum stammt. Dies führt einerseits zu einer erhöhten Sensibilität und Emotionalität für die Sichtbarkeit von anderen Namen die nicht aus dem deutschen Sprachraum stammen. Andererseits könnte dies auch einen unterstützenden Effekt auf den Zugang zum Feld und die Bereitschaft des Teilens von Informationen durch postkoloniale Aktivist:innen gehabt haben.[9]

Dementsprechend sehe ich mich innerhalb der Thematik von migrantischer *Erinnerungskultur* als Außenstehende jedoch mit einer gewissen emotionalen Nähe zu Migrationserfahrungen. Aus diesem Grund ist es auch für mich daher immer wieder wichtig zu reflektieren, *„ob bzw. inwiefern die Forschung selbst zu stigmatisierenden Adressierungen beiträgt bzw. bestehende Machtverhältnisse reproduziert"*(DGSA 2020: 3). Dies habe ich in dieser Forschung kontinuierlich an verschiedene Stellen versucht umzusetzen und dabei eine diversitätsbewusste Perspektive eingenommen.

8 „Weiß-Sein" bezieht sich nicht auf die Hautfarbe, sondern ist eine politische Kategorie und bedeutet, dass keine Diskriminierungserfahrung aufgrund er Herkunft gemacht werden: weiß ist klein und kursiv geschrieben, denn es handelt sich nicht um eine ermächtigende Selbstbezeichnung, sondern um eine privilegierte Position innerhalb eines rassistischen Systems (vgl. Frese 2018).

9 Dies ist eine rein spekulative Annahme, lässt sich faktisch kaum belegen und dient nur dazu, eine Transparenz hinsichtlich des Feldzugangs zu gewährleisten.

Diese persönliche Einstellung trifft auch auf die direkte Arbeit mit Personengruppen zu, die von Diskriminierung betroffen sind und mit denen ich im Kontext dieser Arbeit Gespräche führe. Gerade bei Personengruppen, die als besonders vulnerabel gelten, müssen mögliche Gefährdungen der Forschungsteilnehmenden, wie eine (Re-)Traumatisierung, reflektiert und Maßnahmen getroffen werden, um Risiken und Belastungen minimal zu halten (vgl. DGSA 2020: 4). Zugleich war es für mich entscheidend, die entsprechenden Personen nicht auf ihre möglichen Vulnerabilitäten zu reduzieren, sondern sie als Subjekte im Forschungsprozess anzuerkennen, die eigene Einschätzungen vornehmen und Entscheidungen treffen (vgl. ebd.)

3.3 ERHEBUNGS-METHODEN

Für diese Thesis wurde ein qualitatives Forschungsdesign entwickelt. Dessen zentrales Ziel ist es, die ausgewählten Case-Studies näher zu beleuchten und zu kontextualisieren sowie alle drei Ebenen des Forschungsinteresses zu analysieren. Einige der Methoden wurden für mehrere Dimensionen dieser Arbeit angewandt und verfolgten dabei jeweils spezifische Zielsetzungen. In den folgenden Kapiteln werden nun die wissenschaftlichen Methoden sowie ihre Anwendung dargestellt.

Es folgt eine Graphik über den Forschungsprozess, die einen Überblick über die Zusammenhänge zwischen Case-Studies, den beteiligten Akteur:innen beziehungsweise ihrer Rolle und den angewandten Methoden geben soll (vgl. Abb.1).

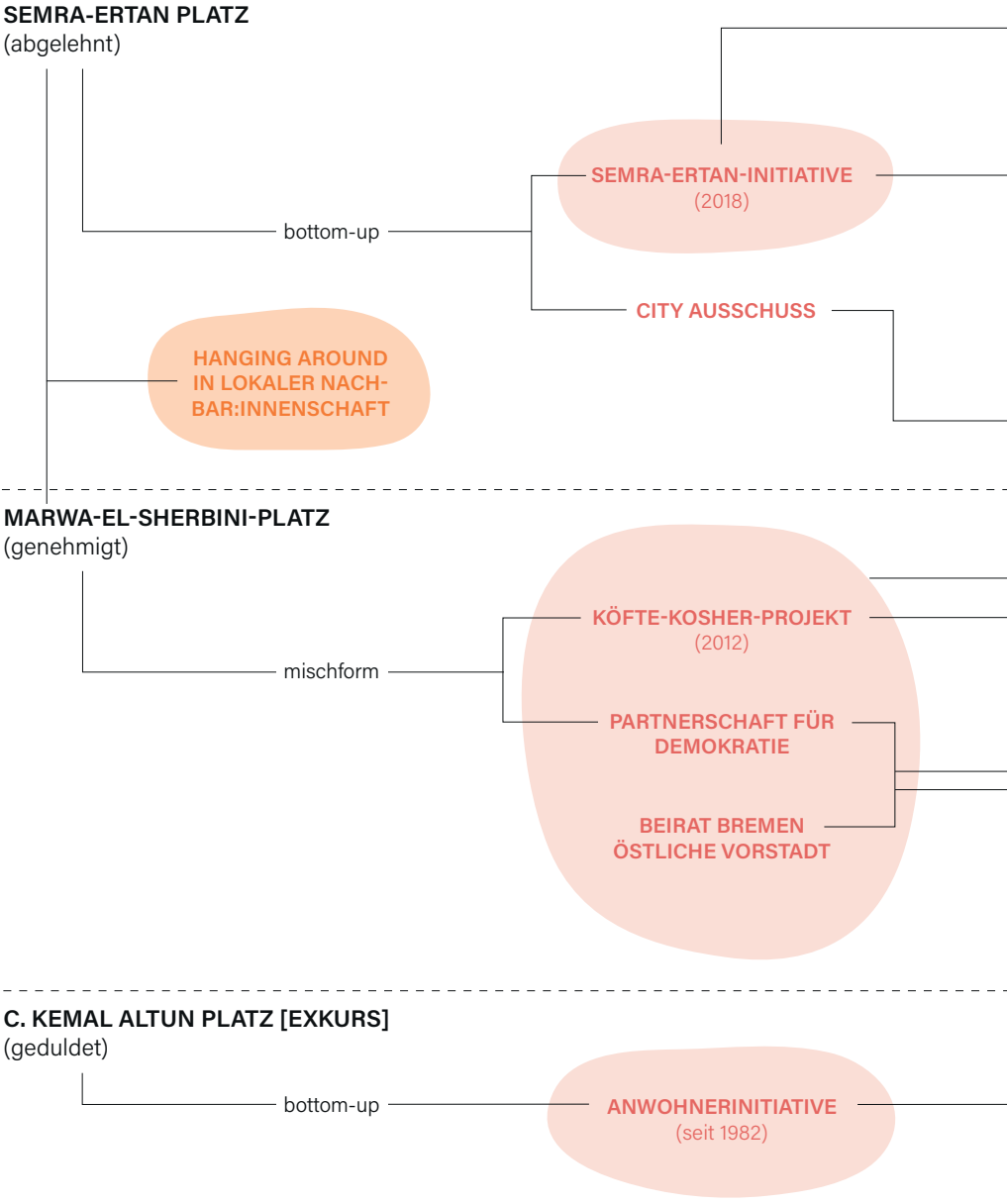
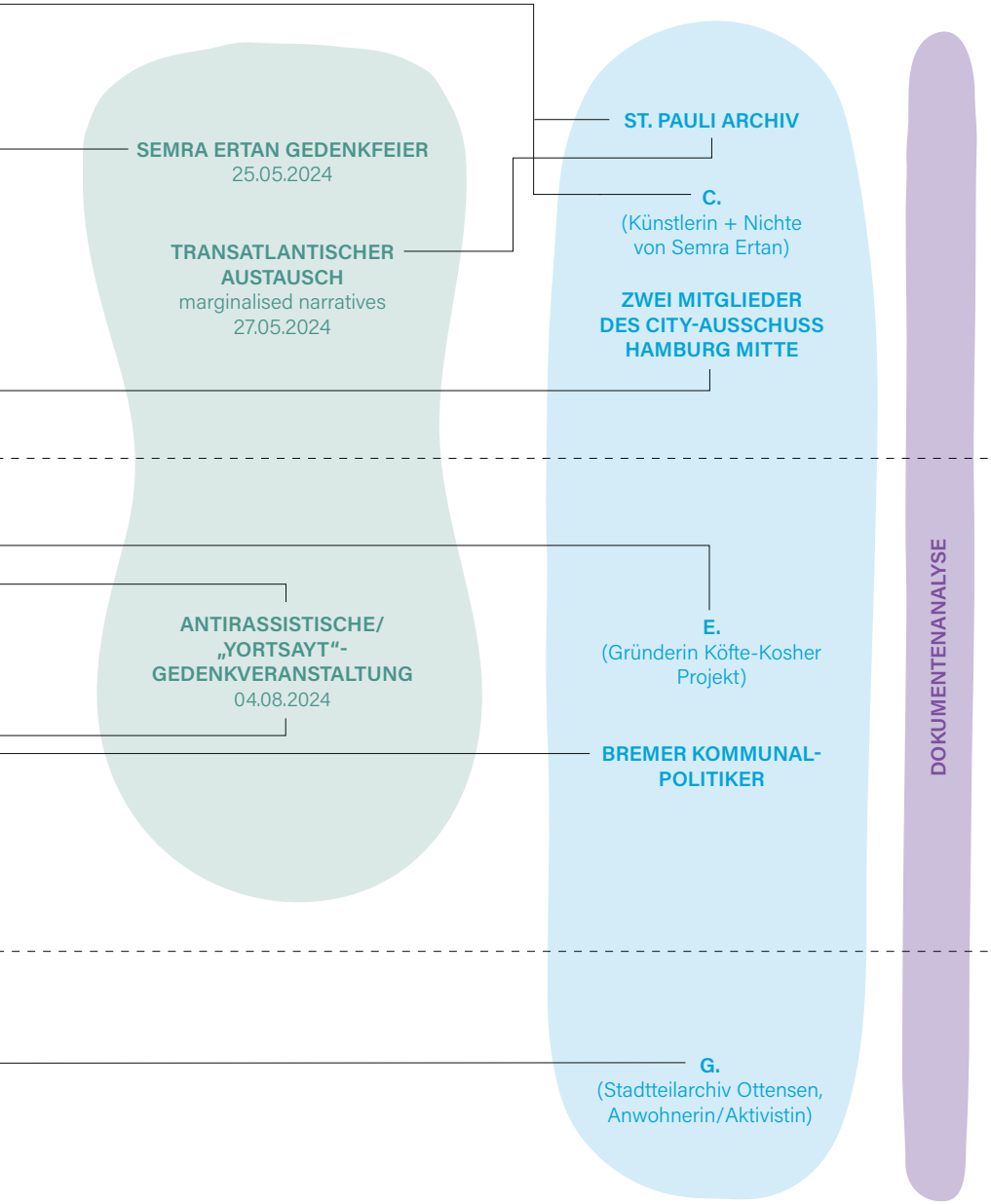


Abb. 1 Der Forschungsprozess: Case-Studies, Akteur:innen/Rollen und Methoden. (Eigene Darstellung, 2024)


SEMRA ERTAN GEDENKFEIER
25.05.2024
TRANSATLANTISCHER AUSTAUSCH
marginalised narratives
27.05.2024
ANTIRASSISTISCHE/ „YORTSAYT"-GEDENKVERANSTALTUNG
04.08.2024
ST. PAULI ARCHIV
C.
(Künstlerin + Nichte von Semra Ertan)
ZWEI MITGLIEDER DES CITY-AUSSCHUSS HAMBURG MITTE
E.
(Gründerin Köfte-Kosher Projekt)
BREMER KOMMUNAL-POLITIKER
G.
(Stadtteilarchiv Ottensen, Anwohnerin/Aktivistin)
DOKUMENTENANALYSE

3.3.1 Dokumentenanalyse (Hintergrundrecherche)

Die Dokumentenanalyse ist eine Methode der qualitativen Datenerhebung, die darauf abzielt, Informationen aus vorhandenen Dokumenten zu extrahieren und zu interpretieren. Dabei können sowohl Texte als auch Bilder, Grafiken, Tabellen und andere Medien analysiert werden. Nach Mayring (2010) kann die Dokumentenanalyse in drei Schritten erfolgen: Zunächst erfolgt die Materialsammlung, dann die Kategorisierung und zuletzt die Analyse mit Interpretation.[10] Bei der Materialsammlung werden relevante Dokumente gesammelt und ausgewählt. Die Dokumente können dabei aus verschiedenen Quellen stammen, wie zum Beispiel aus Archiven, Bibliotheken, Verlagen oder aus dem Internet.

Als Vorteile der Dokumentenanalyse gelten unter anderem die hohe Verfügbarkeit von Daten, die Unabhängigkeit von Befragungen oder Beobachtungen. Nachteilig ist jedoch die Schwierigkeit, die Validität und Verlässlichkeit der erhobenen Daten zu gewährleisten (vgl. Kuckartz 2014). Daher wird in dieser Arbeit vor allem mit offiziellen amtlichen Quellen, statistischen Daten sowie offiziellen Websites von aktivistischen Akteur:innen und Institutionen und Nachrichtenerstattung von etablierter (Lokal-)Presse gearbeitet. Die Analyse und Interpretation der Dokumente fand im Rahmen dieser Arbeit gemeinsam mit den generierten Daten der anderen Erhebungsmethoden statt.

Die Dokumentenanalyse diente in erster Linie dazu, die Fallbeispiele bzw. die dahinterstehenden postkolonialen Aktivist:innen näher zu beleuchten und zu verstehen und half so dabei die generelle Ausrichtung der Arbeit festzulegen. Dies wurde beispielsweise durch die Nutzung von Internetquellen wie der offiziellen Website der *Semra-Ertan-Initiative* oder des *Köfte Kosher*-Projekts umgesetzt. Auf diese Weise wurde ich auch auf eine zeitnahe Gedenkveranstaltung aufmerksam. Die Teilnahme an diesen Veranstaltungen eröffnete mir einen Zugang zum Feld und möglichen Interviewpartner:innen.

10 In dieser Arbeit wird die Dokumentenauswertung und -analyse gemeinsam mit der Analyse anderer generierter Daten erfolgen.

Im Kontext der Vorstellung der Case-Studies diente die Dokumentenanalyse dazu, eine Kontextualisierung der ausgewählten Plätze in ihren räumlichen, soziokulturellen und verwaltungstechnischen Verflechtungen zu ermöglichen. Bei der Vorstellung der Initiator:innengruppen, ihrer Organisation, Motivation und ihres Prozesses zur Platzneubenennung, wirkte die Dokumentenanalyse unterstützend, um konkrete Daten aus den Interviews weiter zu unterfüttern und auf Korrektheit zu überprüfen.

Für die zweite Dimension des Forschungsvorhabens – die kommunalpolitische Ebene – wurden in erster Linie offizielle Dokumente der Stadt Hamburg und Bremen wie Genehmigungsbeschlüsse oder Sitzungsprotokolle von kommunalpolitischen Gremien in die zu analysierende Materialauswahl aufgenommen. Diese Informationen lieferten einerseits eine Grundlage für die Auswahl geeigneter Gesprächspartner:innen auf der kommunalpolitischen Ebene und ermöglichten andererseits Einblicke in den allgemeinen Umgang, den zeitlichen Rahmen und die Argumentationsstruktur zwischen verschiedenen Parteien hinsichtlich der Bewertung der postkolonialen Forderungen.

3.3.2 (Semi-strukturierte) Expert:inneninterviews

Die Methode des semistrukturierten Expert:inneninterviews (vgl. Helferich 2019) wurde als Form der qualitativen Datenerhebung gewählt, da diese Arbeit sich mit der Analyse von Fallstudien befasst, die ein typisches Einsatzgebiet von qualitativen Expert:inneninterviews darstellen (vgl. Kaiser 2014: 4). Als Expert:innen gelten Personen, welche durch die alltägliche Auseinandersetzung mit dem Forschungsort über bedeutsame Informationen verfügen (vgl. Hildebrandt et al. 2015: 243). Semi-strukturierte Expert:inneninterviews wurden vor allem zur Erhebung von Daten innerhalb der ersten und zweiten Forschungsdimension genutzt. Als Expert:innen wurden dabei postkoloniale Aktivist:innen (Mitglieder der Initiative und Initiator:innen der Forderungen) sowie Kommunalpolitiker:innen (Mitglieder in Genehmigungsausschüssen), also wirkungsmächtigen Akteur:innen auf der organisatorisch-rechtlichen Ebene, betrachtet.

Auf der ersten Ebene dient die Methode dazu, einen Zugang zur fallspezifischen Ausübung der *memory citizenship* durch die Aktivist:innen sowie zur persönlichen Wahrnehmung dieser Praxis in Bezug auf erwartete Auswirkungen herzustellen. Dabei wurden auch die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Akteur:innen hinsichtlich der Reaktionen außenstehender Personen auf ihre memory citizenship-Aktivitäten erforscht. Die zweite Forschungsdimension konzentriert sich auf die kommunalpolitische Ebene. Hier wurden Expert:inneninterviews mit Mitgliedern von kommunalpolitischen Gremien geführt, um deren Umgang mit und Bewertung der aktivistischen Forderungen innerhalb von Genehmigungsdiskussionen zu untersuchen.

Beim semi-strukturierten Interview handelt es sich um eine nicht-standardisierte Form (vgl. Gläser/Laudel 2006: 107). Diese sozialwissenschaftliche Methode wirkt wie ein „natürliches Gespräch" (ebd.: 107), unterscheidet sich jedoch durch eine anerkannte „*feste Rollenverteilung zwischen Fragenden und Antwortenden*" (ebd.: 108) sowie durch die Gesprächsleitung durch den:die Interviewer:in und den Fokus auf das Forschungsthema (vgl. ebd.: 108, vgl. auch Haller 1991). Der Gesprächsverlauf soll zwar offen und flexibel sein, dennoch wird ein Leitfaden mit Fragen erstellt, um eine Übersicht über relevante Themen zu bewahren (vgl. Kaiser 2014: 31). Die Leitfäden wurden entsprechend der Verbindung der interviewten Person zum Untersuchungsgegenstand entworfen. Ausschlaggebend für den Inhalt der Leitfäden waren dabei u. A.:

- Vorab recherchierte Einstellungen zu den postkolonialen Forderungen bei kommunalpolitischen Vertreter:innen
- Rolle innerhalb der Initiator:innengruppe
- Vorhandensein einer Migrationsgeschichte bei den Interviewten und genereller Kontakt mit der Thematik

Eine zentrale Anforderung an die Durchführung der Expert:inneninterview war die „Operationalisierung" (Gläser/Laudel 2006: 108). Damit ist die Übersetzung von auf das Forschungsinteresse abzielender Fragen in den sozio-kulturellen Kontext der Gesprächspartner:innen gemeint. Nur so kann ein Gespräch auf Augenhöhe ermöglicht und abweichende

Verständnisse von Fachbegriffen vermieden werden (vgl. ebd.: 108). Dies kann bereits innerhalb des Leitfadens umgesetzt werden, muss jedoch auch während des Gesprächs durch die Forschenden in Form einer *„permanenten spontanen Operationalisierung*" (Hopf 1978: 111) gewährleistet werden. Damit ist gemeint, dass die Übersetzung des Abstrakten für und die theoretische Verarbeitung von Informationen durch die Interviewten in Form von Improvisationsarbeit kontinuierlich geleistet werden muss (vgl. ebd.: 111).

Eine „gesteuerte Spontanität" (ebd.: 107) durch die Forschenden soll außerdem für eine möglichst organische Gesprächssituation sorgen, sodass ein „spontanes Kommunikationsverhalten" des Interviewten unterstützt wird und gleichzeitig der Fokus auf das Forschungsinteresse gehalten wird (vgl. ebd.: 107). Beide Leistungen stellen eine hohe Anforderung an die Forschenden, denn sie können sich hierbei kaum auf allgemeine Regelungen stützen und müssen Kommunikations- und Abstraktionsarbeit situationsbezogen umsetzen (vgl. Gläser/Laudel 2006: 111). Da sich die Interviewpartner:innen teilweise aus Personen mit akademischen Hintergrund (studierte Kunstschaffende, Politiker:innen) sowie aktiver Ausübung von intellektuellen Tätigkeiten zusammensetzten, war jedoch vielmehr eine spontane Anpassung meinerseits an mir unbekannte Fachwörter und Diskurse vonnöten.

Im Rahmen dieser Arbeit wurden insgesamt sieben semistrukturierte Expert:inneninterviews durchgeführt (vgl. Abb. 1). Diese fanden sowohl in Präsenz als auch per Telefon und Videotelefonat statt und wurden unter Einverständnis der Interviewpartner:innen auditiv aufgezeichnet (vgl. Gläser/Laudel 2006: 153 ff.).

3.3.3 Teilnehmende Beobachtung & lokales *Hanging Around*

Obwohl sich die Methode der *Teilnehmenden Beobachtung* auch als zentrales Element der Methode des *Hanging Around* wiederfindet, werde ich diese im Folgenden getrennt und im Kontext der durch die generierten Daten anführen, da sie innerhalb unterschiedlicher Forschungsdimensionen verwendet wurden.

Zunächst wurde die teilnehmende Beobachtung innerhalb der ersten Forschungsdimension im Rahmen von Gedenk- und Austauschveranstaltungen der postkolonialen Akteur:innen durchgeführt (vgl. Abb. 1). Die Methode beinhaltete das Sammeln von verbalen und visuellen Informationen durch bewusstes Beobachten von Akteur:innen und Praktiken (vgl. Engelmann/Scheufele 2009: 178). Festgehalten wurden die generierten Informationen in (Sprach-)Memos und retrospektiven Beobachtungsprotokollen, welche eine Reflektion und Beschreibung der Beobachtung ermöglichen. Unterstützend zu den verbalen Daten wurden visuelle Daten in Form von Fotografien erhoben. Die Methode diente in diesem Kontext dazu, einen ersten Zugang zur Arbeit der postkolonialen Akteur:innen zu schaffen, Kontakte zu knüpfen und einen umfassenden Einblick das Selbstverständnis der Initiator:innen sowie die Arbeit und Effekte der Selbstermächtigungsakte zu gewinnen.

Weitere Anwendung fand die Methode der *Teilnehmenden Beobachtung* im Rahmen eines lokalen *Hanging Arounds*: Die ethnographische Feldforschungsmethode diente zur Erforschung der dritten Ebene, sprich um die Auswirkungen und Wahrnehmung der *memory citizenship*-Praxis innerhalb der lokalen urbanen Nachbar:innenschaft des Platzes zu untersuchen. Diese Erhebung von lokalem Wissen stellte den Hauptfokus der *Hanging Around* Methode dar (vgl. Schwanhäußer: 86 und Duneier/Kasinitz/Murphy 2014: 9). Im Rahmen dieser Arbeit sollte so dem Forschungsinteresse nachgegangen werden, inwiefern, für wen und auf welche Art und Weise die postkoloniale Praxis der *memory citizenship* in der lokalen Nachbar:innenschaft sichtbar ist, eingeschätzt wird und welche Resonanz sie erfährt.
Die Methode des *Hanging Around* konstituiert sich hierbei aus teilnehmenden Beobachtungen und dem Führen von kurzen themen-

zentrierten Interviews als offenes spontanes Gespräch (vgl. Helfferich 2019: 670), um sowohl sprachliche als auch nicht-sprachlich gefasste Wissensbestände zu erkunden (vgl. Schlehe 2020: 92). Insbesondere mit den Spontaninterviews verfolge ich das Ziel, *„alltägliche Erfahrung und lokales Wissen bzw. kulturelle Gewissheiten aufzunehmen*" (ebd.: 93) und dadurch Zugang zur Innensicht und subjektiver Sinngebung lokaler Akteur:innen zu erlangen (vgl. ebd.).

Diese spontanen ungeplanten Interviews lassen sich in ihrer Form auch den *unstrukturierten Interviews* zuordnen, bei denen formal kein Leitfaden existiert. Die Forscher:innen greifen lediglich auf grobe Themenkomplexe zurück, orientieren sich aber stark an dem Erzählinteresse der Befragten (vgl. Hildebrandt et al. 2015: 248). Das Beibehalten von groben Themenkomplexen innerhalb einer relativen Unstrukturiertheit ist daher sinnvoll, um bei der Auswertung verschiedenes Expert:innenwissen miteinander in Beziehung zu setzen und zu vergleichen (vgl. Krüger 2018: 105 und Helfferich 2019: 675). Grobe Themenkomplexe stellten bei dieser Erhebung vor allem der Bezug der befragten Person zum Platz, ihre Assoziation mit dem Ort und ein Bewusstsein über sowie Einschätzung der (angestrebten) Neubenennung dar. Da bei spontanen und nicht-verabredeten Interviews auch sensibel vorgegangen werden muss, bietet die Unstrukturiertheit mehr Freiheiten, um sich am individuellen Gesprächsinteresse auszurichten, um kurzfristig einen gewissen Vertrauensrahmen schaffen zu können. Auch die Methodik des *Hanging Around*s wurde durch fotographische Dokumentation ergänzt, um die Erscheinung des Ortes sowie besondere Merkmale der Plätze auch auf visueller Ebene festzuhalten.

Insgesamt wurden rund 35 unstrukturierte, spontane Interviews mit ansässigen Gewerbetreibenden und Personen, die ich am *Semra-Ertan-Platz* und *Marwa-El-Sherbini-Platz* antraf (vgl. Abb. 1), geführt. Die Beobachtungen und Interviews wurden dabei jeweils im Zuge eines Tages durchgeführt.

3.4 AUSWERTUNGSMETHODIK

Für die Analyse des erhobenen Datenmaterials wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt, die sich am Verfahren der *Grounded Theory* nach Strauss/Corbin (1996) orientiert. Allerdings spreche ich an dieser Stelle bewusst nur von einer Orientierung, da das Ziel nicht primär darin bestand, durch den Prozess des Kodierens und der Abstraktion eine gegenstandsverankerte Theorie zu entwickeln (vgl. Flick 2007: 388). Vielmehr erlaubt es die methodologische Rahmung der *Grounded Theory* verschiedene interaktive Schleifen ziehen zu können und so aus einem Zusammenspiel aus deduktiver und induktiver Vorgehens- beziehunsgsweise Verfahrensweise Schlüsselkategorien und Ergebnisse zu produzieren (vgl. ebd.).

Im Hinblick auf den Interpretationsvorgang wurden in dieser Arbeit verschiedene Verfahren im Umgang mit dem Text angewandt. Ähnlich dem bedarfsgeleiteten Wechsel zwischen Prozeduren des offenen, axialen und selektiven Kodierens der Grounded Theory (vgl. Flick 2007: 387- 88), bewegten ich mich im inhaltlichen Analyseprozess des Materials stets zwischen induktivem und deduktivem Denken (vgl. ebd: 394). Dieses Vorgehen ermöglichte es, die Daten auf mehreren Ebenen zu interpretieren, assoziative Sinnzusammenhänge zu schärfen und ein tiefgreifendes Verständnis der Phänomene zu erlangen. Durch

das iterative Vorgehen und den bedarfsgeleiteten Wechsel zwischen verschiedenen Kodierungsprozeduren konnte ich schlussendlich eine umfassende und konsistente Interpretation des Materials erreichen.

3.4.1 Sichtung + Homogenisierung

Das erhobene Ausgangsmaterial gestaltete sich aufgrund verschiedener Quellen als heterogen: Hierbei konnte zwischen von mir selbst generierten, forschungsinduzierten Daten und prozessbasierten Daten, wie Zeitungsartikeln, amtlichen Dokumenten, Protokollen und Websitebeiträgen unterschieden werden (vgl. Heinrich 2021: 140). Um die heterogene Menge an Rohdaten, die aus den verschiedenen Erhebungsmethoden entstanden war, zu vereinheitlichen, erfolgte eine Datenintegration. Dies erforderte eine Transkription der verbalen Daten der semi-strukturierten Expert:inneninterviews und eine Verschriftlichung von Sprach-Memos der teilnehmenden Beobachtung, sodass eine textbasierte Inhaltsanalyse möglich war (vgl. Heinrich 2021:145).

3.4.2 Kodierungsprozess in der Inhaltsanalyse: offen, axial und selektiv

Das Ziel der Inhaltsanalyse ist es per induktiver Kategorienentwicklung aus dem Material heraus zu Kategorien zu finden, die auf andere Materialien übertragbar und damit vergleichbar sind (vgl. Mayring 2000). Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse erlaubt über dies hinaus, theoretische Bezüge und Rechercheergebnisse deduktiv in die Kategorienanwendung einfließen zu lassen (vgl. ebd.). Somit lassen sich subjektive Erfahrungsberichte und Daten (aus Beobachtungsprotokollen oder Interviews) nachvollziehbarer analysieren und mit theoretischen Kontexten verknüpfen, wodurch die Einbettung in einen größeren Rahmen ermöglicht wird.

Die Bildung dieser induktiven Kategorien mit deduktiven Einflüssen orientiert sich wie eingangs erwähnt an dem Codierverfahren der *Groun-*

ded Theory„ welches im Folgenden noch einmal genauer erläutert wird. An dieser Stelle möchte ich die deduktiven Einflüsse transparent machen, da ich mich der Analyse des Datenmaterials mit einem gewissen Fokus genähert habe. Diesen leitete ich aus dem Interesse der jeweiligen Forschungsdimensionen und Unterfragestellungen sowie generellem Informationsinteresse über den Hintergrund und den Aufbau der Fallbeispiele ab. Ein solches Vorgehen kleidet sich zunächst im Gewand einer gewissen Deduktion (vom Allgemeinen auf den Einzelfall schließend). Dies wird jedoch innerhalb der weiteren Codierungsschritte durch das Ziehen von iterativen Schleifen und induktiver Kategorienbildung ergänzt, sodass sich diese Arbeit im Zusammenspiel von induktiver und deduktiver Kategorienbildung bewegt. Die Codierung der Arbeit wurde mit Hilfe der QDA-Software MAXQDA durchgeführt, die den Vorteil eines systematisierten, visualisierten und flexiblen Codierungsprozesses bietet (Kuckartz 2010: 12-13f).

Im ersten Schritt der qualitativen Inhaltsanalyse führte ich eine *offene Codierung* am gesamten Material durch. Um das Material in eine erste Ordnung zu bringen, wurden Daten und Phänomene versucht in Begriffe zu fassen (vgl. Flick 2007: 388). Hierfür wurden die Daten zuerst zerlegt, um sie dann mit „Codes" (Kategorien) zu versehen. Dies wurde unterschiedlich detailliert durchgeführt - zeilenweise, satzweise, abschnittsweise oder auch bezogen auf ganze Texte einer Quelle. Textpassagen, die für die Fragestellung nicht relevant sind oder sich nicht mittels der Codes einordnen lassen, bleiben uncodiert. Eine Mehrfachcodierung von Textabschnitten oder Sätzen war möglich, da in einzelnen Textstellen oft mehrere Themen und Subthemen angesprochen werden (Kuckartz 2018: 102) Diese Codes wurden miteinander verglichen und entsprechend ihrer inhaltlichen Gemeinsamkeiten nach gruppiert, sodass es zu einer erheblichen Reduktion der Anzahl der Einheiten bzw. Kategorien kam und ein besserer Überblick ermöglicht wurde (vgl. Strauss/Corbin 1996: 47).

In einem nächsten Schritt wurden der Datenkorpus und die entstandenen Kategorien *axial* codiert. Dabei wurden die durch das offene Codieren generierten Daten neu zusammengesetzt, in dem die zu Kategorien zusammengefassten Codes miteinander verbunden wurden

(vgl. Strauss/Corbin 1996: 75). Die im offenen Codieren aufgebrochenen Daten werden beim axialen Codieren auf neue Art wieder zusammengefügt, indem „*[...] Verbindungen zwischen einer Kategorie und ihren Subkategorien ermittelt werden*" (ebd.: 76). Dies wird gemacht, um „*... die Kategorien, die im offenen Kodieren entstanden sind zu verfeinern und zu differenzieren. Dabei werden aus der Vielzahl der entstandenen Kategorien diejenigen ausgewählt, deren weitere Ausarbeitung am vielversprechendsten erscheint*" (Flick 2007: 393).

Aus dem Material konnte ich somit mehrere Hauptkategorien mit Subkategorien und den betreffenden Codes bilden. Wobei zu betonen ist, dass die Hauptkategorien, ihre Subkategorien und die Codes in Querverbindung miteinander in Zusammenhang stehen. Bestimmte Codes beziehen sich auch auf verschieden Haupt- bzw. Subkategorien, zudem beziehen und bedingen sich insbesondere unterschiedliche Subkategorien gegenseitig.

Im dritten Schritt erfolgte das *selektive Kodieren*, um die Kernkategorie herauszuarbeiten, um die sich die anderen entwickelten Kategorien gruppieren lassen (Flick 2007: 396 f.). Dieser Prozess führte zur Identifikation mehrerer Kern-, Haupt- und Subkategorien, die es ermöglichten, die Analyse und Diskussion der Forschungsdimensionen - Selbstwahrnehmung der Aktivist:innen, Bewertung der kommunalpolitischen Ebene und Resonanz in der Nachbar:innenschaft - zu strukturieren. Diese deduktiv-induktive Analyse erlaubte es, relevante Themenbereiche innerhalb der Forschungsebenen zu identifizieren und die Unterfragen damit systematisch zu beantworten.

3.5 REFLEXION DER METHODIK

Im Folgenden sollen die angewandten wissenschaftlichen Methoden hinsichtlich ihrer Eignung und ihrem Mehrwert für diese Forschung reflektiert werden. Darüber hinaus sollen ebenfalls Grenzen und Einschränkungen des methodischen Designs und seiner Durchführung transparent gemacht werden.

3.5.1 Reflexion der Interviews

Die Methodik der *semi-strukturierten Expert:inneninterviews* eignete sich für diese Arbeit in besonderem Maße dazu, Expert:innenwissen der Initiator:innen und beteiligten Kommunalpolitiker:innen zu den jeweiligen Fallstudien zu erheben. Insbesondere bedeutende Informationen zu Themenbereichen, welche die subjektive Wahrnehmung der *memory citizenship* durch die Aktivist:innen sowie die Wahrnehmung der internen Gremiumsdiskussionen durch Kommunalpolitiker:innen über öffentliche Sitzungsprotokolle hinaus betrafen, konnten durch das Führen der Expert:inneninterviews intensiv beleuchtet werden (vgl. Hildebrandt et al. 2015: 243). Trotzdem existierten für diese Methode einige Einschränkungen, die im Folgenden dargelegt werden:

Eine umfassende Repräsentation der durch die Dokumentenanalyse identifizierten fraktionsabhängigen Perspektiven bei der Auswahl der politischen Gesprächspartner:innen war im Rahmen dieser Arbeit trotz entsprechender Bemühungen nicht realisierbar. Im Kontext des *City-Ausschusses Hamburg Mitte* war es dabei trotz Anfrage leider nicht möglich, mit kommunalpolitischen Vertreter:innen zu sprechen, die eine klare Gegenposition zu den Forderungen der Aktivist:innen vertraten. Diese Perspektive kann daher nur indirekt anhand von in Protokollen festgehaltene Aussagen sowie durch wertende Beschreibungen und Wahrnehmungen anderer Gremiumsmitglieder abgebildet werden. Beim Fallbeispiel des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* wurde im Zuge dieser Arbeit sogar mit nur einem kommunalpolitischen Mitglied des *Beirats Bremen Östliche Vorstadt* in seiner Zusammensetzung von 2018 gesprochen. Der Grund hierfür war ebenfalls nicht erfolgte Antworten nach mehreren Anfragen und die zeitliche Einschränkung der Sommerferien.

Der interviewte kommunalpolitische Vertreter des Bremer Beirats stellte zudem noch eine andere Herausforderung für diese Arbeit dar. Im Laufe des Gesprächs wurde deutlich, dass diese Person sowohl in die Kommunalpolitik als auch aktiv in die Forderungen zur Umbenennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* involviert gewesen war (vgl. Abb. 1). Dadurch nahm die Person in der Logik dieser Thesis eine doppelte Rolle auf zwei Forschungsebenen – der Wahrnehmung der Initiator:innen und der Bewertung auf kommunalpolitischer Ebene – ein. Einerseits stellte diese doppelte Rolle die Frage, inwiefern der Aktivismus rund um den *Marwa-El-Sherbini-Platz* als postkoloniale Praxis verstanden und in dieser Arbeit als Fallbeispiel betrachtet werden kann.[11] Andererseits stellte sich bei der Auswertung die komplexe Herausforderung, die Ergebnisse für die beiden Forschungsdimensionen zu trennen, da sie hier eng miteinander verknüpft sind, was teilweise zu inhaltlichen Wiederholungen führte.

Es erwies sich zudem als herausfordernd, den interviewten Aktivist:innen zu vermitteln und von ihnen beizubehalten, dass meine Arbeit in

11 Diese Frage wird jedoch in der Case-Study Vorstellung auf S. 116 ausführlich diskutiert.

ihrer thematischen Rahmung der migrantischen *Erinnerungskultur* insbesondere auf die Ehrung durch Platznamen fokussiert war. Dieser inhaltliche Fokus konnte von den Interviewpartner:innen nicht isoliert von anderen postkolonialen Erinnerungspraktiken für die Sichtbarkeit der jeweiligen Narrative betrachtet werden, wodurch andere Themen in den Vordergrund traten und viel Raum im Gespräch einnahmen. Gleichzeitig erweiterte diese Herausforderung meinen Blick für den Kontext und die Einbettung der *memory citizenship*-Praxis, was sich als wichtiger Teil des Ergebnisses dieser Thesis erwies. Auch in Gesprächen mit Kommunalpolitiker:innen stieß ich auf eine Hürde der Wissensweitergabe. Es stellte sich als herausfordernd dar, praktische und konkrete Aussagen zu Fragen der migrantischen *Erinnerungskultur* und ihrer Bewertung zu erhalten, da diese oft von parteipolitischen Idealvorstellungen und Verallgemeinerungen geprägt waren.

3.5.2 Reflexion des *Hanging Arounds* & teilnehmender Beobachtung

Die Feldforschungsmethode des *Hanging Arounds* erwies sich als geeignet, um ethnografische Einblicke in die alltäglichen Erfahrungen und das lokale Wissen über die Sichtbarkeit und Bewertung der *memory citizenship* in den Nachbar:innenschaften des *Marwa-El-Sherbini-* und des *Semra-Ertan-Platzes* zu gewinnen. Ich spreche an dieser Stelle bewusst von einem kurzen Einblick, da eine tiefgreifende ethnografische Forschung üblicherweise eine längere Dauer des Hanging Around erfordert, was aufgrund der begrenzten Zeit für diese Arbeit leider nicht möglich war. Da die Beobachtungen und Kurzbefragungen jeweils an einem Tag und in einem kurzen Zeitraum durchgeführt wurden, sollten sie als selektive Eindrücke betrachtet werden, die von der Tageszeit oder dem Wochentag abhängen. Um tiefere Einblicke in die Resonanz für die *memory citizenship*-Akte durch Straßenschilder in der lokalen Nachbar:innenschaft zu erhalten, sollte das *Hanging Around* an verschiedenen Wochentagen und zu unterschiedlichen Tageszeiten wiederholt werden, um eine Vielzahl von Personengruppen beobachten und befragen zu können.

Die teilnehmende Beobachtung im Zuge der *Semra Ertan-Gedenkfeier* erwies sich als äußerst wertvoll für die Forschung, vor allem, um einen Zugang für weitere Arbeit im Forschungsfeld zu schaffen. Sie ermöglichte einen tiefen Einblick in die Arbeitsweise und Vernetzungsstrukturen der Initiativen. Darüber hinaus bot sie die Gelegenheit, die emotionale Dimension und fundamentale Motivation der Aktivist:innen unmittelbar zu erfassen. Die jährliche Gedenkveranstaltung am *Marwa-El-Sherbini-Platz* konnte in diesem Jahr aus persönlichen Gründen nicht durch eine teilnehmende Beobachtung erforscht werden. Dieser Umstand kann als Ungleichgewicht in der Tiefenanalyse der beiden Fallbeispiele gewertet werden, da die fehlende direkte Beobachtung dieser Veranstaltung die Vergleichbarkeit der Daten einschränkt. Durch Aussagen der entsprechenden Expert:innen und lokalen Anwohner:innen konnte sich jedoch diesem fehlenden Wissen indirekt angenähert werden.

3.5.3 Gesamtreflektion des methodischen Designs

In der Gesamtreflexion des methodischen Forschungsdesigns zeigt sich ein deutliches Ungleichgewicht in der Datenerhebung zwischen den untersuchten Plätzen. Die Case-Study des *Semra-Ertan-Platzes* wurde deutlich intensiver und aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Dies spiegelt sich in der höheren Anzahl geführter Interviews wider und ist auf einen erleichterten Zugang zu den involvierten Akteur:innen sowie die Aktualität des Prozesses zurückzuführen. Auch die Teilnahme an einer aktuellen Veranstaltung ermöglichte hier zusätzliche Interviews und teilnehmende Beobachtungen, was zu einer tieferen Analyse führte. Im Gegensatz dazu gestaltete sich die Untersuchung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* weniger umfangreich.

Der *C. Kemal-Altun-Platz* stellte aufgrund seiner historischen Dimension eine besondere Herausforderung dar. Die zeitliche Distanz zur Platzneubenennung erschwerte den Zugang zu relevanten Ansprechpartner:innen erheblich. Zeitliche Begrenzungen setzten der Untersuchungstiefe zusätzlich enge Grenzen. Folglich konnte dieser Fall nicht

mit der gleichen Intensität wie die anderen Case Studies behandelt werden und wurde als Exkurs integriert. Trotz dieser Einschränkungen bietet der Kemal-Altun-Platz wertvolle historische Perspektiven, die zur Kontextualisierung der anderen Fallbeispiele beitragen und die zeitliche Dimension der *memory citizenship*-Praxis anzuschneiden.

Im Verlauf des Forschungsprozesses stellte sich zudem heraus, dass der *Marwa-El-Sherbini-Platz* nur als eingeschränkt selbstermächtigtes Produkt angesehen werden kann und teilweise kommunalpolitisch getragen wurde. Dennoch wurde dieser Fall beibehalten, da diese Mischform spannende Thematiken vor allem hinsichtlich der Grenzen der postkolonialen *memory citizenship*-Praxis aufwarf und so interessante Einblicke und Ergebnisse lieferte.

Ebenfalls hätten die Einbeziehung weiterer kommunaler Institutionen und eine vertiefte Untersuchung der Verwaltungsperspektive abseits der Kommunalpolitik die Forschung bereichern können. Aufgrund des zeitlich und im Umfang limitierten Rahmens dieser Arbeit konnten diese Aspekte jedoch nicht umfassend berücksichtigt werden.
In der Auswertung und Analyse des erhobenen Datenmaterials stellte zudem eine große Herausforderung dar, dass bei Thematiken wie rassistischer Gewalt und der migrantischen Lebensrealität äußerste Sensibilität im Umgang mit Aussagen aus den Interviewdaten geboten war.

Trotz dieser Einschränkungen ermöglichte das gewählte methodische Design einen differenzierten Einblick in die Praxis der *memory citizenship* in Bremen und Hamburg.

4 CASE-STUDIES

Das folgende Kapitel dient als Grundlage und Überleitung zur Analyse und Diskussion. Es verortet die ausgewählten Case-Studies (angestrebter) städtischer Plätze in ihrem räumlich-sozialen und verwaltungsstrukturellen Kontext. Zudem werden die Biografien der Namenspati:nnen der Neubenennungen dargestellt sowie die Zusammensetzung und Arbeit der Initiativen beziehungsweise Initiator:innen erläutert. Eins der Fallbeispiele, *der C. Kemal-Altun-Platz*, wird dabei lediglich als zeithistorischer Exkurs beleuchtet. Die beiden anderen Fallbeispiele unterscheiden sich grundsätzlich hinsichtlich ihrer Akteur:innenkonstellation, der Organisation, des generellen Prozesses der Platzneubenennung(-sforderungen) sowie des aktuellen Genehmigungsstatus der ausgewählten Platzneubenennungen.
Abschließend wird in diesem Kapitel diskutiert, inwiefern die Arbeit der Aktivist:innen und ihre grundlegende Motivation als *memory citizenship-Praxis* interpretiert werden kann. Diese erste Anwendung des theoretischen Konzepts auf die Fallbeispiele dient als Grundlage für die vertiefende Untersuchung im Analyseteil.

Abb. 2 Der Semra-Ertan-Platz in St. Pauli. (Semra-Ertan-Initiative, 2023)

4.1 SEMRA-ERTAN-PLATZ, HAMBURG

4.1.1 Lokalisierung/Kontextualisierung

Abb. 2

Abb. 3 Lokalisierung des Semra-Ertan-Platzes in St. Pauli. (Eigene Darstellung nach Google-maps, Semra-Ertan-Initiative, 2023 und St.Pauli-Archiv, 2024a)

(geforderter)
Semra-Ertan-Platz

Annenstraße

Detlev-Bremer-Straße

Clemens-Schultz-Straße

Detlev-Bremer-Straße

Ort der Selbst-
verbrennung 1982

Offiziell gibt es den *Semra-Ertan-Platz* zum aktuellen Zeitpunkt nicht. Trotzdem ziert der Schriftzug „Semra-Ertan-Platz" seit einem Jahr einen offiziellen Straßenschildpfosten auf der kleinen, namenlosen Fläche inmitten von St. Pauli. Auf den ersten Blick vermittelt das Schild an der belebten Kreuzung der *Clemens-Schultz-Straße* und der *Detlev-Bremer-Straße* den Eindruck eines offiziellen Straßenschildes (vgl. Abb. 6). Kaum erkennbar sind dabei die Klebestreifen, auf denen der Schriftzug durch das Engagement der Anwohner:innen angebracht wurde, um diesen symbolischen Gedenkort zu schaffen (vgl. Interview St. Pauli-Archiv und Beobachtungsprotokoll SE-Platz und)

In der lebendigen Umgebung von St. Pauli, einem Stadtteil bekannt für seine bunte Mischung aus Wohnhäusern, Bars und Kneipen, fügt sich der Platz nahtlos in das lokale Leben ein. Zu den umliegenden Einrichtungen gehören neben der Kneipe Möwe Sturzflug (vgl. Abb. 2) auch das berühmte Café Miller und andere Restaurants, welche die Kreuzung mit Leben füllen und als beliebte Treffpunkte für Anwohnende und Besucher:innen dienen. Nur wenige Gehminuten entfernt, an der Kreuzung *Detlev-Bremer-Straße/Simon-von-Utrecht-Straße,* befindet sich der Ort, an dem sich Semra Ertan 1982 das Leben nahm. Das Stadtteilarchiv St. Pauli, ebenfalls in der Clemens-Schultz-Straße gelegen, befindet sich ebenfalls in unmittelbarer Nähe (vgl. Abb. 3).

Der inoffizielle Platz ist durch eine große Litfaßsäule geprägt, die in der Mitte der Fläche emporragt. Fahrradständer und fünf große Bäume säumen den Platz, von denen es heißt, sie seien vor 40 Jahren von der Nachbarschaft selbst gepflanzt worden (vgl. Beobachtungsprotokoll SE-Platz). Auffällig sind mehrere physische Aneignungen des Platzes in Form von Blumen, die an die Litfasssäule geklebt oder den Schildpfosten gewickelt wurden sowie laminierte A4-Blätter und Fotos, die an einer zwischen den Bäumen gespannten Leine hängen. Sie zeigen Fotos von Semra Ertan, ihre Gedichte oder die Arbeit der Initiative

Abb. 4 Der Semra-Ertan-Platz im August 2024. (Eigene Aufnahme, 2024)
Abb. 5 Die Bar „Möwe Sturzflug" im hinteren Bereich des Platzes. (Eigene Aufnahme, 2024)

Abb. 4

Abb. 5

Abb. 6

Abb. 7

selbst. Der Platz wirkt teils wie ein Durchgangsort für kurze Begegnungen, lädt aber auch im hinteren Bereich, der von der Bar *Möwe Sturzflug* bestuhlt ist, zum Verweilen ein (vgl. Abb. 4 und 7).

Der Stadtteil St. Pauli - Nachbar:innenschaft & Migration

Der im zentralen Hamburg gelegene Stadtteil *St. Pauli* zeichnet sich seit jeher durch eine gemischte und durch Menschen mit Migrationsgeschichte beeinflusste Nachbar.innenschaft aus und wird auch von seinen Bewohner:innen entsprechend wahrgenommen (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund[12] wird 2023 laut Angaben des Statistikportals MitraPro auf knapp 40% geschätzt. Bei den unter 18-jährigen beläuft sich der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund sogar auf die Hälfte (vgl. Statistik Nord 2023a). Der Anteil von Ausländer:innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft liegt bei 23,3 %, was leicht über dem Wert Gesamthamburgs (20,7 Prozent) liegt (vgl. Statisitk Nord 2023b).

Auf der solidarischen Plattform St. Pauli selber machen wird der Stadtteil folgendermaßen beschrieben: „*Es existiert ein lebendiges Nebeneinander und Miteinander verschiedenster (Sub)Kulturen, ein hohes Maß an Toleranz und Nachbarschaftlichkeit. Knapp ein Drittel der Bevölkerung besitzt eine ausländische Staatsbürgerschaft. Es gibt in St. Pauli-Süd eine vergleichsweise hohe Identifizierung mit dem Stadtteil. Nachbarschaftshilfe, intakte soziale Strukturen und eine hohe Toleranz gegenüber Anderen sind nicht nur Mythos*." (St. Pauli selber machen 2024)

Die Selbstwahrnehmung als solidarisch und tolerant wird auch durch die Ergebnisse einer DESI-Bevölkerungsbefragung von 2021 im Zuge des Projekts „Potenziale von Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie" bestätigt. In dieser schnitt der Stadtteil im ausgewählten Städte-

Abb. 6 Das inoffizielle Semra-Ertan-Platz-Schild. (Eigene Aufnahme, 2024)
Abb. 7 Biergarnituren der Möwe Sturzflug und Blick über den Platz. (Eigene Aufnahme, 2024)

vergleich in Kategorien wie Verbundenheit, gegenseitige Hilfe und Toleranz am besten ab: „*Die Ergebnisse für St. Pauli Süd stechen in jeder Hinsicht heraus und verdeutlichen das politische und alternative, aber auch widerständische und solidarische Selbstverständnis des Stadtteils und vieler seiner Bewohnerinnen und Bewohner[...] Ein bedeutender Teil der Anwohnerschaft ist bereit, sich für lokale und politische Interessen einzusetzen. [..] Die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf politische Verantwortliche zu vertrauen, gehört fest zur Tradition und Stadtteilkultur. Starke Nachbarschaftlichkeit und ein toleranter Umgang mit Migration sind daher auszeichnend für den Stadtteil.*" (Gesemann/ Seidel 2021: 7)

Interessant an diesen Ergebnissen ist vor allem die Bewertung des Zusammenlebens von Alteingesessenen und Neuzugezogenen in St. Pauli. Dabei wird in St. Pauli nicht nur das Zusammenleben als insgesamt positiv wahrgenommen, sondern auch mit dem binären Verständnis von "Fremden" und „Einheimischen" im Bezug auf Migration gebrochen. Während bei den anderen Fallbeispielen das Verständnis der Befragten von „Alteingesessenen" und „Neuzugezogenen" häufig mit Migrant:innen assoziiert wurde, wurde lediglich in *St. Pauli* deutlich, dass das Attribut „neuzugezogen" hier eher mit anderen sozialen Merkmalen (jungen, studentischen Milieus oder der urbanen Mittelschicht) assoziiert wird. (vgl. ebd.: 7-8)

12 Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gehören in diesen statistischen Angaben die ausländische Bevölkerung sowie alle ab 1950 außerhalb von Deutschland Zugewanderte unabhängig von ihrer Nationalität. Dazu zählen auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten früheren Ausländer:innen sowie in Deutschland Geborene mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei denen sich der Migrationshintergrund aus der Migrationserfahrung der Eltern oder eines Elternteils ableitet. Außerdem gehören zu dieser Gruppe seit 2000 auch die (deutschen) Kinder ausländischer Eltern, die die Bedingungen für das Optionsmodell erfüllen. Nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen Flüchtlinge und Vertriebene in Folge des Zweiten Weltkriegs (vgl. Statistik Nord c).

Der offizielle Prozess zu Neu- und Umbenennung von öffentlichem Raum beginnt mit einem Antrag, der sowohl von von Bürger:innen oder politischen Fraktion eingereicht werden kann. Dieser Antrag wird an die zuständige Bezirksvertretung gerichtet. Dieser setzt sich aus kommunalpolitischen Vertreter:innen zusammen, denen die Entscheidungsbefugnis für eine mehrheitliche Genehmigung oder Ablehnung der Anträge obliegt. Vor einer Antragstellung kann sich Unterstützung durch den zuständigen Stadtteil- oder Quartierbeirat geholt werden, die aus gewählten Anwohner:innen sowie bürgernahen politischen Vertreter:innen bestehen. Der kann im Quartiersbeirat im Mehrheitsbeschluss eine Beiratsempfehlung aussprechen, welches dem Anliegen eine zusätzliche Gewichtung verleiht. Diese wird dann umgehend an den City-Ausschuss weitergeleitet. (vgl. Interview K1 HH, Interview St. Pauli-Archiv

Im Fall eines mehrheitlichen Genehmigungsbeschlusses der Bezirksvertretung wird das Anliegen an das Staatsarchiv weitergeleitet. Dieses prüft Machbarkeit und Plausibilität des Vorschlags, einschließlich der korrekten Schreibweise des Namens und des räumlichen Bezugs. Nach der Prüfung durch das Staatsarchiv veranlasst die Verwaltung Anbringung neuer Straßenschilder. Danach findet in der Regel eine offizielle Einweihung statt. Anwohner:innen oder betroffene Firmen können Einspruch erheben, insbesondere wenn die Umbenennung mit hohen Kosten verbunden ist. (vgl. ebd. und Transparenz Hamburg 2024)

In Hamburg lassen sich in den letzten Jahren einige Neu- und Umbenennungen von öffentlichem Raum beobachten. Namensgebungen wie die *Karl-Lagerfeld-Straße* am Jungfernstieg wurden beispielsweise von der Politik initiiert und verhältnismäßig schnell umgesetzt (vgl. Interview K1 HH). Parallel gab es auch einige Umbennungsbestrebungen, die aus einer postkolonialen Perspektive motiviert sind. Ein Beispiel ist die Umbenennung des *Slomannstiegs* in *Castellonstieg* Hamburg Veddel, welche durch eine schulische Initiative im Rahmen der Aufarbeitung von kolonialer Verantwortung herbeigeführt wurde (vgl. ebd. und Hamburger Abendblatt 2024).

Darüber hinaus lassen sich vereinzelte Umbenennungen des öffentlichen Raums ausmachen, die nicht durch die Aufarbeitung kolonialer Verantwortung motiviert sind und Personen mit Migrationsgeschichte ehren. Seit 2012 existiert vor dem S-Bahnhof Landwehr der *Ramasan-Avci-Platz*. Ramasan Avci wurde dort 1985 von einer rechtsextremen Gruppierung ermordet. Erst 25 Jahre nach seinem Tod wurde eine *Ramasan-Avci-Initiative* gegründet, die im Kontext der Aufdeckung der NSU-Morde größere Aufmerksamkeit erhielt, was zur Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes führte (vgl. Interview C und Diedrich 2015).

In Hamburg-Bahrenfeld gibt es seit 2013 die *Tasköprüstraße*, die politisch initiiert wurde. Sie gedenkt dem türkeistämmigen Obst- und Gemüsehändler Süleyman Tasköprü, der 2001 vor dem Laden seines Vaters von der terroristischen Vereinigung NSU getötet wurde (vgl. Interview C und Diedrich 2021). Eine kürzlich genehmigte Umbenennung stellt die Halskestraße in Hamburg Billbrook dar. Hier wurde 1980 von einer terroristischen Neonazigruppe ein Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft verrichtet, dem die beiden Vietnamesen Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân zum Opfer fielen. Die 2014 gegründete Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân setzte sich zehn Jahre für die Umbenennung des Anschlagortes in *Châu-und-Lân-Straße* ein, die im Mai dieses Jahres eingeweiht werden konnte. (vgl. Interview St. Pauli-Archiv und Initiative Halskestraße 2024).

Um- oder Neubenennung von öffentlichem Raum nach migrantischen Personen sind in der Hansestadt zwar existent, sie stellen jedoch eher eine Seltenheit dar. Ebenfalls ist zu erkennen, dass Namensgebungen, die nicht politisch initiiert oder unterstützt werden, von jahrelanger Initiativarbeit getragen werden müssen.

4.1.2 WER war Semra Ertan?

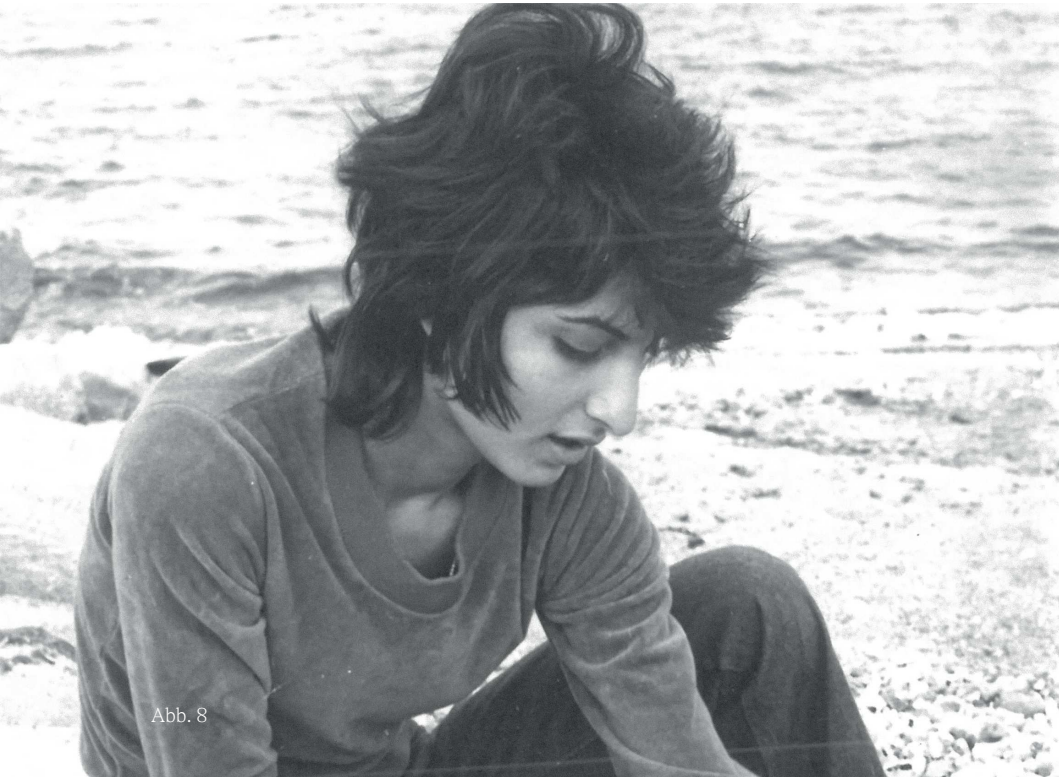


Abb. 8

Semras Leben und ihr Wirken in St. Pauli

Semra Ertan wurde im Jahr 1957 in Mersin, Türkei geboren und zog 1971 zu ihren Eltern nach Deutschland. Diese waren bereits zuvor als Arbeitsmigrant:innen nach Kiel gezogen und arbeiteten dort in einer Fabrik. Semra hatte zwar in der Türkei einen Realschulabschluss absolviert, dieser wurde jedoch in Deutschland nicht anerkannt und hinderte sie daran, ein Gymnasium zu besuchen. Daher begann sie eine Ausbildung zur technischen Zeichnerin, brach diese jedoch aufgrund rassistischer Diskriminierungen ab. Eine ständige Begleitung ihres Lebens

Abb. 8 Portrait von Semra Ertan. (Familienarchiv Bilir-Meier in Wolf, 2020)

war das Schreiben. Bereits im Alter von 15 Jahren begann sie, Gedichte zu schreiben, um ihre Gefühle und Erfahrungen zu verarbeiten und festzuhalten. Mit zunehmendem Alter fasste Semra den Wunsch, einen eigenen Gedichtband zu publizieren. Dies war auch dadurch inspiriert, dass einige ihrer Gedichte 1981 in türkischen Anthologien erschienen. Zu einer eigenständigen Veröffentlichung kam es Zeit ihres Lebens nie und viele ihrer Anfragen bei deutschen Verlagen blieben unbeantwortet. Insgesamt verfasste Semra etwa 350 Gedichte.

Obwohl Semra Ertan in Kiel wohnte, verbrachte sie viel Zeit in der St. Pauli Nachbar:innenschaft in Hamburg, wo sie sich als politische Aktivistin zeitlebens gegen rassistische Zuschreibungen und für Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzte. Außerdem engagierte sie sich in der türkisch-kurdischen Gemeinde St. Paulis und arbeitete unentgeltlich als Dolmetscherin für andere Nichtdeutschsprachige bei Behördengängen.

Durch die Gesamtheit ihrer Lebensumstände – das bloße Existieren als türkisch-alevitische Frau in Deutschland – erfuhr sie intersektionale Diskriminierungen[13] unter denen sie seelisch und körperlich litt. Auch diese Erfahrungen hielt sie in Form von Gedichten fest und kämpfte schreibend und aktivistisch für gesellschaftliche Teilhabe und Sichtbarkeit, die vielen Migrant:innen zu dieser Zeit verwehrt wurde (vgl. Bilir-Meier et al. 2023: 5-7 und Beobachtungsprotokoll Transatlantischer Austausch 2024).

Tod und Reaktionen

Die alltäglichen Ausgrenzungserfahrungen und ihr unbeantwortetes Streben nach Akzeptanz und Teilhabe an der Gesellschaft waren es, die Semra Ertan dazu veranlassten, sich am 26. Mai 1982 morgens an

13 Mit intersektionalen Diskriminierungen von Menschen ist gemeint, dass für sie aufgrund verschiedener Kategorien, die ihnen zugeschrieben werden, eine Überlappung verschiedener Diskriminierungssmerkmale vorliegt. Dies führt in der Lebensrealität dieser Menschen dazu, das sie ein Zusammenspiel unterschiedlicher Unterdrücksformen erfahren (vgl. Heinrich Böll Stiftung 2019 und Antdiskriminierungstelle des Bundes 2024).

der *Simon-Utrecht-Straße* selbst zu verbrennen. Sie tat dies als Zeichen gegen den zunehmenden Rassismus in Deutschland und verfasste zuvor eine Pressenotiz, die sie folgendermaßen beendet:

„Ich möchte, dass Ausländer nicht nur das Recht haben, wie Menschen zu leben, sondern auch das Recht haben, wie Menschen behandelt zu werden. Das ist alles. Ich will, dass die Menschen sich lieben und akzeptieren. Und ich will, dass sie über meinen Tod nachdenken." (Semra Ertan in Bilir-Meier et al. 2023)

[exkurs]

Semra Ertans subjektiv wahrgenommene Zunahme einer ausländerfeindlichen Gesinnung in der deutschen Gesellschaft kann durch verschiedene Entwicklungen dieser Zeit vor allem im Zusammenhang mit Arbeitsmigrant:innen bestätigt werden (vgl. Körner/Spies 1982: 397-404, vgl. auch Bundeszentrale für politische Bildung 2018). Max Frisch beschreibt die Entwicklungen dieser Zeit treffend scharf mit dem Satz „Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen" (DUZ 2024). Die Verkennung von Arbeitsmigrant:innen als Menschen, die einen Anspruch auf Bleiberecht und Teilhabe an der Gesellschaft haben, wurde 1977 mit der Einbürgerungsrichtlinie politisch gestützt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland; sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt durch Einbürgerung zu vermehren." (Bundeszentrale für politische Bildung 2018). Vielmehr wurde in diesem Zusammenhang ein Narrativ der „Integration auf Zeit" verfolgt, wobei erwartet wurde, dass die Arbeitsmigrant:innen nur für einen vorübergehenden Aufenthalt nach Deutschland kämen (vgl. ebd.). Dies führte zu einer verstärkten Etablierung der „Anderen" und der Spaltung zwischen dem imaginierten „Volksdeutschen" als Kontrast zum „Ausländer", was Rassis-

mus und das Ergreifen von politischen Maßnahmen gegen „Fremde“ nur wegen ihres „Fremdseins“ gesellschaftsfähig machte (ebd.). So berichtet die Plattform Rechte Gewalt in Hamburg (2024) von einer Hamburger Umfrage im Jahr 1982 – Semras Todesjahr –, in welcher 77 Prozent der befragten Deutschen erklärten, Arbeitsmigrant:innen sollten wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Ebenfalls damit verbunden war das vermehrte Auftauchen von rechten Bürger:innen-initiativen und Kleinparteien sowie diskriminierende Zutrittsverbote (vgl. ebd.).

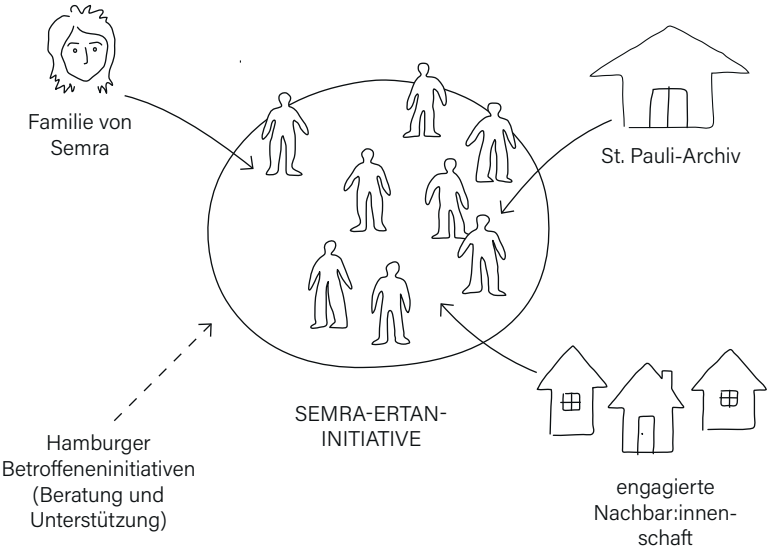
Der Tod Semra Ertans erfuhr kurzzeitig mediale Aufmerksamkeit in Deutschland, diese verschwand jedoch schnell wieder. Kurz nach ihrem Tod demonstrierten fast 5000 Menschen auf dem Hamburger Schaubudenplatz gegen Rassismus (vgl. Wolf 2020). Darunter waren auch migrantische Gruppierungen, die einen *Semra-Ertan-Platz* forderten. Diese Forderungen blieben damals jedoch von der Hamburgischen Politik unerhört (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). In der Türkei rief die Tat große Reaktionen hervor und die türkische Presse forderte die deutsche Politik und Gesellschaft dazu auf, gegen Ausländerfeindlichkeit vorzugehen. Semra ist in der Türkei durch ihre Gedichte, die in Schulbüchern enthalten sind, sehr bekannt.

Trotz der initialen Ereignisse und Reaktionen in Deutschland und ihrer Bekanntheit in der Türkei geriet die Geschichte Semra Ertans in den folgenden Jahrzehnten in Vergessenheit. (vgl. Interview St. Pauli-Archiv 2024 und Interview C)

4.1.3 Die Semra-Ertan-Initiative

Im folgenden sollen Akteur:innenkonstellation, grundlegende Motivation und Ziele der *Semra-Ertan-Initiative*, sowie der bisherige organisatorische Prozessablauf heraus- und dargestellt werden.

Akteur:innenkonstellation: Wer ist die *Semra-Ertan-Initiative*?



Die *Semra-Ertan-Initiative* wurde im Jahr 2018 gegründet, genau 36 Jahre nach ihrem Tod. Für die Gründung vereinten sich verschiedene Akteur:innengruppen, die in unterschiedlicher Beziehung zum Schicksal Semra Ertans stehen. Angestoßen wurde der zivilgesellschaftliche Zusammenschluss durch C., einer aktivistischen Künstlerin und Nichte Semra Ertans, die 2011 begann, die Geschichte ihrer verstorbenen Tante mithilfe von familiären Dokumenten aufzuarbeiten. Diese Auseinandersetzung führte zur Veröffentlichung eines Kurzfilms mit dem Titel „Semra Ertan" (vgl. Frauenfilmfest 2023) im Jahr 2013 (vgl. Interview C). In den Folgejahren erreichte dieser verschiedene Menschen – auch

Abb. 9 Akteur:innenkonstellation der Semra-Ertan-Initiative. (Eigene Darstellung, 2024)

aus dem Stadtteil *St. Pauli*, wo der Vorfall im mehrheitlichen *kollektiven Gedächtnis* der Nachbarschaft weitgehend in Vergessenheit geraten war.[14] So kam es zu einer Kontaktaufnahme von engagierten Anwohner:innen der Nachbarschaft sowie Mitarbeitenden des *St. Pauli-Archiv*'s[15] mit C.. Beim ersten Treffen 2017 kamen interessierte Personen mit C. für einen Austausch im *St. Pauli-Archiv* zusammen. Bei der daraus resultierenden Gründung der Initiative 2018 war auch Semra Ertans Schwester involviert (vgl. Interview St. Pauli-Archiv).

Ebenfalls involviert in die Gründung waren andere „Betroffeneninitiativen" aus Hamburg wie Mitglieder der *Ramasan-Avci-Initiative* und der *Initiative für ein Gedenken* an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân außerdem Ibrahim Arslan, ein Überlebender aus dem rassistisch motivierten Brandanschlag aus dem nah gelegenen Mölln 1992. C. hebt ihre wichtige Funktion als Unterstützende, Beratende und Austauschpartner:innen durch ihren Erfahrungsschatz für die Gründung der Initiative hervor (vgl. Interview C und Abb. 9).

Insgesamt ist die *Semra-Ertan-Initiative* vielfältig zusammengesetzt und umfasst Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen, darunter Zeitzeug:innen aus den 1970er und 1980er Jahren sowie Angehörige jüngerer Generationen, wie C., die nach Semra Ertans Tod geboren wurde. Die Mitglieder der Initiative verfügen über unterschiedliche räumliche Bezüge, von direkten Anwohner:innen bis zu Personen, die nicht in Hamburg leben. Außerdem setzt sich die Initiative aus Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen, von denen einige einen direkten familiären Bezug zu Semra Ertan besitzen.

14 Ausgenommen hiervon ist ein migrantisches Erinnerungskollektiv in dessen Gedächtnis die Person Semra Ertan über eine gewisse Bekanntheit verfügte. Mit diesem kollektiven Gedächtnis ist das mehrheitliche Gedächtnis der St. Pauli Nachbarschaft gemeint, welches wiederum aus verschiedenen Erinnerungskollektiven besteht.

15 1987 von einer „in und für den Stadtteil engagierten Gruppe von aufmüpfigen Menschen" gegründet, agiert der Verein „St. Pauli-Archiv" als Stadtteilarchiv und Geschichtswerkstatt der St. Pauli Nachbarschaft. Ihre Haupttätigkeit beläuft sich wie der Name es vermuten lässt auf die dokumentarische Erfassung aller mit St. Pauli-verbundenen Dokumente und der Organisation verschiedener Veranstaltungen. Besondere Interessenspunkte sind neben Gentrifizierung auch die Beschäftigung mit (Post-)Kolonialismus und Migration (vgl. St. Pauli-Archiv 2024b).

Motivation und Ziele der *Semra-Ertan-Initiative*

Die grundlegende Motivation für die Schaffung der *Semra-Ertan-Initiative* lag in der Notwendigkeit, die Geschichte und das Erbe von Semra Ertan ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und ihre Bedeutung im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie ihr künstlerisches Talent hervorzuheben.

Für die Künstlerin und Aktivistin C. steht ihre Tante für die Notwendigkeit, migrantische Geschichten zu erzählen und sichtbar zu machen. Sie sieht in Semra Ertan und ihren Gedichten eine Stimme, die nicht nur für ihre eigenen Erfahrungen, sondern auch für die vieler anderer Menschen spricht, die unter Rassismus und Diskriminierung leiden:

„Jeder ist auch eine Stimme für alle. Immer. Sie hat es aber geschafft, es zu dokumentieren und aufzuschreiben und zu kanalisieren. Das heißt, sie hat ihre Erfahrungen in zeitlos festgehalten. Heute, wenn wir diese Gedichte lesen, fühlen sich Leute immer noch damit verbunden, und sagen, das ist das, was ich heute erlebe. [...] Und jeder kann sich da selber spiegeln und was mitnehmen." (vgl. Interview C).

Ein großer Punkt sei hierbei ihre intersektionale Lebensrealität, mit der sie als starke Stimme vieler migrantischer Frauen und Arbeiterinnen stehe. C. betont, dass die Gedichte von Semra Ertan, die sie zu Lebzeiten schrieb, weiterhin aktuell sind und Menschen dazu inspirieren, ihre eigenen Geschichten zu erzählen (vgl. Interview C). Dieses verdeutlicht sowohl C.'s grundlegende Sichtweise auf ihre eigene künstlerisch-aktivistische Arbeit als auch die Funktion der *Semra-Ertan-Initiative*: dass

es wichtig ist, persönliche Geschichten zu teilen, um gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken und Erinnerungsarbeit zu leisten. Gleichzeitig hebt sie vor allem die Wichtigkeit hervor auf psychische Folgen des Rassismus aufmerksam zu machen: „*Die Folgen von Rassismus sind ja vielfältig. Es ist bis heute so, dass viele Geflüchtete sich umbringen, wenn sie auch zum Beispiel schwierige Lebensbedingung haben – keine Aussicht auf Einbürgerung oder Teilhabe der Gesellschaft, Angst vor Gefängnis oder diesen Lagern. Es gibt immer wieder Leute, die dann da aufgrund von diesem repressiven Systemen auch an psychischen Folgen leiden. Und deswegen schwingt auch mit, dass wir auch für eine Entstigmatisierung kämpfen und dadurch natürlich auch für eine Prävention.*" (vgl. Interview C).

Mitarbeitende des *St. Pauli-Archivs* betrachten Semra Ertan als eine bedeutende Stimme, die in den 1970er und 1980er Jahren auf gesellschaftliche Probleme hinwies, die in der Mehrheitsgesellschaft unbekannt waren. Ein Mitglied beschreibt: „*Ich finde das schon beeindruckend, um generell die Perspektive auf Migrantinnen in Deutschland oder in St. Pauli auch so ein bisschen aufzubrechen, dass sie [die Personen mit Migrationsgeschichte] eben schon damals schon einen aktiven Anteil gehabt haben, aber eben lange nicht gehört wurden*." (Interview St. Pauli-Archiv)

Somit stünden Semra und ihre Gedichte auch für den Bruch mit einer weit verbreiteten Perspektive auf Migrant:innen, die sich durch Passivität und Eindimensionalität auszeichnet. Ihr Tod und ihre Gedichte seien ein Symbol für den Kampf gegen Rassismus und Xenophobie, für eine gerechte Gesellschaft und stünden für das diverse Selbstverständnis von St. Pauli. Das Archiv sieht es als seine Aufgabe, diese Geschichte zu bewahren und sichtbar zu machen, um das kollektive Bewusstsein vor Ort zu schärfen (vgl. Interview St. Pauli-Archiv).

Hinsichtlich einer Umsetzung der Ziele berichten Mitarbeitende des *St. Pauli-Archivs*, dass es zunächst keine konkreten Pläne gab. Man wollte verhindern, dass Semra Ertans Geschichte weiterhin in überwiegender Vergessenheit ruhte (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). Demnach ging es vor allem darum, das Erinnern an Semra Ertan von einem familiären

auf ein gesellschaftliches Niveau zu heben, was durch das Veranstalten einer ersten Gedenkfeier in Hamburg *St. Pauli* unterstützt wurde. Um Semra Ertans Geschichte und Talent einer breiteren Öffentlichkeit sichtbar zu machen, wurde schließlich die Idee der Veröffentlichung eines Buches mit ihren Gedichten geboren, welches von Zühal und C. 2020 umgesetzt wurde. Damit wurde Semra Ertans Wunsch posthum erfüllt (vgl. ebd.).

Bisheriger Prozess zum *Semra-Ertan-Platz*

Abb. 10 Zeitstrahl der Entwicklung der Semra-Ertan-Initiative. (Eigene Darstellung nach Interview C, 2024, Interview St.Pauli-Archiv, 2024 und City-Ausschuss, 2024b)

Die *Semra-Ertan-Initiative* hat in den letzten Jahren mehrere Schritte unternommen, um die Schaffung eines Gedenkortes für Semra Ertan in *St. Pauli* Nachbar:innenschaft voranzutreiben und so ihre Geschichte im öffentlichen Raum zu verankern. Nachdem die Idee einen Gedenkort zu kreieren intern formuliert war, wurden diese Forderungen in verschiedenen Kontexten wie beispielsweise auch im Zuge der Veröffentlichung des Gedichtbandes erstmals kommuniziert (vgl. Bilir-Meier et al. 2023 und Interview St. Pauli-Archiv).

Bei der Suche nach einem geeigneten Platz in *St. Pauli*, der nach Semra Ertan benannt werden könnte, wurden zwei wesentliche Kriterien berücksichtigt: Zum einen wurde bewusst nicht der Ort ihrer Selbstverbrennung an der *Simon-Utrecht-Straße* ausgewählt, da die Initiative nicht den Fokus auf ihren Tod sondern ihr Leben legen will:
„*Das Anliegen von der Platzbenennung ist auch nicht dem Tod zu gedenken, sondern Semra Ertan als eine Person, die einen Bezug zu St. Pauli hat und die ein Werk geschaffen hat, was erinnerungswürdig ist, dass diese Erinnerung an sie auch dazu führen kann, dass es eben eine Repräsentanz gibt und dass Menschen irgendwie merken okay, es gibt Migrant:innen, und die werden auch wahrgenommen von der Stadt und ernst genommen und dadurch quasi so eine andere Erzählung auch mit zu bewirken. Auch weil es um die Person und das Werk geht, haben wir ja auch nicht die Kreuzung, wo sie sich umgebracht hat, ausgewählt als Platz, sondern eben einen naheliegenden, aber eben eigenständigen Platz.*" (Interview St. Pauli-Archiv).

Auch C. betont diesbezüglich: „*Die Gedichte hat sie lebend geschrieben. [...] Dieser Platz wird auch, soll auch, all das andere sichtbar machen*." (Interview C) .

Zum Anderen wurde bei der Auswahl des alternativen Platzes darauf geachtet, dass dieser keine Adressbindung besitzt. Ausgewählt wurde

Abb. 11 Banner des Fanclub Ultra Sankt Pauli auf der SE-Gedenkfeier im Jahr 2023. (Semra-Ertan-Intiative, 2023)

Abb. 12 Demonstrationszug vom Semra-Ertan-Platz zum Arrivati-Park 2023. (Semra-Ertan-Initiative, 2023)

SEMRA ERTAN UNVERGESSEN

Abb. 11

MILES
TRANSPORTER
EINFACH PER
Gedenken ist vielfältig - Gedenken braucht einen Ort!
Wir fordern die Benennung eines Platzes oder einer Straße nach Semra Ertan!
Birini anmanın çok şekli vardır, birini anmak için bir mekan gerekir!
Biz Semra Ertan adına bir sokak ya da bir meydan talep ediyoruz!

Abb. 12

daher der nah gelegenen, namenlose Platz an der Kreuzung *Clemens-Schultz-Straße/Detlev-Bremer-Straße*. Durch diesen Kunstgriff erhofft sich die Initiative den Verwaltungsaufwand für eine Neubenennung möglichst gering zu halten (vgl. Interview St. Pauli-Archiv).

Im Juni 2023 wurde das Anliegen dem *Quartiersbeirat Wohlwillstraße* präsentiert. Dort erfuhr es eine mehrheitliche Unterstützung und es wurde eine Beiratsempfehlung formuliert, die umgehend an den *City-Ausschuss Hamburg Mitte* weitergeleitet wurde (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). Begleitend zur formalen Antragstellung wurden verschiedene Aktionen durchgeführt, um Aufmerksamkeit zu schaffen. Dazu gehören die jährlichen Gedenkfeiern um den 26. Mai, dem Todestag von Semra Ertan (vgl. Abb. 11). In diesem Rahmen fand auch ein Protestmarsch mit einem großen zweisprachigen Banner statt, das einen Gedenkort forderte (vgl. Abb. 12). Ebenfalls erfolgte eine Unterschriftenaktion in St. Pauli (vgl. ebd.). Ebenfalls wird der vorgesehene Platz regelmäßig durch das Aufhängen von Plakaten, Flyer und laminierten Botschaften von der Initiative bespielt (vgl. ebd. und Interview C).

Nach mehrmaliger Zurückstellung der Beiratsempfehlung durch den *City-Ausschuss Hamburg Mitte* wurde das Anliegen im Februar 2024 mehrheitlich abgelehnt. Die Begründung dafür lautete, dass ihr Suizid zu stark im Vordergrund stünde und die Benennung einer Wegfläche zu Nachahmungen der Tat führen könnte (vgl. City Ausschuss Ö9.1.1 2024a). Nach der Ablehnung durch den City-Ausschuss erklärt die Initiative, dass sie trotzdem weiter dafür kämpfen werde, einen Gedenkort für Semra Ertan zu schaffen. Mitarbeitende des *St. Pauli-Archiv*s konstatieren dabei: „*Wir bespielen den Platz einfach weiterhin und bleiben aber bei unseren Forderungen.*" (Interview St. Pauli-Archiv).

4.1.4 Was macht diese case-study zu einem Akt der *memory citizenship*?

In Vorbereitung auf die anschließende Analyse ist es notwendig, zunächst theoretisch zu begründen, weshalb die Aktivitäten und der Aktivismus der *Semra-Ertan-Initiative* als Ausdruck von *memory citizenship* verstanden werden können. Diese theoretische Einordnung dient als Fundament für die nachfolgende Untersuchung der Forschungsfragen.

Die Initiative strebt als zivilgesellschaftliche Organisation einen Wandel von „Unten" an, indem sie selbstermächtigt als postkoloniale Akteurin agiert. Durch die Sichtbarkeit von Semra Ertan und ihrem Erbe will sie Migrant:innen eine Stimme geben und die bestehende Ordnung auf mehreren Ebenen herausfordern:

Einerseits versucht sie, Semra Ertans Perspektive und die anderen Menschen mit Migrationsgeschichte als integralen Teil der Stadtgesellschaft zu verankern und als Menschen zu etablieren, die zur formalen Bedeutungsproduktion der Stadt gehören (vgl. Engler 2013: 56). Dadurch fordert sie die vorherrschende Logik der Verteilung von Partizipationsrechten an der formalen Bedeutungsproduktion heraus (vgl. ebd.: 55).
Andererseits gehen ihre Forderungen über die formale Bedeutungsproduktion der Stadt hinaus: Die Initiative strebt danach, Migrant:innen wie Semra Ertan als aktive Mitglieder der Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart sichtbar zu machen. Sie fordert dabei eine Neugestaltung dominanter Geschichtserzählungen jenseits natio-ethno-kultureller Masternarrative (vgl. Engler 2013: 55-56 und Georgi et al. 2022: 12). Durch den Fokus auf Semra Ertan, eine weiblich gelesene Migrantin mit intersektionalen Diskriminierungserfahrungen, wird das medial vermittelte stereotype Bild der „fremden Frau" und der vermeintlich rückständigen Migrantin als „*unterdrückte, hilflose und von der ›emanzipierten deutschen Frau‹ distinkte Hausfrauen und Mütter*" (Czycholl 2021: 10) herausgefordert (vgl. Cornelius 2006: 4).

Durch diese alternative Narrative der „Arbeitsmigrantinnen" werden zentrale Anliegen postkolonialer Kritik umgesetzt, indem sie binäre Trennungen zwischen „Einheimischen" und „Fremden" zu überwinden versucht (vgl. Ha 2018: 83 und Engler 2013: 56).

Die Ehrung Ertans durch die Platzbenennung würdigt ähnlich wie bei der Umbenennung des *May-Amin-Ufers* in Berlin 2010, politische und dichterische Arbeit einer Frau mit Migrationsgeschichte, welche darauf abzielte, die Perspektive von Migrantinnen in Deutschland zu kommunizieren und Rassismen offenzulegen. Somit integriert die Initiative nicht nur eine migrantische Perspektive in die städtische Bedeutungsproduktion, sondern greift auch in den Korpus historischer Bezugspunkte ein, die das Fundament des *kollektiven Gedächtnisses* der Stadt und Nation prägen (vgl. Engler 2013: 56).

Zusammenfassend kann die selbstermächtigende Arbeit der Initiative daher als als ein Akt der *memory citizenship* begriffen werden. Indem die Initiative in unerwarteten Kontexten ihre Stimme erhebt, fordert sie die bestehende Ordnung heraus und kann zu einem Hinterfragen des vorherrschenden Verständnisses von Zugehörigkeit, Teilhabe und Identität in der Gesellschaft beitragen (vgl. Ranciére 2006, Rothberg/ Yildiz 2011: 34 und Engler 2013: 53).

Abb. 13 Der Marwa-El-Sherbini-Platz. (Eigene Aufnahme, 2024)

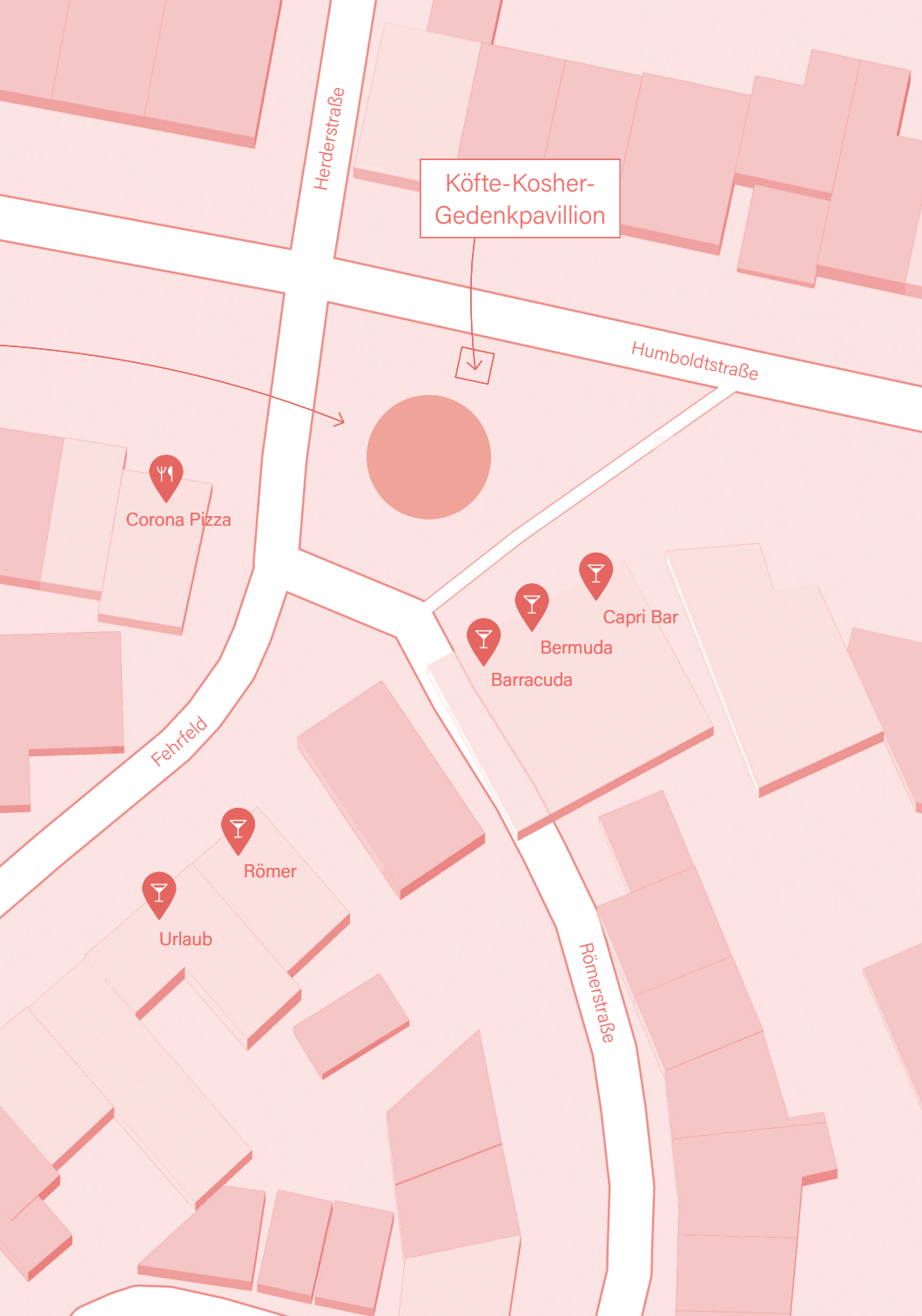
4.2 MARWA-EL-SHERBINI-PLATZ, BREMEN

4.2.1 Lokalisierung + Kontextualisierung

Abb. 15

Marwa-El-
Sherbini-Platz

Abb. 14 Lokalisierung des Marwa-El-Sherbini-Platzes im Bremer Viertel. (Eigene Darstellung nach Googlemaps und eigener Aufnahme, 2024)


Herderstraße
Köfte-Kosher-
Gedenkpavillion
Humboldtstraße
Corona Pizza
Capri Bar
Bermuda
Barracuda
Fehrfeld
Römer
Urlaub
Römerstraße

Seit 2018 trägt das Platzdreieck zwischen *Humboldtstraße*, *Fehrfeld* und *Römerstraße* im *Bremer Viertel* offiziell den Namen *Marwa-El-Sherbini-Platz*. Das Straßenschild mit der Zusatztafel ist an der Seite des Platzes angebracht und für Passant:innen gut sichtbar (vgl. Abb. 17). Diese Fläche, die zuvor keinen offiziellen Namen hatte, wurde aufgrund ihrer Nähe zur Bar Bermuda, ihrer dreieckigen Form und der geselligen Atmosphäre bei abendlichen Getränken umgangssprachlich als „Bermudadreieck" bezeichnet.

Das gepflasterte Platzdreieck wird von mehreren großen Bäumen umrahmt. In der Mitte steht ein Trafohäuschen der Stadtwerke Bremen, das mit bunten Portraits von Menschen gestaltet ist. Vor den Portraits sind Acrylplatten angebracht, auf denen der Name und ein kurzer Informationstext zur jeweiligen Person zu lesen sind. Am Eingang des Trafohäuschens prangen die Aufschriften „Köfte Kosher-Projekt – Jugend- und Gedenkprojekt gegen rechte Gewalt" und „Willkommen am Gedenkpavillon" (vgl. Abb. 15). Neben dem Trafohäuschen befindet sich ein kleines Blumenbeet, in dem einige Blumen gepflanzt und niedergelegt wurden.

Der Platz ist von zahlreichen gastronomischen Einrichtungen umgeben, darunter die *Bermuda*-, *Barracuda*- und *Capri-Bar* (vgl. Abb. 14). Besonders in den warmen Sommermonaten ist der Platz ein beliebter Aufenthaltsort. Dann wird er durch die Bierbänke und Sonnenschirme der umliegenden Gastronomien und die zahlreichen Besucher:innen vollständig genutzt und verwandelt sich in einen lebendigen Treffpunkt (vgl. Abb. 13, 16).

(Vgl. Beobachtungsprotokoll MES-Platz, Interview K HB)

Abb. 15 Der Köfte Kosher-Gedenkpavillon am Marwa-El-Sherbini-Platz. (Köfte Kosher, 2024c)

Abb. 15

Abb. 16

Marwa-El-Sherbini-Platz
Rettungswege freihalten!
Gesetzliche Haltverbote beachten!
CORONA PIZZA

Abb. 17

Das *Bremer Viertel*

Der *Marwa-El-Sherbini-Platz*, befindet sich im zentral gelegenen *Bremer Viertel*, was umgangssprachlich Teilgebiete der Stadtteile *Ostertor* und *Steintor* bezeichnet.[16] Dieser Stadtteil ist bekannt für eine hohe Dichte an Gastronomie, Einzelhandel, Kultur- und Freizeitangeboten. Bereits seit dem 19. Jahrhundert gilt das Viertel als Ausgeh- und Einkaufszentrum. Laut Christian Spatscheck (2024) gilt der durch Bürger:innenproteste verhinderte Abriss mehrerer Wohnhäuser im *Bremer Viertel*, die von einer sehr gemischten Bevölkerung bewohnt wurden, als Gründungsmythos des Quartiers (vgl. ebd.). Diese Proteste begründen das Selbstverständnis des Stadtteils als widerständiger Stadtteil und prägen nach Spatcheck weiterhin das heutige Zusammengehörigkeitsgefühl (vgl. Spatscheck 2018).

Der Anteil an Einwohner:innen mit Migrationshintergrund[17] beläuft sich auf rund 25 Prozent, bei den unter 18-Jährigen sogar auf 39 Prozent (vgl. Statistik Bremen 2022).[18] Insgesamt weist das Land Bremen laut Berechnungen im Jahr 2019 mit rund 37 Prozent den höchsten Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund aller Bundesländer auf, sogar deutlich vor den anderen beiden Stadtstaaten (vgl. Demografieportal 2024).

In einer sozialräumlichen ethnographischen Studie aus dem Jahr 2018 wird die Toleranz für Vielfalt und „bunte" Lebensstile des Viertels betont (vgl. Spatcheck 2016). Die gut entwickelte und vernetzte Infrastruktur an öffentlichen Einrichtungen sowie die lebendige Kultur- und Gastronomieszene ziehe nicht nur junge und ausgehfreudige Menschen an, sondern Begegnung und Vereinigung verschiedener Gruppen, Milieus und Kulturen (vgl. ebd.). Letzteres bestätigt auch eine Studie der

16 Da der Stadtteil Ostertor zum Bezirk Bremen Mitte und Steintor zum Bezirk Bremen Östliche Vorstadt gehört, liegt das Bremer Viertel gleichzeitig in 2 Bezirken.

17 Zu Personen mit Migrationshintergrund werden Ausländer:innen, eingebürgerte Deutsche und Aussiedler:innen zusammengefasst. (Vgl. Statistik Bremen 2023)

18 Diese Angaben beziehen sich auf den Ortsteil Steintor, Bremen Östliche Vorstadt und Ostertor, Bremen Mitte.

Abb. 16 Bestuhlung der Bermuda Bar auf dem Platz. (Eigene Aufnahme, 2024)

Abb. 17 Das offizielle Marwa-El-Sherbnini-Schild. (Eigene Aufnahme, 2024)

Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahre 2016, die mehreren Bremer Bezirken, darunter auch Bremen Mitte, eine im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Akzeptanz von Diversität[19] attestiert (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016: 52).

Toleranz, Diskriminierungsfreiheit und nachbarschaftliche Solidarität sowie Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rassismus werden im *Bremer Viertel* seit 2011 kommunalpolitisch durch die *Partnerschaft für Demokratie – Solidarität leben* als Teil eines bundesweiten Programms unterstützt (vgl. PfDB 2024b). In dieser Partnerschaft *„kommen Verantwortliche aus der kommunalen Politik und Verwaltung und Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Auf lokaler Ebene wollen sie handeln, um Demokratie und Vielfalt zu fördern und Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit einzudämmen*." (PfDB 2024a).

Gemeinnützige Vereinen, religiöse Gemeinschaften, Initiativen und nicht-staatliche Organisationen können finanzielle und ideelle Unterstützung von Projekten beantragen. Gefördert werden dabei Projekte zur Demokratie und Menschenrechtsförderung, Stärkung der Selbstorganisation von Migrant:innen und BiPoC Personen, sowie Veranstaltungen, die auf feministische Theorien und Debatten sowie Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufmerksam machen (vgl. PfDB 2024b).

Um- und Neubenennung von öffentlichen Räumen in Bremen

In Bremen zeigt sich bei Um- bzw. Neubenennung von urbanen Straßen und Plätzen ein großer Einfluss der Stadtteilebene. Diese Stadtteilbeiräte verstehen sich dabei selbst als „lokalpolitisches Beteiligungsgremium" (Interview K HB), welches Bürger:innen in den Stadtteilen die Möglichkeit gibt, *„niedrigschwellig an Politik heranzutreten und Wünsche, Anregungen aus der Bevölkerung aufzunehmen*" (vgl. ebd.).

19 Mit Diversität ist in dieser Studie nicht nur kulturelle Vielfalt sondern auch andere Faktoren wie bspw. unterschiedliche Altersgruppen gemeint (vgl. Bertelsmann Stiftung 2016: 53).

Eine Forderung für Neu- oder Umbenennung von öffentlichem Raum kann von Mitgliedern des Stadtteilbeirats hervorgebracht werden, welche von Wünschen der Bürgerschaft oder eigenen Initiativen inspiriert sein können. Den Stadtteilbeiräten liegt die Entscheidungsbefugnis für Genehmigungen oder Ablehnungen von (Um-)benennungsanliegen des öffentlichen Raums inne, solange sich die Benennung ausschließlich im Verwaltungsbereich des Quartiers befindet. Einem mehrheitlichen Genehmigungsbeschluss muss weiterhin durch Senatsvorlage der Bremer Senat zustimmen, dieser gleicht jedoch einem formalen Akt. Sobald der Senat formell zugestimmt hat, ist die Um- bzw. Neubenennung rechtskräftig. Für die technische Implementierung des neuen Straßen- oder Platzschildes ist das Amt für Straßenverkehr zuständig. Zuvor wird auch das Staatsarchiv bzw. Landesarchiv[20] eingebunden, welches den Hintergrund der zu ehrenden Personen recherchiert und auf Plausibilität und historische Korrektheit prüft. (Vgl. Interview K HB)

In den letzten Jahrzehnten traten Um- oder Neubenennungen von öffentlichem Raum in Bremen vermehrt im Zusammenhang mit Konversionsflächen auf. Dies betraf insbesondere die Bennenungen neuer Straßen aufgrund des Wegfalls von adressgebenden industriellen Betrieben und dem Neubau von Wohngebieten. Dabei wurden gemäß den Vorgaben des *Staatsarchivs Bremen* Frauennamen präferiert. Um- oder Neubenennungen des öffentlichen Raums nach migrantischen Personen sind hingegen gegenwärtig selten bis gar nicht vorhanden (vgl. Interview K HB).

Nennenswert ist jedoch der mobile *Layé-Alama-Condé-Gedenkort,* der hervorgerufen durch eine Initiative seit 2018 unter anderem in der Nähe des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* steht. Dieser öffentliche Gedenkort erinnert an den grausamen Tod Condés im Jahr 2005 durch eine zwangsweise Brechmittelvergabe durch die Bremer Polizei (vgl. Buten un Binnen, 2023). Er dient zum mahnenden Erinnern an die Ermordung einer migrantischen Person in staatlicher Obhut (vgl. Holthaus 2019).

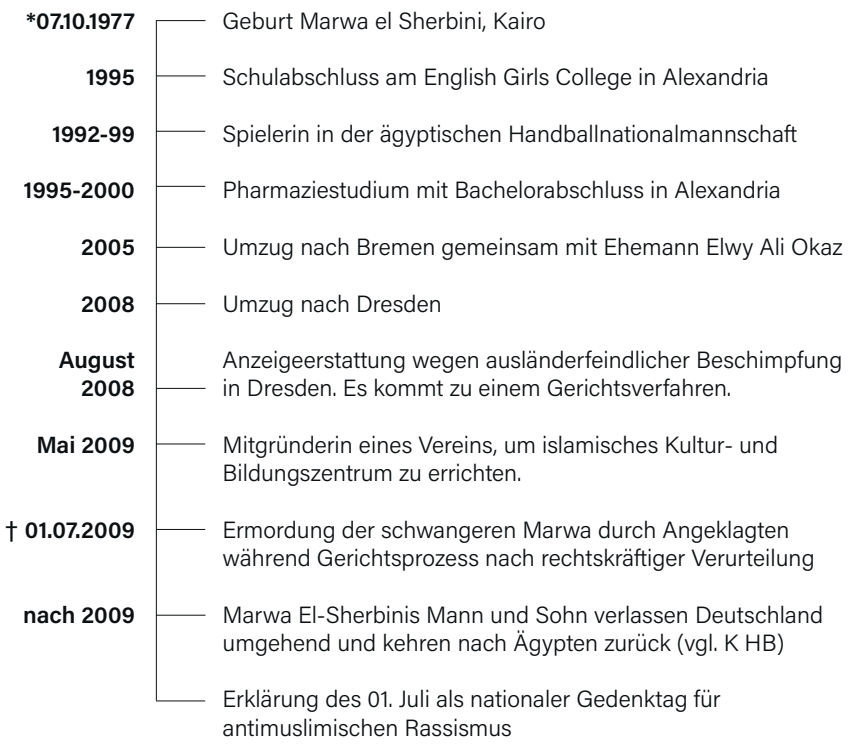
20 Staats- bzw. Landesarchive sind die Archive eines Bundeslandes, die archivwürdige Dokumente der Behörden ihres Zuständigkeitsbereiches erschließen und aufbewahren. Kleinere Bundesländer haben nur ein Staatsarchiv, größere mehrere (vgl. Transparenz Hamburg 2024).

4.2.2 WER war Marwa El-Sherbini?

Abb. 18

Marwa El-Sherbini wurde 1977 In Kairo geboren und war eine ägyptische Pharmazeutin und Handballnationalspielerin (vgl. Schade 2009). Ab 1995 studierte sie Pharmazie an der Universität von Alexandria. Von 1992 bis 1995 gehörte sie zudem zum nationalen Auswahlkader Ägyptens und wurde mit der Nationalmannschaft 1998 und 1999 Dritte der arabischen Meisterschaften (vgl. ebd.). 2005 zog sie zusammen mit ihrem Ehemann nach Bremen, wo 2006 ihr erstes Kind geboren wurde. Hinsichtlich ihres Lebens in Bremen wird sie als als vernetzt und mit einem stabilen Freund:innenkreis beschrieben (vgl. Interview E).

Abb. 18 Portrait von Marwa El-Sherbini. (Private Aufnahme in Radio Zwickau, 2013)



Aufgrund der Doktorandenstelle ihres Ehemannes am *Max Planck Institut* für molekulare Zellbiologie und Genetik zog Marwa 2008 mit ihrer Familie nach Dresden. Sie hatten zu diesem Zeitpunkt vor, Ende 2009 nach Ägypten zurückzukehren, wo ihr Mann eine Dozententätigkeit an der *Minufiya-Universität* wieder aufnehmen sollte. Angaben ihrer Mutter zufolge hatte Marwa aufgrund ihres Kopftuches Schwierigkeiten eine Stelle als Apothekerin in Dresden zu finden (vgl. Schade 2009). Im August 2008 wurde sie auf einem Spielplatz ausländerfeindlich beleidigt und erstattete Anzeige bei der Dresdener Polizei. Möglicherweise war das Erlebnis für sie ein Anstoß, aktivistisch gegen Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. In den Monaten vor ihrem Tod gründete Marwa El-Sherbini zusammen mit befreundeten Muslim:innen einen Verein, um

Abb. 19 Zeitstrahl über Marwa El-Sherbini's Leben. (Eigene Darstellung nach Rischke, 2009, Medienservice Sachsen, 2024, Schade, 2009 und Interview K HB, 2024)

ein islamisches Kultur- und Bildungszentrum in Dresden zu errichten (vgl. ebd.). Dieses zielte darauf ab, ein Zuhause für Muslime verschiedenster Nationalitäten zu schaffen und Abbau von Islamfeindlichkeit fokussieren.[21]

Mord aus rechtsextremen Motiven und deutsche Aufarbeitung

Am 1. Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini, die zu diesem Zeitpunkt schwanger war, während der Berufungsverhandlung, zu der sie als Zeugin geladen war, von dem Angeklagten aus islam- und ausländerfeindlichen Motiven erstochen – dem Mann, den sie zuvor wegen Beleidigung angezeigt hatte. Die Tat erfolgte, nachdem der Täter bereits rechtskräftig verurteilt worden war (vgl. Rischke 2009, vgl. auch Medienservice Sachsen 2024). Der Täter verletzte ebenso den Ehemann El-Sherbinis, welcher zur Hilfe eilte. Er überlebte die Attacke auf der Intensivstation. Hinzu kam, dass der Ehemann von einem hinzukommenden Polizisten ans Bein geschossen wurde, da dieser ihn fälschlicherweise zunächst für den Angreifer hielt (vgl. Heitkamp 2009). Der Täter wurde vom Landgericht Dresden wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, wobei die besondere Schwere der Schuld festgestellt wurde (vgl. Rischke 2009).

In der deutschen Medienlandschaft fand die Tat im Hinblick auf seinen islamfeindlichen, rassistischen Hintergrund zunächst wenig Beachtung und wurde vielmehr als persönliche Tragödie dargestellt (vgl. Der Standart 2009). International fand der Vorfall und seine rassistische Motivation, insbesondere in Ägypten, sofortige Medienaufmerksamkeit und es kam zu Protestbekundungen, aufgrund des langen Ausbleibens einer als angemessen erachteten Reaktion von deutscher Seite (vgl. Zeit Online 2009a). Auch die britische Presse unterstellte Deutschland, dass es die wahre Bedeutung des Mordes ignorierte (vgl. Seeliger 2009). Erst dieser internationale Druck führte dazu, dass sich die Berichterstattung änderte und die deutsche Politik mit Bestürzung und

21 Marwa's Bruder Tarek El-Sherbini gab, im Namen aller Hinterbliebenen, noch im selben Jahr seine Unterstützung für den Bau eines Marwa El-Sherbini-Bildungszentrums in einer Vollmacht bekannt. Der Bau wurde in Form einer Moschee in den Folgejahren umgesetzt (vgl. MKEZ Dresden 2024).

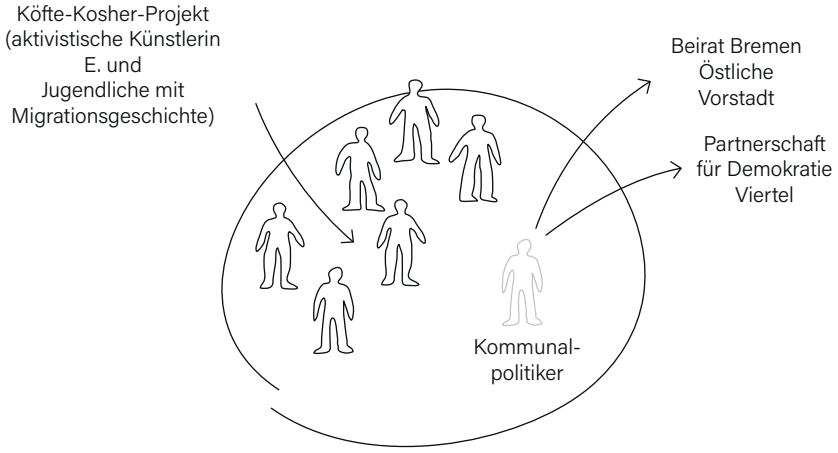
Verurteilung reagierte (vgl. Zeit Online 2009b und Interview K HB).
Als Ergebnis der verspäteten Reaktion löste die Tat anschließend eine breite öffentliche Debatte über Rassismus und Islamfeindlichkeit in Deutschland aus und führte zu einer verstärkten Diskussion über den Schutz von Minderheiten sowie die Notwendigkeit, rassistische Gewalt zu bekämpfen. Es wurden auch Forderungen nach besseren Sicherheitsvorkehrungen in Gerichtsgebäuden laut, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern (vgl. Interview K HB).[22] Hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der ausgelösten Debatten über Islamfeindlichkeit und deren Auswirkungen hebt Tarek El-Sherbini 2020 retrospektiv die seiner Meinung nach zu milde Strafe für den Täter und die fehlende rechtliche Verfolgung des Dresdner Sicherheitspolizisten hervor, der Marwas Ehemann angeschossen hatte: „*Wir als Familie sind der Meinung [...], wenn der Mörder die höchste und härteste Strafe bekommen hätte, dann wären solche schlimmen Morde an Muslimen in Deutschland nicht noch einmal passiert.*"(vgl. ebd.).

Nach der verspäteten öffentlichen Auseinandersetzung und Reflexion der Tat wurde die Person Marwa El-Sherbini seit ihrem tragischen Schicksal als bundesweite Symbolfigur gegen antimuslimischen Rassismus erkoren. Ihr Mord wurde zum Anlass genommen, den 1. Juli, ihren Todestag, als Tag gegen antimuslimischen Rassismus in Deutschland zu etablieren, um das Bewusstsein für diese Problematik zu schärfen und an ihr Schicksal zu erinnern. In Dresden wird im Landgericht jährlich eine Gedenkveranstaltung zu Ehren Marwa El-Sherbinis abgehalten und es existiert eine Marwa-El-Sherbini-Stiftung (vgl. Interview K HB). Vor dem Landgericht wurde 2022 zudem ein Grünstreifen in den „Marwa-El-Sherbini-Park" umbenannt (vgl. Viertel Johannstadt 2022).
Obwohl Marwas Todestag eine große symbolische Bedeutung erfährt, so die türkische Rundfunkanstalt TRT, seien „*Rassismus und Diskriminierung gegenüber Muslimen in Deutschland weiterhin weit verbreitete Probleme*" (TRT 2024), die damit verbundene Anzahl an rassistisch motivierten Gewalttaten nimmt sogar weiter zu (vgl. VBRG 2024).

22 2020 kritisierte Tarek El-Sherbini, der Bruder von Marwa, die sächsische Rechtsstaatlichkeit zu dieser Zeit scharf. Er wies in einem Interview 2020 darauf hin, dass das Landgericht bereits zehn Monate vor dem Gerichtstermin einen Brief vom Angeklagten erhalten hatte, in dem dieser ankündigte, Marwa El-Sherbini ermorden zu wollen (vgl. Islam iQ 2020).

4.2.3 Eine Mischform – Initiierung des bremischen Marwa-El-Sherbini-Platzes

Für Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* im *Bremer Viertel* existiert im Gegensatz zum *Semra-Ertan-Platz* keine singuläre, klar abgrenzbare Gruppierung. Die Initiative für die Platzbenennung lässt sich vielmehr als eine eine Kooperation zwischen dem künstlerischen Bildungsprojekt *Köfte Kosher* und einem Bremer Kommunalpolitiker begreifen. Dieser füllte zu diesem Zeitpunkt sowohl die Rolle als Akteur im staatlich finanzierten Förderprogramm *Partnerschaft für Demokratie* im Viertel als auch die eines kommunalpolitischen Mitglieds im lokalen Beirat aus (vgl. Interview K HB). Aus diesem Grund ist die Entstehung des *Marwa-El-Sherbini-Platz* nicht als eindeutiger *bottom-up-Prozess* zu verstehen sondern als eine Mischform, die ihre Inspiration in einem künstlerisch-aktivistischem Bildungsprojekt fand und mit Unterstützung von bürgernaher Kommunalpolitik umgesetzt werden konnte (vgl. Abb. 20). Beide Parteien gingen für die Umsetzung des Platzes eine Kooperation ein, jedoch lassen sich im weiteren Verlauf verschiedene Ziele und Motivationen hinsichtlich des Gedenkortes beobachten.



Köfte Kosher-Projekt: Vorarbeit und Initiierung

Das *Köfte Kosher* Jugend- und Kunstprojekt wurde 2011 von der Künstlerin E. ins Leben gerufen. E. ist eine in der Schweiz geborenen Jüdin, deren beide Eltern mehrfach Shoah-Überlebende sind. Das erste Projekt, welches sich 2012 an der Grenze zwischen bildender Kunst und Erinnerungskultur bewegt, zielte darauf ab, Jugendliche mit jüdischem und muslimischem Hintergrund zusammenzubringen, um sich mit Folgen von Rechtsextremismus und Diskriminierung auseinanderzusetzen und dies in den öffentlichen Raum zu übertragen (vgl. Interview E und Köfte Kosher 2024a).
Finanziell wurde das Projekt mit all seinen Teilprojekten bis 2024 unter anderem von der *Partnerschaft für Demokratie*, der *Anne Frank Stiftung* (Schweiz) und der *Amadeu Antonio Stiftung* unterstützt. Es war das erste politisch motivierte Projekt, dass E. nicht ehrenamtlich machen wollte. Den Grund für die Unterstützung postuliert die aktivisti-

Abb. 20 Akteur:innenkonstellation zur Umsetzung des Marwa-El-Sherbini-Platzes. (Eigene Darstellung, 2024)

sche Künstlerin folgendermaßen: „*Da gab es diesen Punkt, dass ich gesagt habe, ich mache keine Bildungsarbeit umsonst. Weil mir das zu sehr ‚Scherben von Deutschlands Geschichte aufräumen' ist.*" (Interview E)

Konkret fand das jüdisch-muslimische Dialogprojekt im Rahmen einer schulischen Aktionswoche mit Jugendlichen statt. Die Teilnehmenden setzten sich mit 12 ausgewählten Biografien auseinander, die durch rechte Gewalt in der Zeit von 1990–2010 ums Leben kamen: „*Unser Bedürfnis war es, die Jugendlichen positiv in ihren jeweiligen kulturellen Identitäten zu bestärken und sie gleichzeitig dazu zu motivieren, gemeinsam ein Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu setzen.*" (Köfte Kosher 2024a). Dadurch sollten Räume geschaffen werden, in denen sich die Jugendlichen über ihre eigenen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen austauschen konnten (vgl. ebd.).

Als Ergebnis entstanden zwölf Porträt-Pochoirs, darunter eines von Marwa El-Sherbini. Diese wurden an ein von den Bremer Stadtwerken zur Verfügung gestelltes Trafohäuschen am damals noch offiziell namenlosen Platz (ugs. „Bermuda-Dreieck") gesprüht und wandelten diesen so in einen Gedenkpavillon für die Opfer rechtsextremer Gewalt um (vgl. Interview E). Seit 2012 heißt der Gedenkort offiziell *Köfte Kosher-Gedenkpavillon*. 2018 wurde der Gedenkpavillon im Zuge eines zweiten *Köfte Kosher*-Projekts wieder gemeinsam mit Schüler:innen der *Wilhelm-Wagenfeld-Schule* restauriert, verstetigt und um einen digitalen Zugang per QR-Codes erweitert (vgl. ebd.).

Diese öffentliche Sichtbarmachung stellt neben dem dialogischen Auseinandersetzen die Hauptmotivation des *Köfte Kosher*-Projektes dar. So greift dieses Gedenken in den öffentlichen Raum und in den Alltag ein, eben „*dort, wo Menschen angegriffen werden*" (Köfte Kosher 2024a) und sucht Sichtbarmachung, Auseinandersetzung und den Dialog mit der Öffentlichkeit (vgl. ebd.). Das Projekt erfuhr zum Zeitpunkt seines Entstehens aufgrund seines damaligen Alleinstellungsmerkmals als muslimisch-jüdische Zusammenarbeit vermehrt mediale Aufmerksamkeit (vgl. Interview E).

Partnerschaft für Demokratie und lokale Kommunalpolitik: Umsetzungsanstoß

Der in die Umsetzung des *Marwa-El-Sherbini-Platz* involvierte Bremer Kommunalpolitiker gehörte zu diesem Zeitpunkt dem Begleitausschusses für die *Partnerschaft für Demokratie. Solidarität leben!* im Viertel an, eine lokale Umsetzung des bundesweit geförderten Programms *Demokratie leben!* [→ S. 104]. Dieses unterstütze anteilig unter anderem das Projekt *Köfte Kosher* (vgl. Interview K HB und Interview E). Zudem war er als Kommunalpolitiker im *Beirat Bremen Östliche Vorstadt* tätig – dem Beirat, der die Entscheidungsbefugnis über die Umsetzung der Platzbenennung innehatte. Seine Rolle im Prozess der Neubenennung des Platzes beschreibt der Kommunalpolitiker darin, dass er den bereits bestehenden Gedenkort des *Köfte Kosher*-Pavillons „*noch stärker darstellen wollte, indem man den Platz nach diesen Personen benennt*" (Interview K HB). Die Antragstellung für die Platzbenennung, so der Kommunalpolitiker, sei seine Idee gewesen. Diese Idee wurde von der Gründerin des *Köfte Kosher*-Projekts in einem gemeinsamen Antrag unterstützt (vgl. ebd.). Marwa El-Sherbini wurde als Symbolfigur ausgewählt, da ihre Biographie die einzige auf dem Gedenkpavillon dargestellte mit einem direkten Bezug zu Bremen war. Da der genannte Kommunalpolitiker selbst eine komplexe Migrationsgeschichte hat, hegt er den Wunsch, die *Erinnerungskultur* migrantisch zu bereichern und ein Zeichen gegen Rassismus und Diskriminierung zu setzen (vgl. ebd.).

2012 — Aktionswoche des ersten jüdisch-muslimischen Dialogprojekts *Köfte Kosher*: Gestaltung eines Gedenkpavillons mit zwölf Pochoir-Porträts von Opfern rechtsextremer Gewalt.

10.04.2012 — Offizielle Einweihung des *Köfte Kosher*-Gedenkpavillons unter Anwesenheit von Vertreter:innen jüdischer und muslimischer Verbände in Bremen.

Frühjahr 2018 — Anliegen zur Neubenennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* wird vom beteiligten Bremer Kommunalpolitiker im *Beirat Östlichen Vorstadt* vorgestellt und diskutiert.

Sommer 2018 — Zweites *Köfte Kosher*-Projekt gemeinsam mit Schüler:innen der *Wilhelm-Wagenfeld-Schule*: Restaurierung und Erweiterung des Gedenkpavillons. Anbringen von Acrylscheiben zum Schutz der Portraits vor Vandalismus.

12.Juni.2018 — Einstimmige Beschlussfassung des *Beirats Bremen östliche Vorstadt* und formale Zustimmung des Bremer Senats.

18.10.2018 — Einweihung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* und Wiedereinweihung des *Köfte Kosher*-Gedenkpavillons am MES-Platz.

01.07.2019 — Erste *Yortsayt*-Gedenkveranstaltung, danach jährlich.

Ab dem Zeitpunkt der Antragstellung zur Neubenennung des Platzes gestaltete sich der Prozess laut dem Kommunalpolitiker weitestgehend reibungslos und wurde von verschiedenen politischen Akteuren unterstützt – zwischen Antrag und der offiziellen Einweihung (vgl. Abb. 22) lag dabei gerade mal ein dreiviertel Jahr (vgl. Interview K HB). Ein Grund für diese zügige Umsetzung sei dem Kommunalpolitiker nach der Vermeidung einer Adressbindung, um den verwaltungstechnischen Aufwand so klein wie möglich zu halten: „*Der Kunstgriff war, man macht das natürlich tunlichst so, dass man den Platz so abzirkelt, dass man seine Wohnanschrift nicht ändern muss.*" (Interview K HB).

Abb. 21 Zeitstrahl zur Entstehung des Marwa-El-Sherbini-Platzes. (Eigene Darstellung nach Interview E, 2024 Köfte Kosher, 2024a, taz, 2012, Weser Kurier, 2018 und Beiratsbeschlussfassung, 2018)

Abb. 22 Einweihung des Marwa-El-Sherbini-Platzes 2018. (Scheitz, Roland nach Schuer, 2018)

Trotz der Kooperation zugunsten der Umsetzung der Benennung zeigen beide Parteien unterschiedliche Verständnisse und Vorstellungen im Hinblick auf zukünftige Bedeutung und Nutzung des Platzes. Während die Aktivistin E. von ihrer jährlichen *Yortsayt*[23]-Gedenkveranstaltung am 01. 07., Marwas Todestag, redet, spricht der Kommunalpolitiker von „unserer jährlichen Gedenkveranstaltung" (vgl. K HB und Interview E). Er war jedoch nicht in das Konzept der *Yortsayt*-Gedenkfeiern involviert, welches seit 2020 durch einen Film auf der *Köfte Kosher*-Website einsehbar ist (vgl. Köfte Kosher 2024b).

Jedes Jahr widmen sich diese Veranstaltungen einem spezifischen Leitthema bzw. Diskriminierungsform. Hierbei sollen marginalisierte Menschen und Initiativen zu Wort kommen und den Platz bespielen – als „Awareness-Tag gegen antimuslimischen Rassismus" und strukturelle Diskriminierung (vgl. Interview E). Als Grund für diese Ausrichtung der Gedenkveranstaltungen gibt E. an, dass bei rechtsextremen Anschlägen häufig verschiedene Diskriminierungsformen wie beispielsweise Rassismus, Misogynie und Transfeindlichkeit ineinandergreife (vgl. ebd.).

Abb. 22

4.3.4 Ein Akt der selbstermächtigten *memory citizenship*?

Diese Schritte zeigen, wie das *Köfte Kosher*-Projekt als Katalysator für die Platzneubenennung diente und wie zivilgesellschaftliches Engagement und politische Unterstützung zusammenwirkten, um die Neubenennung zu realisieren. Im Hinblick auf den Anspruch der Arbeit, eine Untersuchung des postkolonialen Selbstermächtigungsakts *memory citizenship* durchzuführen, kann jedoch kritisiert werden, dass durch die Involvierung der Kommunalpolitik und die teils finanzielle Unterstützung durch kommunale Gelder der Aspekt der Selbstermächtigung nicht oder nur teilweise gegeben ist. An dieser Stelle, will ich jedoch argumentieren, dass der Prozess der Platzumbenennung dennoch als postkolonialer Akt der Selbstermächtigung begriffen werden kann.

Hierfür soll die Perspektive von E. stärker in den Vordergrund gehoben werden: Die aktivistische Künstlerin betont im Kontext der Platzneubenennung: „*Ohne dieses Projekt [Köfte Kosher], hätte es die Umbenennung niemals gegebenen. Die Platzumbenennung ist der Erfolg des Jugendprojektes, niemand von den Politiker:innen wusste zuvor wer Marwa El-Sherbini war. Diese Mischform existiert nur in der Umsetzung*." (Interview E). Es steht in diesem Zusammenhang also fest, dass ihre Vorarbeit in Form der Sichtbarmachung der Geschichte von Marwa El-Sherbini und anderer Betroffener im öffentlichen Raum, der Grundstein für die Neubenennung des Platzes gelegt wurde. Ebenfalls betont sie, dass eine Platzbenennung bereits während der Einweihung des Gedenkpavillons 2012 im Raum gestanden hätte und einzig die Antragstellung durch den Kommunalpolitiker mitangeschoben wurde (vgl. ebd.).

Das Projekt ist zudem in ein künstlerisch-aktivistisches Setting und ein dialogisches Projekt für Menschen mit jüdischer oder muslimischer Migrationsgeschichte eingebettet. Ich will daher argumentieren, dass die Arbeit des *Köfte Kosher*-Projekts als eine „migrantische" Aktivierung von „Unten" und somit als ein postkoloniale Selbstermächtigungspra-

23 Der jüdische Begriff „Yortsayt" bedeutet „Jahreszeit" und beschreibt eine Praktik der jährlichen Erinnerung an eine verstorbene Person.

xis - als Akt der *memory citizenship* - begriffen werden kann. Dieser Akt der *memory citizenship* ist es, der dazu geführt hat, dass Marwa El-Sherbini im *Bremer Viertel* durch einen Platz geehrte wurde und ihre Narrative in die formale Bedeutungsproduktion der Stadt einfließt (vgl. Engler 2013: 56). So kann argumentiert werden, dass sich die Teilnehmer:innen des *Köfte Kosher*-Projekts selbst als Menschen etablieren wollen, die zur Gesellschaft gehören und das Recht besitzen, Teil der öffentlich repräsentierten *Erinnerungskultur* zu sein (vgl. ebd.)

Gleichzeitig trägt die aktivistische Künstlerin die zukünftige Funktion des Platzes auch nach der Umbenennung weiter und verfährt damit in einer Art und Weise, die mit den Vorstellungen lokaler Kommunalpolitik bricht (vgl. Interview E). Welche Herausforderungen durch die temporäre Kooperation mit der Kommunalpolitik im Zuge der Umsetzung der Platzbenennung für das künstlerische Projekt konkret existieren, wird an späterer Stelle diskutiert [→ S. 151].

Aufgrund der tragenden Rolle für das an diesem Ort lokalisierte migrantische Gedenken will ich in der folgenden Analyse die Perspektive der Gründerin des *Köfte Kosher*-Projekt innerhalb der Selbstwahrnehmung der *memory-citizenship*-Praxis stärker gewichten, als die Rolle der Kommunalpolitik.

4.3 C. KEMAL-AL-TUN- PLATZ

[exkurs] – ein Vorläufer

Die Neubenennung und Entwicklung des C. Kemal-Altun-Platzes in Hamburg Ottensen ist ein Resultat von bürgerschaftlichem Engagement durch die Aneignung öffentlichen Raums.

Ursprünglich war das Gelände in Ottensen der Standort der Maschinenfabrik Menck & Hambrock. In den 1960er und 70er Jahren existierten dabei Pläne, das Gebiet zu einer „City West" umzugestalten, die jedoch aufgrund massiver Bürgerproteste nicht realisiert wurden (vgl. Interview G). Nachdem die Produktion der Firma in den 1970er Jahren nach Ellerau verlegt worden war, wurden die Fabrikgebäude 1974 abgerissen, wodurch das Gelände brach lag (vgl. ebd.).

Dies bot einer Gruppe von engagierten Anwohner:innen, insbesondere aus der Motte und Mitgliedern des Stadtteilarchiv Ottensen, die Gelegenheit, das Gelände Anfang der 1980er Jahre schrittweise für sich zu beanspruchen. Sie entfernten den Bauzaun und begannen, das Gelände zu begrünen, indem sie Bäume pflanzten und einen Teich gruben (vgl. Interview G). Ein weiterer bedeutender Umstand war der Zeitpunkt der Insolvenz der Neuen Heimat im Jahre 1982. Dieser unerwartete Umstand gab den engagierten Anwohner:innen Hoffnung, dass das Gelände nicht sofort bebaut werden würde, was ihnen Zeit gab, ihre Pläne zu verwirklichen (vgl. ebd.).

Die Entscheidung, den Platz nach C. Kemal Altun zu benennen, war eine bewusste Geste der Solidarität, obwohl auch eine Benennung nach der ehemaligen Maschinenfabrik Menck&Hambrock im Raum stand. C. Kemal Altun, ein kurdischer Asylbewerber, hatte 1983 in

Abb. 23 C. Kemal-Altun in Berlin. (Bruhn-Hoffmann in Pöggel, 2023)
Abb. 24 Das C. Kemal-Altun Platz-Schild des Bezirk Altonas. (Eigene Aufnahme, 2024)

Abb. 23

C.Kemal-Altun-Platz
Kemal Altun stürzte sich am 30. August 1983 aus dem Fenster
des Verwaltungsgerichts Berlin in den Tod. Er war politischer
Gefangener und hatte Angst vor der Auslieferung

Abb. 24

Berlin Selbstmord begangen, um seiner Abschiebung in die Türkei zu entgehen, in ihm politische Verfolgung drohte (vgl. Taz 2023). Sein Tod wurde zu einem Symbol für die Härte der deutschen Asylpolitik und löste deutschlandweite Soli-Proteste aus (vgl. ProAsyl 2023). Auch innerhalb der Nachbar:innenschaft in Ottensen, löste der Suizid einen großen Schock aus (vgl. Interview G). Die Initiative, den Platz nach ihm zu benennen, kam aus der Gruppe der Personen, die den Platz aneigneten: "Es war einfach der Name von denen, die ihn nutzten. Und jeder sagte dann oder nannte ihn dann auch anderen gegenüber Kemal-Altun-Platz." (ebd.). Obwohl der C. Kemal-Altun-Platz nie offiziell anerkannt wurde, setzte sich der Name in der Nachbar:innenschaft durch. Die Benennung erfolgte durch Mundpropaganda und wurde von denjenigen, die den Platz nutzten, weitergetragen (vgl. ebd.). Der Aneignungsprozess der Initiator:innen war nicht nur physisch, sondern auch sozial und kulturell. Die Motte und das Stadtteilarchiv Ottensen spielten eine zentrale Rolle bei der Belebung des Platzes durch Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten für Jugendliche. Diese Aktivitäten trugen dazu bei, den Namen des Platzes in der Gemeinschaft zu verankern (vgl. ebd.).

Der Umgang der kommunalen Verwaltung mit der Benennung des C. Kemal-Altun-Platzes war über die Jahre von Zurückhaltung und Duldung geprägt. Die Bürger:inneninitiative stellte zwar Anträge, um die offizielle Benennung zu erwirken, der Bezirk lehnte diese jedoch entweder ab der reagierte nicht darauf (vgl. Interview G). Trotzdem wurde die informelle Benennung toleriert und es wurden keine Schritte unternommen, um den Namen zu ändern oder zu verbieten. So blieb der Name im Bewusstsein der Anwohnenden weiterhin präsent und führte dazu, dass eine neue Generation den Platz mit diesem Namen assoziiert (vgl. ebd.). Der inoffizielle Name wurde auch in der späteren offiziellen Gestaltung des Platzes, die von der Stadt durchgeführt wurde, beibehalten. 2012 lehnte der Senat eine weiteren Benennungsantrag ab. Im September 2012 wurde ein Straßenschild mit dem Namen C. Kemal-Altun-Platz vom Bezirk Altona installiert (vgl. Abb. 24), um dem Wunsch der Bürger:innen und der Bezirksversammlung zu entsprechen (vgl. ebd. und Hamburg BUEKEA 2024).

5
ANALYSE

Das folgende Kapitel widmet sich einer vertieften Analyse und Diskussion des jeweiligen Fokus innerhalb der drei Forschungsdimensionen. Die Forschungsebenen dienen dabei als Struktur.

In Bezug auf die vorgestellten Case-Studies wird vertiefend untersucht, wie postkoloniale Aktivist:innen die *memory citizenship*-Praxis ausüben und wie sie diese wahrnehmen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Bewertung der kommunalpolitischen Ebene. Es wird kritisch analysiert, wie Entscheidungsträger:innen auf die *memory citizenship*-Initiativen reagieren und welche Bedeutung sie dieser beimessen. Die Untersuchung befasst sich zudem mit der Resonanz und Akzeptanz der *memory citizenship*-Praxis sowie der Wirksamkeit der (in-)offiziellen Platzumbenennungen innerhalb der lokalen Nachbar:innenschaft. Die Analyse konzentriert sich hauptsächlich auf die Fallstudien des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* und des *Semra-Ertan-Platzes*. Erkenntnisse aus der Fallstudie des *C. Kemal-Altun-Platzes* werden an ausgewählten Stellen ergänzend herangezogen.

5.1 AKTIVIST:INNEN: WAHRNEHMUNG UND AUSÜBUNG DER MEMORY CITIZENSHIP

Wie üben Aktivist:innen ihre memory citizenship-Praxis aus und wie nehmen sie diese im Hinblick auf erwartete Auswirkungen wahr?

Im vorherigen Kapitel habe ich bereits diskutiert, inwiefern der Aktivismus und die grundlegende Motivation der Initiator:innen hinsichtlich der Platzbenennung als postkolonialer Akt der *memory citizenship* gelesen werden kann. Die konkrete Ausübung und Wahrnehmung dieser Praxis durch die Aktivist:innen soll im Folgenden noch einmal genauer beleuchtet werden. Untersucht werden die subjektive Einordnung der *memory citizenship*-Praxis im Kontext einer komplexen postkolonialen Erinnerungsarbeit, die von Aktivist:innen wahrgenommenen Reaktionen Außenstehender und die daraus resultierenden Herausforderungen für ihre Arbeit.

5.1.1 Aktivistische Einordnung der Platzneubenennung

In der folgenden Analyse lege ich dar, wie die Aktivist:innen der untersuchten Fallbeispiele eine offizielle Akzeptanz der Platzneubenennungsforderung im Kontext der *memory citizenship*-Praxis einordnen. Hierfür ist es zunächst sinnvoll zu analysieren, welche Bedeutung dem Gedenken im öffentlichen Raum ihrer eigenen Wahrnehmung nach zugeschrieben wird.

Bedeutung von Platzbenennungen im aktivistischen Kontext

Innerhalb der *Semra-Ertan-Initiative* wird betont, dass die angestrebte Benennung eines Platzes nach Semra Ertan eine bewusste Form des Gedenkens darstellt, um ihre Geschichte und ihren gesellschaftlichen Beitrag dauerhaft im öffentlichen Raum zu verankern. C. spricht diesbezüglich von einer Form der sichtbaren Erinnerungsarbeit: „*Sie schafft einen physischen, lokalen Ort, ja wie ein Gefäß.*" (Interview C). Die Neubenennung eines Platzes könne diesbezüglich als ein Akt, der „eine Person im Raum manifestiert" (vgl. ebd.) verstanden werden.

Eine Mitarbeiterin des *St. Pauli-Archivs* betont, dass dies Menschen dazu anregen kann, sich mit Semra Ertan zu befassen, selbst wenn sie zunächst keine Verbindung zu ihr haben: „*Jedes Mal, wenn Menschen dran vorbeigehen und den Namen lesen, selbst wenn sie noch nichts damit verbinden, fragen sie sich vielleicht irgendwann auch mal ‚Wer war das?' und befassen sich damit.*" (Interview St. Pauli-Archiv). Diese physische Präsenz im Raum schaffe eine dauerhafte Erinnerung und signalisiere, dass Semra Ertan ein integraler Teil der Gesellschaft ist (vgl. ebd. und Interview C).

In der Wahrnehmung der Aktivist:innen lässt sich also erkennen, dass sie die offizielle Platzneubenennung als Anlass und Weg interpretieren, dass sich Menschen im öffentlichen Raum mit migrantischen Narrativen und den dadurch vermittelten Werten und Leitprinzipien auseinandersetzen (vgl. Engler 2013: 53, Hajer 1995: 65 und Stone 1989: 29,). In diesem Sinne sieht die Initiative die Möglichkeit, durch eine Ausei-

nandersetzung mit der repräsentierten Narrative eine Transformation sozialer und moralischer Ordnungen zu beeinflussen (vgl. ebd. und Viehöver 2006:180-84).

E. äußert analog dazu die Auffassung, dass die Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* eine Zeichensetzung für die Problematisierung rechtsextremer Gewalt gegenüber Minderheiten unterstütze: „*Der Punkt ist, für mich ist diese Platzumbenennung ganz klar eine Zeichensetzung und halt auch diese Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit den Thematiken, weil Marwa steht ja für den Gedenkpavillon und die anderen durch rechtsextreme Gewalt ermordeten Personen.*" (Interview E).

Innerhalb der *Semra-Ertan-Initiative* wird erklärt, dass die Platzneubenennung eine Form der Beständigkeit darstellt: „*Das Nicht-vergessenwollen ist dann auch wirklich manifestiert. Und auch wenn die Initiative irgendwann nicht mehr ist, wird dieser Platz noch weiter da sein.*" (Interview St. Pauli-Archiv). Dies unterstreicht die Bedeutung der Platzbenennung für die Initiative als Mittel zur Verstetigung von Erinnerung und als Form des langfristiges Gedenkens, welches über die aktuelle Generation hinaus Bestand haben und dauerhaft präsent sein soll (vgl. ebd.). Die angestrebte Langlebigkeit des Gedenkens lässt sich jedoch aus Aleida Assmanns Sicht hinterfragen. Sie vertritt die Überzeugung, dass offizielle Zeichensetzungen, wie Denkmäler oder Straßennamen, obwohl sie auf eine dauerhafte Präsenz ausgerichtet sind, oft nur kurz bestehen, da sie mit einem System- oder Regierungswechsel abrupt enden können (vgl. Assmann o. J.: 6). Dadurch könnte die Kontinuität des Gedenkens durch offizielle Festschreibung im urbanen Raum relativiert und die Beständigkeit eines inoffiziellen Gedächtnisses hervorgehoben werden. Gleichzeitig wird dadurch unterstrichen, dass die Sichtbarmachung und Etablierung migrantischer Erinnerungen auf vielfältige Arten erfolgen muss.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Aktivist:innen eine offizielle Platzbenennung als Mittel zur langfristigen Sichtbarkeit migrantischer Erinnerungen im öffentlichen Raum wahrnehmen, die durch symbolische Zeichensetzung offizielle Akzeptanz erfährt. Eine solche offizielle Ehrung migrantischer Erinnerungen könnte, laut Engler

(2013), als erfolgreiche Aushandlung darüber interpretiert werden, ob migrantische Personen Teil der Stadtgeschichte sein dürfen und Ansprüche auf die Veränderung der Darstellung historischer Akteur:innen im öffentlichen Raum stellen können (vgl. Engler 2013: 42). Diese erinnerungskulturelle Würdigung kann daher als eine Aufnahme in die offizielle Repräsentation des *kollektiven Gedächtnisses* der Stadtgesellschaft gelesen werden. Über die erinnerungskulturelle Würdigung hinaus nehmen die Aktivist:innen der *Semra-Ertan-Initiative* wahr, dass durch die offizielle Akzeptanz und Sichtbarkeit im städtischen Raum, Semra Ertan und dadurch auch andere Menschen mit Migrationsgeschichte als der urbanen Gesellschaft zugehörige Menschen und vollwertige Bürger:innen legitimiert werden können (vgl. ebd.: 42, Harvey 2008 und Interview St. Pauli-Archiv).

Stellenwert offizieller Legitimation in aktivistischer Erinnerungsarbeit

Parallel dazu lässt sich feststellen, dass der Stellenwert einer offiziellen Zustimmung zur Platzneubenennung durch die Aktivist:innen unterschiedlich wahrgenommen und teils sogar relativiert wird:
In der Case-Study des *Semra-Ertan-Platzes* zeigen Mitarbeitende des *St. Pauli-Archivs* eine große Bereitschaft, die Umsetzung einer offiziellen Neubenennung auch nach erfolgtem Ablehnungsbescheid weiterzuverfolgen (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). Auch Semra Ertans Schwester schreibt einer offiziellen Anerkennung durch die Stadt Hamburg große Bedeutung zu (vgl. Interview C). Die Initiatorin der Gedenkarbeit C. betont jedoch auch, dass für sie bereits ein Teil des Kampfes gewonnen sei. Dabei bezieht sie sich auf die Tatsache, dass die Fläche bereits auf Google Maps als *Semra-Ertan-Platz* zu finden sei und Unbekannte durch das Überkleben von Straßenschildern ein inoffizielles Straßenschild geschaffen haben (vgl. ebd.). Dadurch sei der Platz für sie inoffiziell bereits umbenannt und könne in diesem Zustand zum Auseinandersetzen und Reflektieren Außenstehender anregen. Ebenso konstatiert sie, dass die Platzbenennung eine Form des sichtbaren Gedenkens sei, die wünschenswert sei, jedoch spielen andere Formen des Gedenkens eine mindestens ebenso wichtige Rolle: „*Das Buch ist*

auch ein Denkmal. Es gibt ja verschiedene Formen von Denkmälern, es gibt auch eine Gedenkveranstaltung." (Interview C).

Auch in der Wahrnehmung der künstlerischen Aktivistin E., lässt sich eine ähnliche Ambivalenz beobachten. Obwohl sie die offizielle Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* als Teil der Geschichte und Strategie des Projekts auffasst, wenn sie dieses in verschiedenen Kontexten vorstellt, betont sie, dass das Projekt *Köfte Kosher* bereits vor Platzeinweihung große Aufmerksamkeit erfuhr (vgl. Interview E). Die Platzneubenennung sei in ihrer Wahrnehmung nicht von dem Gedenkpavillon zu trennen, welcher auch zuvor am Platz für Sichtbarkeit von und Auseinandersetzung mit migrantischen Perspektiven und gesellschaftlichen Missständen gesorgt habe: „*Ich denke mit seinem Alleinstellungsmerkmal steht der Gedenkpavillon für sich*." (ebd.). Die vorliegenden Ambivalenzen lassen daher die Frage zu, inwieweit die Praxis der *memory citizenship* in der aktivistischen Ausübung und Wahrnehmung einer offiziellen Legitimierung der Platzneubenennung bedarf.

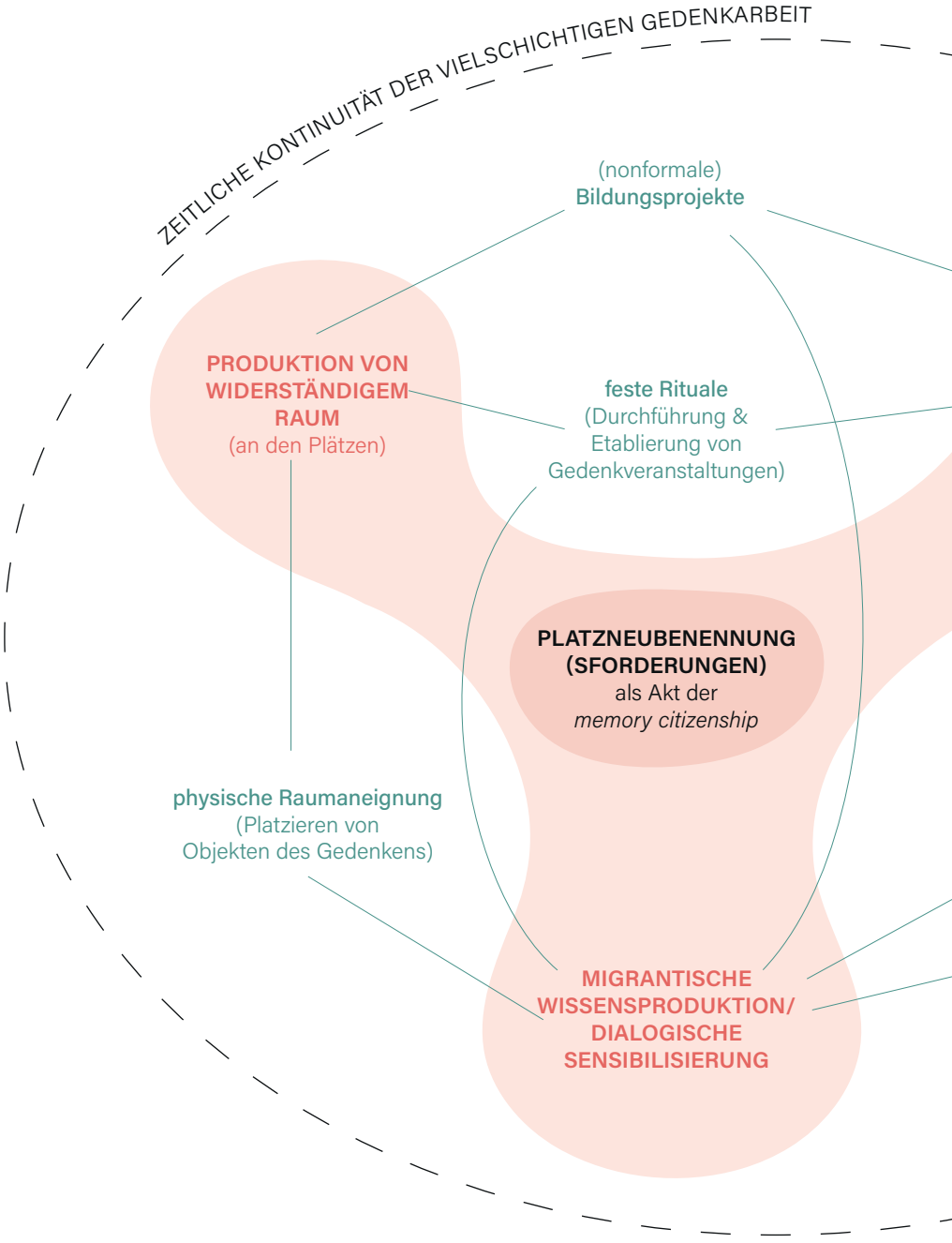
Festzustellen ist, dass der Akt der *memory citizenship* der Aktivist:innen zur Neubenennung von öffentlichem Raum in ihrer eigenen Wahrnehmung und Ausübung in vielschichtige Erinnerungsarbeit eingewebt ist, von der sie nur schwer zu trennen ist (vgl. Engler 2013: 49). Die Aktivist:innen betrachten ihre Bemühungen im Kontext einer umfassenderen migrantischen Erinnerungsarbeit, die über die symbolische Wirkung von Platzbenennungen hinausgeht und durch verschiedene Formen des Gedenkens geprägt ist. Dies entspricht dem Verständnis der *memory citizenship* nach Rothberg/Yildiz (2011), welche in ihrer Ausübungsform undefinierte von Migrant:innen geleistete Erinnerungsarbeit beschreibt. Eine solche „migration-centered-lens" (Rothberg/Yildiz 2011: 43) der Erinnerungsarbeit versucht eine generelle perspektivische Verschiebung der die Öffentlichkeit prägenden Struktur eines restriktiven identitätsbasierten Verständnisses des *kollektiven Gedächtnisses* als eine Form von ethnischem Eigentum zu erwirken (vgl. ebd.).

5.1.2 *memory citizenship* im Kontext vielschichtiger migrantischer Erinnerungsarbeit

In den folgenden Unterkapiteln werde ich darlegen, wie Aktivist:innen ihre Ziele auch außerhalb der Forcierung auf Legitimation durch die Platzneubenennungen verfolgen. Ihre Ziele umfassen dabei die Sichtbarmachung und Auseinandersetzung mit migrantischen Narrativen sowie die Förderung gesellschaftlicher Diskurse über Zugehörigkeit, Teilhabe und Identität. Darüber hinaus streben die Aktivist:innen an, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen und zu problematisieren.
Dafür nutzen die Aktivist:innen Formen der Erinnerungsarbeit wie die physische Aneignung von Raum durch das Platzieren von Objekten des Gedenkens, das Durchführen von Ritualen und Bildungsprojekten, die Veröffentlichung von migrantischem Wissen oder die Organisation von Vernetzungsaktivitäten.

Die vielschichtige Erinnerungsarbeit der Aktivist:innen soll hierbei anhand von drei Themenfeldern dargelegt werden: Raumproduktion, Communitybuilding und Wissensproduktion und dialogisches Sensibilisierung. Diese Aspekte sind als Resultate der migrantischen Erinnerungsarbeit der Aktivist:innen zu verstehen. Die Neubenennung von öffentlichem Raum ist dabei in diese Aspekte eingewebt, dient als Motivation oder Unterstützung. (vgl. Abb. 25)

Diese differenzierte Betrachtungsweise ermöglicht ein tieferes Verständnis der komplexen Dynamiken und Strategien, die Aktivist:innen in ihrer Erinnerungsarbeit anwenden, und zeigt, wie diese migrantischen Erinnerungspraktiken über formelle Anerkennungsprozesse oder die diesbezüglichen Forderungen hinausgehen und zusätzliche Formen der gesellschaftlichen Teilhabe und Identitätsbildung schaffen.


ZEITLICHE KONTINUITÄT DER VIELSCHICHTIGEN GEDENKARBEIT
(nonformale)
Bildungsprojekte
PRODUKTION VON
WIDERSTÄNDIGEM
RAUM
(an den Plätzen)
feste Rituale
(Durchführung &
Etablierung von
Gedenkveranstaltungen)
PLATZNEUBENENNUNG
(SFORDERUNGEN)
als Akt der
memory citizenship
physische Raumaneignung
(Platzieren von
Objekten des Gedenkens)
MIGRANTISCHE
WISSENSPRODUKTION/
DIALOGISCHE
SENSIBILISIERUNG

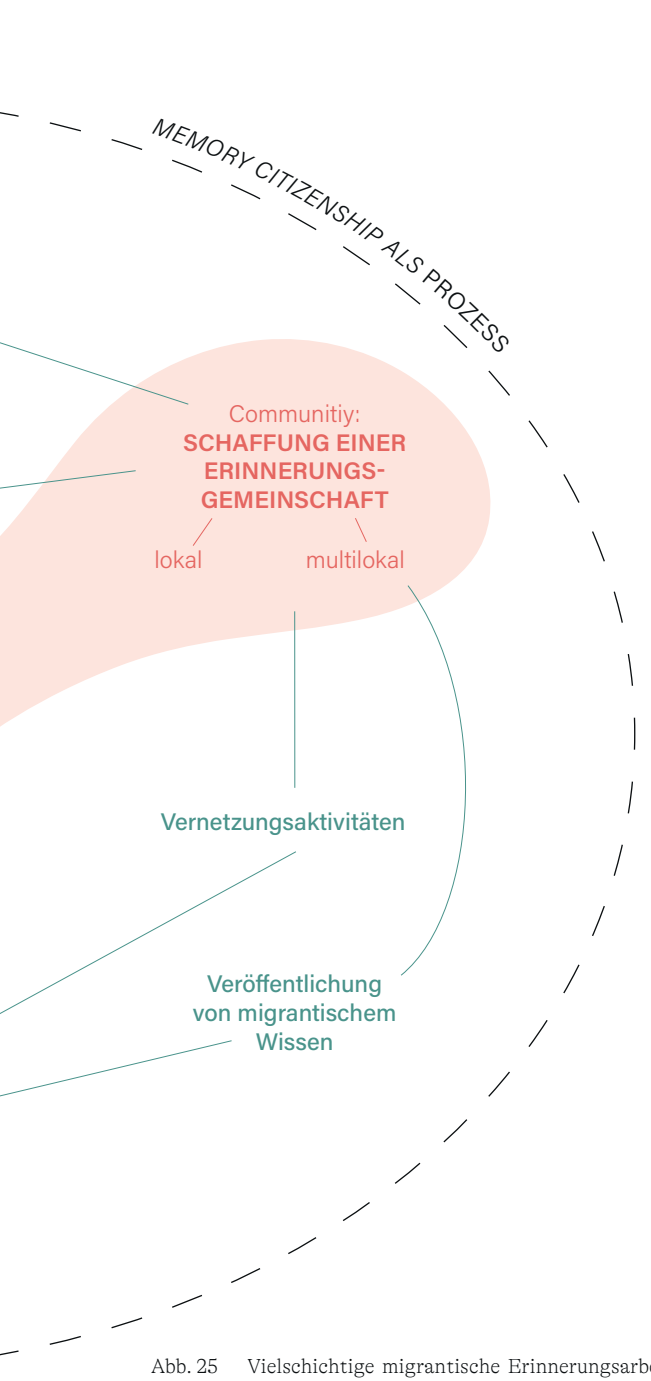


Abb. 25 Vielschichtige migrantische Erinnerungsarbeit im Kontext der memory citizenship-Akte: Soziale, räumliche und symbolische Praktiken. (Eigene Darstellung, 2024)

Die Ausübung der *memory citizenship*-Praxis durch die Aktivist:innen ist in den Fallbeispielen in raumproduzierende Handlungen verwebt, die sich nicht auf die symbolische Neugestaltung von Räumen durch die Sichtbarkeit des Straßenschild beschränkt:

In der *Semra-Ertan-Initiative* spielt die physische Aneignung des Ortes eine wichtige strategische Rolle für die Umsetzung des Ziels. Diesbezüglich berichtet eine Mitarbeitende der Initiative: „*Also wir versuchen den Platz jetzt schon quasi so als Gedenkort zu etablieren, auf so einer inoffiziellen Ebene. Es waren schon Schulklassen da vor Ort und wir haben dann über den Platz erzählt und die haben dann auch kleine Gedichte aufgehangen. Irgendwie wollen wir diesen Gedenkort ein bisschen etablieren*." (Interview St. Pauli Archiv, vgl. Abb. 27). Durch das Aufhängen von Blumensträußen, Plakaten oder auch einer Leine mit laminierten Gedichten erfolgt eine Aneignung des namenlosen Platzes durch die Aktivist:innen, die für alle Passierende sichtbar ist (vgl. Abb. 26, 27). Auch für die Ausübung der *memory citizenship*-Praxis am *Marwa-El-Sherbini-Platz* war eine physische Raumaneignung in Form der Pochoir-Portraits am Trafohäuschen grundlegend und steht in enger Verbindung: „*...der Platz ist unumstößlich verbunden mit diesem Gedenkpavillon und den Pochoir-Portraits der elf anderen Personen die von rechten Gewalttätern ermordet wurden.*" (Interview E).

Martina Löw und Gabriele Sturm (2005) verstehen Raum als „relationale (An)Ordnung von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten" (Löw 2001: 153). In ihrem Verständnis ist Raum ein Produkt sozialer Beziehungen, das durch Prozesse des Spacing und der Synthese entsteht. Spacing bezieht sich auf die Platzierung von Objekten und Menschen im Raum, während die Synthese die kognitive Leistung darstellt, diese Anordnungen als zusammenhängenden Raum wahrzunehmen (vgl. Löw/Sturm 2005: 14). Raum ist demnach dynamisch und wird kontinuierlich durch soziale Interaktionen und Handlungen an einem Ort neu geschaffen.

Abb. 26 Laminate mit Bildern und Gedichten von Semra Ertan. (Eigene Aufnahme, 2024)
Abb. 27 Sichtbare Forderung nach Gedenkort für Semra Ertan. (Eigene Aufnahme, 2024)

GEMEINSAM FÜR
HAMBURG-MITTE

Abb. 26

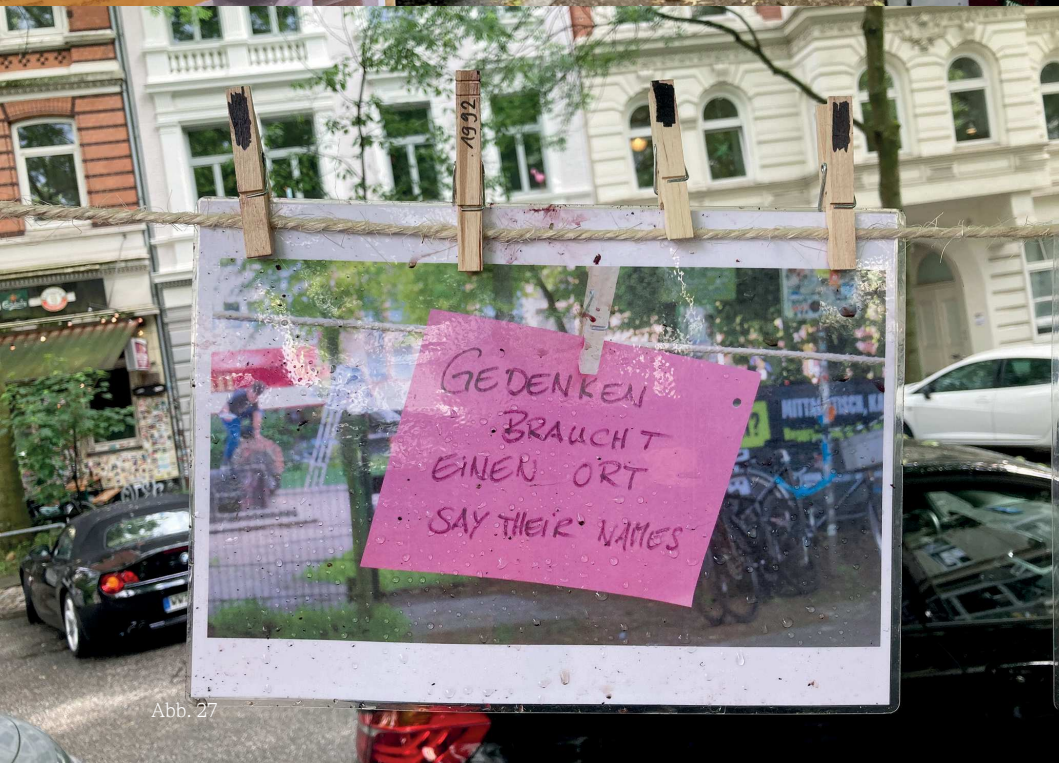

1992
GEDENKEN
BRAUCHT
EINEN ORT
SAY THEIR NAMES

Abb. 27

SEMRA ERTAN UNVERGESSEN

Abb. 28

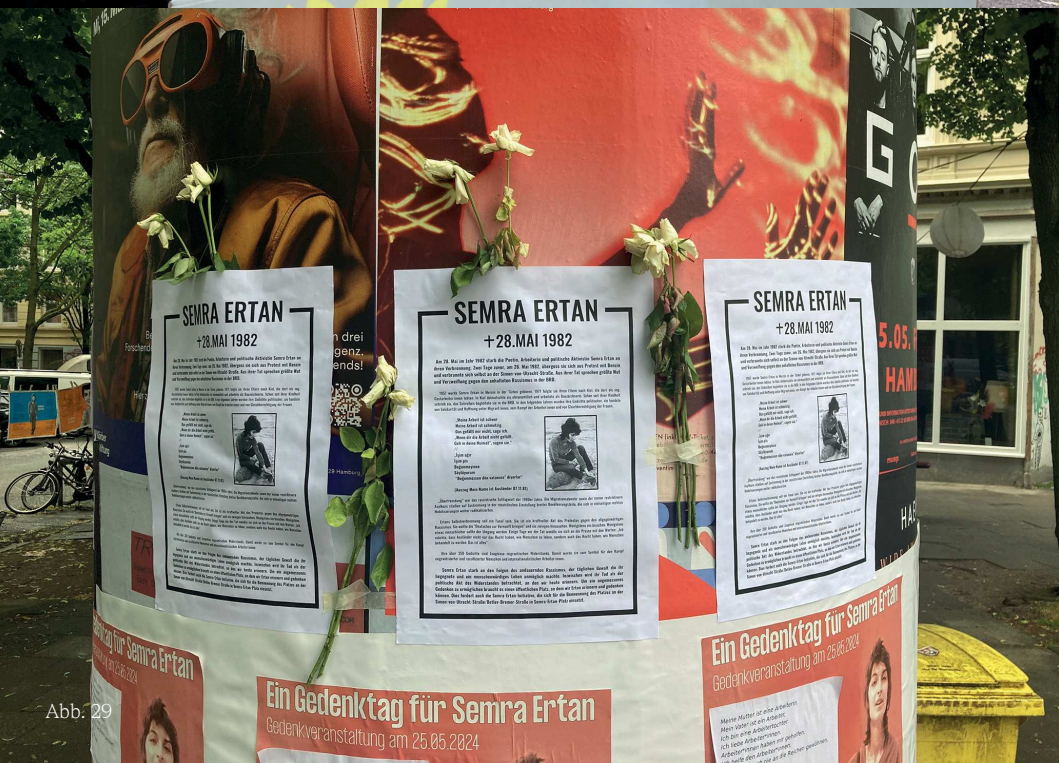

SEMRA ERTAN
+28.MAI 1982
SEMRA ERTAN
+28.MAI 1982
SEMRA ERTAN
+28.MAI 1982
Ein Gedenktag für Semra Ertan
Gedenkveranstaltung am 25.05.2024
Ein Gedenktag für Semra Ertan
Gedenkveranstaltung am 25.05.2024

Abb. 29

Das physische Aneignen von urbanen Plätzen in dieser Arbeit kann im Kontext von des eben dargestellten Raumverständnisses als ein aktiver Prozess der Raumkonstitution verstanden werden. Das Platzieren von Objekten – wie beispielsweise das Aufhängen von Plakaten oder das Ansprühen von Portraits – kann dabei als Form des Spacing verstanden werden, das den Raum physisch und symbolisch verändert und ihn mit neuen Informationen und Botschaften versieht, die die Wahrnehmung und Nutzung des Ortes beeinflussen (vgl. Abb. 26-29). Diese Aneignungspraxis kann dazu beitragen, dass der Raum in der Syntheseleistung Anderer als Ort des migrantischen Widerstandes sowie der politischen Auseinandersetzung wahrgenommen wird (vgl. Löw 2001: 198).

Die Raumgestaltung und die Schaffung eines widerständigen Ortes durch Aneignungspraktiken, wie sie von den Aktivist:innengruppen für den *Semra-Ertan-Platz* und den *Marwa-El-Sherbini-Platz* angestrebt wurden, stehen dabei in direkter Verbindung mit der Neubenennung der Flächen. Für den *Marwa-El-Sherbini-Platz* kann die physische Raumaneignung als wegbereitend begriffen werden: „...der Platz wäre nie umbenannt worden, wenn wir nicht dieses Trafohäuschen zu einem Gedenkpavillon neugestaltet hätten – dann hätte es keinen Anlass dafür gegeben." (vgl. Interview E). Im Kontext der *Semra-Ertan-Initiative* können die Aneignungspraktiken als begleitendes Element und als Zeichen der Resilienz verstanden werden, die zwar eine offizielle Umbenennung des Raumes unterstützen, jedoch auch ohne diese existieren können: „*Wir bespielen und gestalten den Platz einfach weiterhin und bleiben aber bei unseren Forderungen.*" (Interview St. Pauli-Archiv).

Ebenso raumkonstituierend wirkt das Abhalten von Ritualen an den jeweiligen Plätzen, was ebenso mit der *memory citizenship*-Praxis und der Neubenennung der urbanen Flächen verknüpft ist. Die jährliche *Yortsayt*-Gedenkveranstaltung am *Marwa-El-Sherbini-Platz* zeigt, dass

Abb. 28 Blumen und Fotos der Gedenkfeier 2023, angebracht an einem Baum auf dem Platz. (Eigene Aufnahme, 2024)

Abb. 29 Plakate und Blumen an der Litfaßsäule zum Gedenken an Semra Ertan. (Eigene Aufnahme, 2024)

ein Ort des Widerstandes und der Zusammenkunft nicht nur durch das physische Platzieren von Objekten, sondern durch die räumliche Anwesenheit von Menschen vor Ort temporär erschaffen werden kann.

Die jährliche Gedenkfeier setzt sich mit Themen und Perspektiven wie Feminismus, Queerness und Rassismus auseinander und beleuchtet verschiedene Diskriminierungsformen, die im Zusammenhang mit rechtsextremer Gewalt ineinandergreifen (vgl. Interview E) [→ S. 115]. Als „Awarenesstag gegen rechte Gewalt" ist der Gedenktag am 1. Juli innerhalb der Bremer Nachbarschaft „*ein bisschen zur Institution geworden*" (Interview E).

Nach Henri Lefebvre wird Raum als ein soziales Produkt gesehen, das durch die Interaktion von physischen, sozialen und symbolischen Dimensionen entsteht (vgl. Lefebvre 2006: 333-36). In diesem Kontext wird der Raum durch die Gedenkfeier temporär und dynamisch erschaffen, indem er durch soziale Praktiken und Interaktionen mit neuer Bedeutung gefüllt wird (vgl. ebd.). Indem die Gedenkfeier einen machtreduzierten Raum bietet, der versucht Diskriminierung abzubauen und den Austausch verschiedener marginalisierter Gruppen zu fördern, kann sie darüber hinaus eine Art temporären safe space herstellen, der von und für marginalisierte Gruppen geschaffen wird (vgl. Hilger 2023: 9). Da Themen hier intersektional gedacht werden, wird dieser safe space zu einem Raum der kollektiven Resilienz, an dem marginalisierte Gruppen ihre Erfahrungen und gemeinsame Strategien zum Umgang mit Diskriminierung und Gewalt teilen, diskutieren und letztendlich solidarisch füreinander sorgen können (vgl. Hiller 2024: 217). Dieser kann als Quellort für die Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit begriffen werden, in der Ungerechtigkeiten aufgezeigt und alternative Narrative kommuniziert werden (vgl. Engler 2013: 42, Rothberg 2011: 538 und Hilger 2023: 11,14).

Doreen Massey (1991) stellt fest, dass Orte keine feste Identität besitzen, sondern vielfältige politische, geografische und biografische Bezüge und Interpretationsmöglichkeiten aufweisen. Diese entstehen durch die Interaktion verschiedener Menschen und Güter sowie der akkumulierten Geschichte eines Ortes (vgl. ebd.: 29). Daher können an

einem Ort unterschiedliche Räume gleichzeitig existieren (vgl. Massey 1995: 190). Die Möglichkeit, eine spezifische Interpretation eines Ortes zu artikulieren, sowie das Recht, an der Arbeit der Imagination eines Ortes teilzunehmen, ist jedoch begrenzt und ungleich verteilt (vgl. Engler 2013: 46). Bestimmte Aspekte eines Ortes werden unterschiedlich stark anerkannt, wobei die vorherrschende Interpretation oft ein Ausdruck von Machtverhältnissen ist (vgl. Massey 1995: 191). In diesem Kontext kann die aktive Raumgestaltung und Aneignungspraktik als intentionale Herausforderung von Machtstrukturen betrachtet werden, indem sie durch das Gedenken an migrantische Personen eine spezifische Interpretation des Ortes als widerständig und emanzipatorisch (temporär) durchsetzt und artikuliert.

Community: Schaffung einer Erinnerungsgemeinschaft

Im Kontext der *Semra-Ertan-Initiative* zeigt sich, dass für die Ausübung der *memory citizenship*-Praxis die Schaffung einer Erinnerungsgemeinschaft grundlegend war. Dies wurde angetrieben durch C., welche die familiären Erinnerungen aus einem sozialen Gedächtnis durch die Veröffentlichung ihres Kurzfilms, in der sie das Leben ihrer Tante aufarbeitete, einer größeren Öffentlichkeit präsentierte (vgl. Assmann 2008: 2). Durch diesen Akt erfuhren verschiedene Personen aus dem Raum Hamburg von der Geschichte Semra Ertans und schlossen sich in Form der *Semra-Ertan-Initiative* zusammen. Die persönlichen Erinnerungen der Familie Ertan wurden dadurch auf andere Personen in diesem Kollektiv übertragen und Teil derer Erfahrungen. Dies war möglich, da aufgrund der durch ihre Geschichte vermittelten Werte und dem räumlichen Bezug zu Hamburg ausreichend Konsens mit den fremden Erinnerungen herrschte (vgl. Halbwachs 1985: 381ff.).

Im Rahmen der vielschichtigen Erinnerungsarbeit von C. wurde diese Erinnerungsgemeinschaft durch die Lesung der Gedichte auf verschiedenen migrantischen Vernetzungstreffen vergrößert. Diese erweiterte Erinnerungsgruppe wird gefördert und manifestiert sich durch das Abhalten von Ritualen, wie den jährlichen Gedenkfeiern für Semra Ertan am 26. Mai. Hier kann beobachtet werden, wie Personen(-gruppen) aus ganz Deutschland für das gemeinsame Gedenken an Semra Ertan

zusammenkommen, die vor der Veröffentlichung des Films keinen persönlichen Bezug zu Semra oder ihrer Familie besaßen (vgl. Beobachtungsprotokoll SE-Gedenkfeier).

Gleichzeitig lässt sich durch die ritualisierte Erinnerung an Semra Ertan die Entstehung eines neuen sozialen und *kollektiven Gedächtnisses* beobachten, welches durch den Austausch gemeinsamer Erfahrungen von Zeitgenoss:innen aus verschiedenen Perspektiven heraus entsteht (vgl. Assmann 2008: 2). Veranstaltungsteilnehmende ehrten Semra Ertan, indem sie persönliche Briefe oder Theaterinszenierungen vortrugen. Diese zeigten ihre persönliche Verbindung zu Semra Ertan und webten gleichsam ihre eigene Migrationsgeschichte und Erfahrung mit Alltagsrassismus ein (vgl. Beobachtungsprotokoll SE-Gedenkfeier). Diese Praktik kann als ein Kommunizieren von und Sammeln der *Migrant Archives* verstanden werden, welche durch transkulturelle Erinnerungen Ansatzpunkte für Identitätsbildung schafft (vgl. Rothberg/ Yildiz 2013: 36-37). Auf der Grundlage von Semra Ertan als Symbolfigur für den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung und für eine gerechte Gesellschaft werden dementsprechend eigene Erfahrungen und Perspektiven kommuniziert und das „Wir-Gefühl" in der Erinnerungsgemeinschaft gestärkt. Dabei erfolgt eine Identifikation mit der Gruppe, was sich an den Aussagen der Teilnehmenden erkennen lässt, wie „*Semra, du bist ein Teil unserer Geschichte. Du bist Teil unseres kollektiven Bewusstseins.*" (Beobachtungsprotokoll SE-Gedenkfeier) oder „*Wir werden nicht vergessen!*" (ebd.).

Diese hier beobachtete Emotionalität stellt einen wichtigen Aspekt innerhalb von Assmanns Konzept dar. Denn im *kollektiven Gedächtnis* wie auch im sozialen Gedächtnis besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Identitätsbildung und Emotionalität (vgl. Assmann o. J.: 4). Erinnerungen verfestigen sich durch ihren emotionalen Gehalt. Somit agieren Emotionen als „Aufmerksamkeitsverstärker" (Erll 2008: 1-2) und Stabilisatoren von Erinnerungen. Gleichzeitig besteht ein zirkuläres Verhältnis zwischen Erinnerungen und Identität, in welchem die durch den emotionalen Gehalt selektierten Erinnerungen die Identität der Gruppe stärken und die Identität einer Gruppe Erinnerungen festigt. (vgl. ebd.).

Obwohl in diesem *kollektiven Gedächtnis* nicht alle dieselben Erfahrungen durchlebt haben, werden die fremden Erinnerungen der Familie Ertan durch ausreichend Übereinstimmung mit den eigenen Erfahrungen auf andere Personen dieses Gedächtnisses übertragen. Durch das geteilte Gedächtnis wird eine Identitätszugehörigkeit innerhalb der Gruppe geschaffen (vgl. vgl. Halbwachs 1985: 381ff.). Jedes Individuum dieser Erinnerungsgruppe kann wiederum einen Teil seiner Identität in Verbindung mit dieser Erinnerungsgemeinschaft formen (vgl. Assmann o. J.: 1).

Die *memory citizenship*-Praxis der *Semra-Ertan-Initiative* ist darüber hinaus in ein solidarisches, multilokales „Bundesweites Netzwerk von Betroffenen rechter Gewalt" eingewebt (vgl. Interview C). Ein Großteil der Teilnehmer:innen der Gedenkveranstaltung ist ebenfalls Mitglied dieses Netzwerks, in welchem sich Angehörige und Betroffene von rechtsextremer Gewalt vernetzen, unterstützen und Erfahrungen austauschen. Dieses kann als eine größere migrantische *Erinnerungskultur* verstanden werden kann, welche durch eine „migration-centered-lens" geformt wird.

Durch die Erinnerungsarbeit in Form von lokalen Ritualen und entlang netzwerkartiger Strukturen wird daher eine Gemeinschaft der gegenseitigen Unterstützung und des Austauschs produziert, die eine Zugehörigkeit und Identifikation von migrantischen Personen innerhalb der deutschen Gesellschaft ermöglicht[24]. Diese Gemeinschaft kann dabei punktuell auch Personen einschließen, die sich mit den Werten der Gemeinschaft solidarisieren und keine eigene Migrationsgeschichte haben, wie die Mitarbeitenden des *St. Pauli-Archivs* oder andere Anwohner:innen der Nachbar:innenschaft, die den Gedenkfeiern beiwohnen (vgl. Abb. 30).

24 Diese Zugehörigkeit und Identifikation ist hier jedoch mit der Erfahrung von rassistischer Diskriminierung und Gewalt verbunden und bietet nur einen beschränkten Einblick in die Identitätsbildung der Teilnehmenden. Sie stellt dementsprechend nur eine der vielen individuellen Identifikationen mit unterschiedlichen Wir-Gruppen dar, durch welche die Identität der Teilnehmenden geprägt wird (vgl. Assmann o. J.: 1).

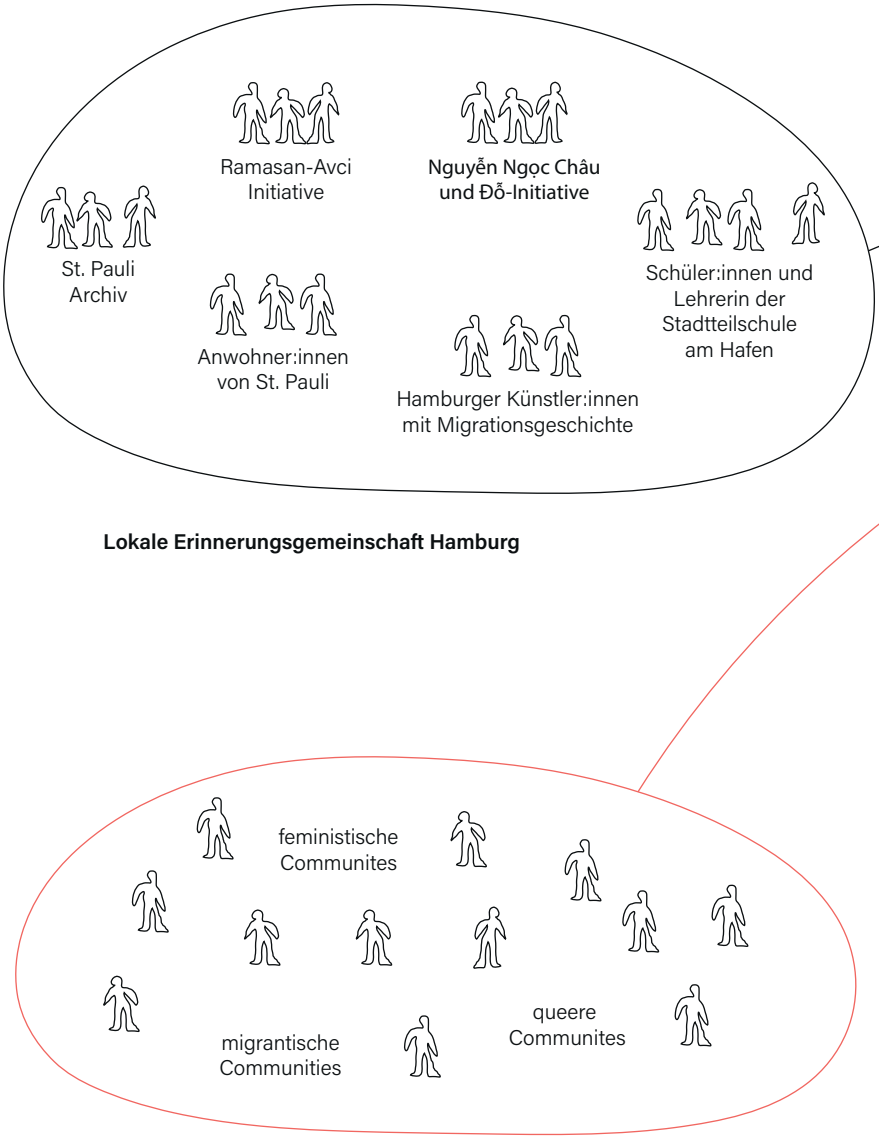
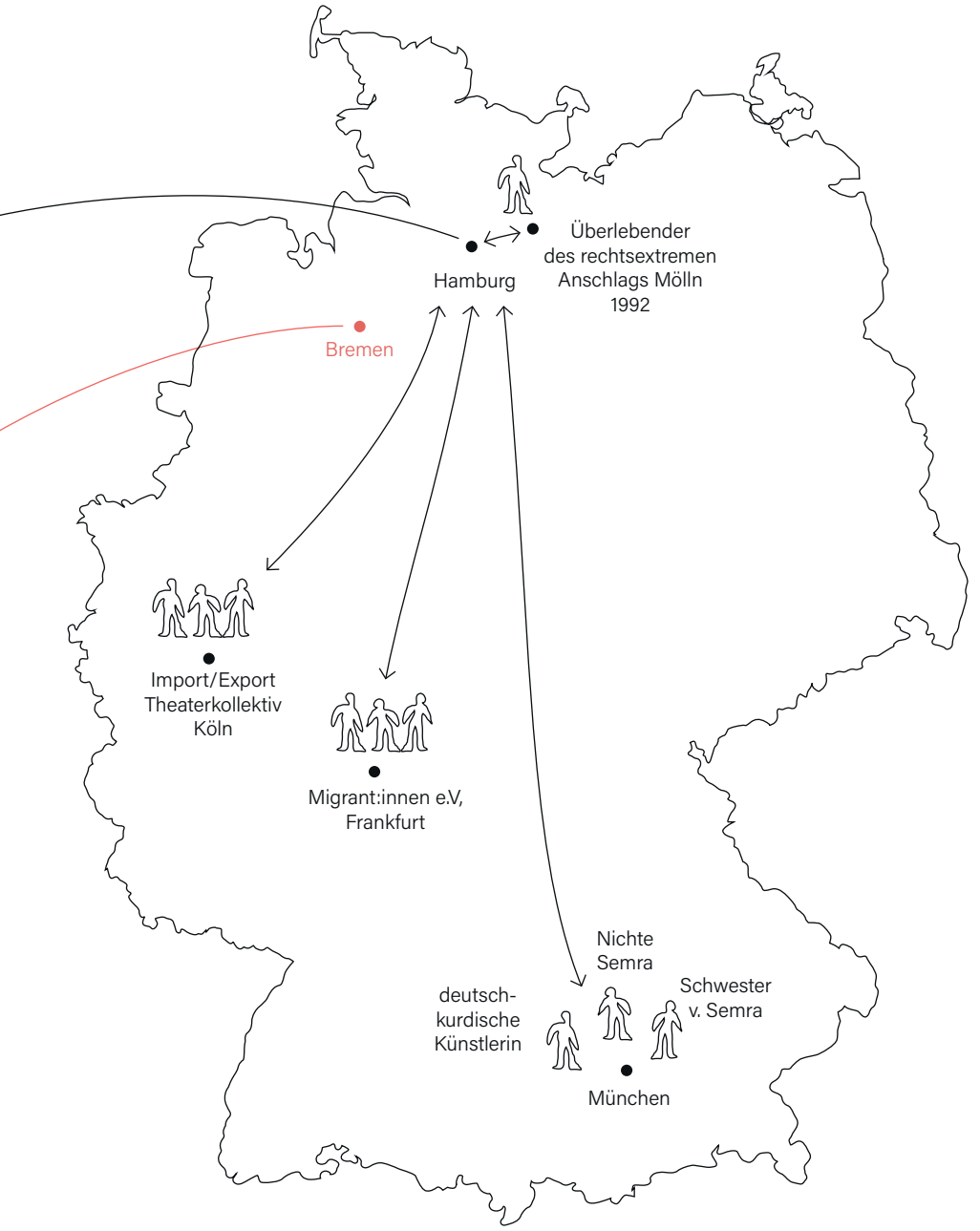


Abb. 30 (Multilokale) Erinnerungsgemeinschaften um die Gedenkfeiern in Hamburg und Bremen. (Eigene Darstellung, 2024)



Multilokale Erinnerungsgemeinschaft für Semra Ertan

Auch am Beispiel der jährlichen *Yortsayt*-Gedenkfeier am *Marwa-El-Sherbini-Platz,* lässt sich das Entstehen einer Erinnerungsgemeinschaft beobachten. Deren Mitglieder definieren sich dabei nicht zwingend durch ihre Migrationserfahrungen, sondern als verschiedene betroffene Minderheiten von rechtsextremer Gewalt. Sie alle werden im Rahmen des Gedenktages für Marwa El-Sherbini im Viertel vereint (vgl. Abb. 30).

Die vielfältigen Momente der Gemeinschaftsbildung zeigen, wie die Narrative von Semra und Marwa dazu beitragen können, dass Personen innerhalb wachsender Erinnerungsgemeinschaften und als Teil einer größeren *Erinnerungskultur* mehr gesellschaftliche Sichtbarkeit erlangen und Zugehörigkeit erfahren.

Wissensproduktion und dialogische Sensibilisierung

Die Praxis der *memory citizenship* führt in ihrem erweiterten Kontext zu einer Produktion und Weitergabe von migrantischem Wissen. Diese Wissensproduktion umfasst sowohl den Austausch von alltäglichen Diskriminierungserfahrungen als auch strategische Vorgehensweisen im Kampf gegen Rassismus und für eine inklusive Gesellschaft. Die Wissensproduktion und -weitergabe ist nicht auf den formalen Bildungskontext beschränkt, sondern wird vor allem durch die Selbstorganisation ermöglicht. Das Wissen wird dementsprechend von Personen mit Migrationsgeschichte durch den Austausch von alltäglichen Erfahrungen selbst produziert (vgl. Westermann/Erdur 2020: 4). Solche Wissensformen sind dabei oft mit der Bewältigung von Ungleichheiten und der Schaffung inklusiver Gesellschaften verbunden (vgl. ebd.: 6).

Im Rahmen der *Semra-Ertan-Initiative* erfolgt die Wissensproduktion und -weitergabe durch den Austausch von Erfahrungen und Strategien zur Sichtbarmachung migrantischer Narrative, beispielsweise bei rituellen Gedenkfeiern oder im Netzwerk der „Bundesweiten Betroffenen von rechtsextremer Gewalt". Diese Plattformen ermöglichen es,

migrantisches Wissen zu teilen und zu erweitern (vgl. Interview C, und Beobachtungsprotokoll SE-Gedenkfeier).
Darüber hinaus lässt sich eine Produktion von migrantischem Wissen im transnationalen Dialog und durch den Austausch von lokalem Wissen erkennen (vgl. Westermann/Erdur 2020: 27). Bei der Veranstaltung „Transatlantischer Austausch marginalisierter Narrative" im *St. Pauli-Archiv* wurden Semra Ertan sowie die Arbeit der Initiative einem Austauschkollektiv aus Deutschland und Mississippi (USA) vorgestellt. Die Teilnehmenden tauschten auf dieser Basis ihre Alltagserfahrungen mit rassistischer Diskriminierung aus und diskutierten über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Akzeptanz und Entwicklung migrantischer *Erinnerungskultur* in öffentlichen, institutionalisierten Kontexten wie Museen oder öffentlichen Debatten. Die *Semra-Ertan-Initiative* diente dabei als Grundlage für den Austausch und die Entstehung von migrantischem Wissen, indem sie den Austausch von Erfahrungen, Ideen und Ressourcen über geografische Grenzen hinweg ermöglichte (vgl. Beobachtungsprotokoll Transatlantischer Austausch).

Auch innerhalb des *Köfte Kosher*-Projekts lässt sich eine Form der migrantischen Wissensproduktion beobachten. Hier setzten sich für die Schaffung des Gedenkpavillons mehrere Jugendliche mit der Geschichte verschiedener Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland auseinander und setzten diese in Bezug zu ihren eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung und Alltagsrassismus (vgl. Interview E). Die Initiatorin des Projekts unterstreicht dabei den Mehrwert dieser migrantischen Wissensproduktion: „*Ich finde es immer sinnvoll, mit Jugendlichen zu arbeiten in unserem Zusammenhang, weil das halt noch mal einen anderen Input gibt. Also um auch irgendwie Horizonte zu öffnen.*" (vgl. Interview E)

Gleichzeitig berichtet die künstlerische Aktivistin über Formen der Weitergabe von migrantischem Wissen, welche durch die Auseinandersetzung nicht-migrantischer Personen mit der Thematik innerhalb des schulischen Projekts gefördert wurde. Sie berichtet diesbezüglich von einem Teilnehmenden ohne erkenntliche Migrationsgeschichte: „*Da war einer dabei, von dem ich mich sehr gewundert habe, dass er überhaupt mit zur Bühne gekommen ist, denn er war eher ein bisschen*

störrisch im ganzen Projekt und hat immer rumgealbert. […] Er hat das Mikrofon genommen und hat gesagt, dass ihn dieses Projekt wahnsinnig berührt hätte, weil er zum ersten Mal drüber nachgedacht hat, was Diskriminierung bedeutet und wie sich das anfühlt. Und ich habe fast geheult. Das ist halt etwas, was mir viel mehr gibt als alles andere – das sind ganz kleine Sachen." (vgl. Interview E).

Das dialogische Sensibilisieren stellt für E. den Antrieb für ihre selbstermächtigte Erinnerungsarbeit dar:

„Wir wollen, dass die Leute sensibilisiert werden. Die Betroffenen wissen ja, wie es ist. Aber dass es Leute, die nicht betroffen sind, verstehen und in den Dialog gehen mit Betroffenen und sich dann bewusst werden und auch die Zukunft in die Hand nehmen wollen. Ja, das ist es, was wir brauchen."
(Interview E).

Nach Engler (2013) kann diese Sensibilisierungsarbeit als Kernthema der *memory citizenship* begriffen werden: *„Im Mittelpunkt des postkolonialen Aktivismus steht nicht nur das ‚richtige Erinnern' an die Vergangenheit, sondern auch die Auswirkungen, die diese Vergangenheit und ihre kritische Auseinandersetzung mit ihr für die Gegenwart und die Zukunft einer von Migrationsprozessen geprägten Gesellschaft haben können.*" (Engler 2013: 53, übersetzt).

E. dialogische Arbeit findet vielfältige Anwendung im (Jugend-) Bildungsbereich: Sie führt Touren mit Studierenden der *Universität Bremen* zu migrantischen Gedenkorten im öffentlichen Raum durch.

Abb. 31 Kunst der Schüler:innen bei der SE-Gedenkfeier 2024. (Eigene Aufnahme, 2024)
Abb. 32 Transparente bei der SE-Gedenkfeier 2024 im Kölibri. (Eigene Aufnahme , 2024)

Abb. 31

UNHEIMLICH
GLÜCKLICH
Wenn sie sagt sie sei
Unheimlich glücklich Heißt
das daß sie Heimlich unglücklich
ist wenn sie sagt sie sei unheimlich
MEIN NAME ist AUSLÄNDER
WENN DIR DIE AR
NICHT GEFÄLLT, GE
IN DEINE HEIM
SAGEN SIE. SE
die Traumbilder
von den Wimpern
den Namen von
der Seele

Abb. 32

Zudem veranstaltet sie Workshops mit Polizist:innen am *Marwa-El-Sherbini-Platz*, um diese für migrantische Narrative und Erfahrungen rassistischer Gewalt zu sensibilisieren (vgl. Interview E). In Zu-sammenarbeit mit dem *Lidice Haus* und dem Förderprogramm *Demokratie Leben* wurde ein Methodenhandbuch für den Gedenkpavillon veröffentlicht. Dieses kann in schulischen, wie non-formalen Projekten von Lehrkräften und Bildungsbeauftragten eingesetzt werden (vgl. ebd.). Auch die Arbeit der *Semra-Ertan-Initiative* zeigt Überschneidungen mit dem schulischen Bildungsbereich. Für die Gedenkfeier 2024 setzte sich eine Klasse der der Stadtteilschule am Hafen im Vorfeld mit Semra Ertans Geschichte auseinander. Ihre Erkenntnisse wurden in Form selbstreflektierender Kunstwerke am Tag der Gedenkfeier ausgestellt (vgl. Abb. 31 und 32). Diese Einbindung postkolonialer Akte der *memory citizenship* in den schulischen Bildungsbereich stellt für Engler (2013) ein häufig zu beobachtendes Phänomen dar (vgl. ebd.: 53).

Darüber hinaus wird im Zuge der *memory citizenship*-Praxis strategisches Erfahrungswissen aus dem Projekt *Köfte Kosher* in verschiedenen Kontexten weitergegeben. E. spricht über das Projekt und die Umsetzung der Platzneubenennung in verschiedenen Formaten. Im akademischen Bereich vermittelt sie transnational Wissen, beispielsweise an der Universität von San Francisco oder im Rahmen eines Dialogprojekts pluralistischer Gesellschaften in Tel Aviv (vgl. Interview E). Sie betont, dass die Platzneubenennung hierbei als Teil der Erzählung dient und eine Strategie für ähnliche Projekte und Initiativen sein kann:

„Wir sind ein Projekt, das etwas ausgelöst und bewirkt hat, was nachhaltig wirkt. Teil des Prozesses, des Wachstums, dieser Geschichte ist die Platzbenennung. Das gibt natürlich wahnsinnig viel Motivation an andere Projekte und Initiativen, dass so was überhaupt möglich ist.“ (Interview E).

Kontinuität der migrantischen Gedenkarbeit - *memory citizenship* als Prozess

Die Art und Weise, in welcher die Aktivist:innen der *Semra-Ertan-Initiative* ihre *memory citizenship*-Praxis ausüben und wahrnehmen, deutet darauf hin, dass es sich um keine zeitlich begrenzte Arbeit handelt. Einerseits setzt sich der Prozess fort, auch wenn offizielle Anerkennungen, wie die Neubenennung eines Platzes, nicht sofort erreicht werden. Ein Mitarbeiter des *St. Pauli-Archivs* beschreibt die Weiterführung der Bemühungen: „*Wir stellen uns auch darauf ein, dass das lange dauert, weil es an anderen Plätzen auch sehr lange gebraucht hat.*" (vgl. Interview St. Pauli-Archiv). Andererseits betont C., dass „ *...vieles [..] auch nicht an diesem Platz hängen wird, sondern auch darüber hinausgehen muss*." (Interview Bilir- Meier).
Eine generelle Kontinuität der vielschichtigen Gedenkarbeit und der *memory citizenship*-Praxis lässt sich sowohl in den Aktivitäten der *Semra-Ertan-Initiative* als auch der Dialogarbeit der Initiatorin des *Köfte Kosher*-Projekt erkennen.

Es scheint, dass die selbstermächtigende Erinnerungsarbeit der Aktivist:innen nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraums wahrgenommen wird, sondern eine fortlaufende Verpflichtung darstellt, die tief in der Lebensweise und den persönlichen Beziehungen der Aktivist:innen verwurzelt ist. Für viele der Aktivist:innen ist die Arbeit dementsprechend nicht nur ein Projekt, sondern eine Lebensaufgabe und Ausdruck ihrer künstlerischen oder familiären Identität (vgl. Interview C und Interview E).

C. positioniert die *memory citizenship*-Praxis dabei innerhalb einer historischen Kontinuität:

„Es gab schon immer Vorreiter und Menschen, die gekämpft haben, die den Weg geebnet haben. [...] Es gab immer wieder migrantische, widerständige Gruppen. [...] Und

es geht eigentlich nicht darum zu sagen, wie toll wir sind, sondern auch: Was machen wir heute und warum können wir das machen? Weil wir auf diesen Giganten oder diesen gigantischen Legenden stehen."

(Interview C).

Mit dieser Aussage unterstreicht sie, dass die heutige migrantische Erinnerungsarbeit der *Semra-Ertan-Initiative* auf den Errungenschaften und dem Widerstand früherer Generationen und ihrer *migrant archives* aufbaut, die seit den 1960er und 1970er Jahren aktiv waren (vgl. ebd., und Rothberg/Yildiz 2011: 34)

E. erzählt, dass Projekte wie das *Köfte Kosher* kontinuierlich weiterentwickelt werden müssen: „*Das ist ein Projekt mit Zukunftspotenzial. […] In jedem Workshop, merke ich, okay, eigentlich müssten wir jetzt anstatt einer Stunde irgendwie drei Tage miteinander sitzen, um zu suchen, nachzudenken, uns auszutauschen und Werte zu besprechen.*" (Interview E). Ebenso konstatiert sie, dass die Formate der migrantischen Gedenkarbeit dabei ständig neu gedacht und angepasst werden müssen, um in wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen insbesondere Jugendliche zu erreichen (vgl. ebd.).
Insgesamt zeigt sich, dass die postkolonialen Aktivist:innen ihre memory-citizenship Praxis und die darum gewebte vielschichtige Erinnerungsarbeit als kontinuierlichen Prozess ausüben und wahrnehmen.

5.1.3 Herausforderungen bei der Ausübung von Akten der *memory citizenship*

Im Folgenden sollen wahrgenommene Problematiken und Herausforderungen beleuchtet werden, die im Kontext der Ausübung von *memory citizenship*-Praxis zur Neubenennung von urbanen Plätzen durch die Aktivist:innen wahrgenommen und kommuniziert wurden.

Migrantische Stimmen und advokatorische Interessenvermittlung

Im Kontext der *memory citizenship*-Praxis der Platzneubenennung kommen weder Semra Ertan noch Marwa El-Sherbini persönlich zu Wort. Stattdessen werden ihre Stimmen und Schicksale durch die Erzählungen externer Akteure verstärkt, die Narrative von außen formulieren. Im Folgenden soll diese advokatorische Interessenvermittlung analysiert werden:

Bei der Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* waren keine direkten Angehörigen El-Sherbinis involviert. Mehrere Versuche einer Kontaktaufnahme zum verwitweten Ehemann, der zwischenzeitlich nach Ägypten zurückgekehrt war, scheiterten. Die Initiatorin vermutet diesbezüglich, dass die traumatischen Erfahrungen im Zusammenhang mit Marwas Tod zu groß seien, um sich in das Vorhaben zu involvieren: „*Das ist ein sehr sensibles Thema. Und deswegen sollte man einfach sehr vorsichtig sein wie man damit umgeht. Man sollte Angehörige informieren, ihnen aber nicht zu nahetreten und Freiraum dafür lassen, ob sie sich beteiligen wollen.*" (Interview E). Freund:innen und Bekannte von Marwa aus Bremen waren am Tag der Einweihung anwesend und befürworteten die Umbenennung, was vom Kommunalpolitiker als Legitimation für die Initiative wahrgenommen wird (vgl. Interview K HB). Die Aktivist:innen sehen sich in diesem Zusammenhang auch als „Anwält:innen und Fürsprecher:innen" (vgl. Interview E) für betroffene Hinterbliebene.

Bei der Neubenennung des *Semra-Ertan-Platzes* sind mit der Initiatorin C. und ihrer Mutter Personen involviert, die in einem familiären Bezug

mit Semra Ertan stehen oder sie persönlich gekannt haben. Allerdings wurde die *Semra-Ertan-Initiative* erst 38 Jahre nach ihrem Tod gegründet.

Hier lässt sich vermuten, dass es aufgrund der großen Tragik des Todes einen gewissen Zeitraum und generationellen Abstand brauchte, um sich mit der Geschichte Semra Ertans zu beschäftigen und aktiv zu werden, wie es durch ihre Nichte geschehen ist, die Semra persönlich nie kennengelernt hat. Beim transatlantischen Austausch kam in diesem Zusammenhang zur Sprache, dass das Gedenken an Semra in den 1980ern mehr auf einer persönlichen, als auf einer gesellschaftlichen Ebene stattfand (vgl. Beobachtungsprotokoll Transatlantischer Austausch und Interview St. Pauli-Archiv).

Die zeitlich versetzte Fürsprache lässt sich in der Wahrnehmung von Aktivist:innen der Semra-Ertan-Initiatve außerdem durch veränderte gesellschaftliche und politische Stimmung erklären. In einem Interview wurden die 80er Jahre als „*nicht gerade besonders ausländerfreundlich*" (vgl. Interview St. Pauli-Archiv) bezeichnet, und mit einer „rassistischen Stimmung" (ebd.) in Verbindung gebracht: „*Und ich glaube generell ist die Umbenennungen von Plätzen und Straßen nach migrantischen Personen ja was relativ Neues, dass das überhaupt gedacht wird und auch gemacht wird.*" (ebd.). Daraus lässt sich ableiten, dass das gesellschaftspolitische Klima die Fürsprache und das Handeln von Personen mit Migrationsgeschichte beeinflusst bzw. erschwert.

Um vor diesem Hintergrund die Arbeit der Initiator:innen in Bezug auf die Fürsprache zu einzuordnen, ist die für die Praxis der *memory citizenship* essenzielle Selbstermächtigung ein Schlüsselwort. Denn die Initiativen nehmen Marwa und Semra in ihrer Einforderung der *memory citizenship* als narrativstützende Akteurinnen auf, um für aktuelle gesellschaftliche Anliegen und Bedürfnisse zu kämpfen, welche sie selbst unmittelbar betreffen (vgl. Engler 2013: 52-53 und Handro 2015: 28).

Die Fürsprache der Aktivist:innen ist aus ihrer eigenen Sicht jedoch anders zu bewerten, als die der kommunalpolitischen Vertreter:innen.

E. argumentiert diesbezüglich gegen eine Vermischung parteipolitischer Interessen mit den Belangen der Aktivist:innen, und benennt damit das Spannungsfeld zwischen authentischer Repräsentation und Verzerrung und Instrumentalisierung der Betroffeneninteressen (vgl. von Winter/Willems 1997: 25). Obwohl sie zunächst für die Neubenennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* eine Kooperation mit der Kommunalpolitik einging, erzählt sie von einer anschließenden Distanzierung, die ihr die Wichtigkeit der Unabhängigkeit von aktivistischer Arbeit einmal mehr verdeutlichte (vgl. Interview E). Für sie sei der *Marwa-El-Sherbini-Platz* und insbesondere der jährliche *Yortsayt*-Gedenktag „ ... *nicht einfach irgendein Modellprojekt, wo Leute sich damit profilieren können, sondern etwas, das für uns wichtig ist, für Menschen, die Diskriminierungen erfahren. Wir von der aktivistischen Seite wollen keine Parteiveranstaltung draus machen. Und jedes Jahr kämpfen wir dagegen, dass [...] Politiker:innen auf der Bühne stehen und uns zutexten. Also weil es halt ein Ort ist von Betroffenen und Menschen, die täglich diskriminiert worden sind oder werden und nicht an einen Ort, an dem Leute ihre ihre politische Karriere aufbauen*." (Interview E).

Für sie sei es essentiell betroffenen Erinnerungsgemeinschaften im Sinne der *memory citizenship* eine authentische Stimme zu geben und die Gefahr der politischen Instrumentalisierung zu minimieren. Außerdem argumentiert sie, dass beispielsweise Parteien wie SPD und Grüne „auf den Aktivismuszug aufspringen" (vgl. ebd.) und Politiker:innen sich schnell als Aktivist:innen fühlen, aber „*nichts tun gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft*" (vgl. ebd.).

E. unterstreicht mit ihren Beobachtungen den Selbstermächtigungsaspekt in Akten der *memory citizenship* und steckt damit gleichsam die Grenzen des postkolonialen Aktivismus ab. Zwar kann eine temporäre Kooperation mit der Kommunalpolitik postkoloniale Ziele der Sichtbarkeit migrantischer Narrative im öffentlichen Raum durch Straßenschilder sowie der Anerkennung innerhalb der formalen Bedeutungsproduktion der Stadt fördern. Diese temporäre Zusammenarbeit birgt jedoch im weiteren Verlauf die Gefahr einer parteipolitischen Instrumentalisierung, die dazu führen kann, dass migrantische Personen nicht mit eigener Stimme sprechen können. Insbesondere im Kontext

postkolonialer Akte wie der *memory citizenship* ist dies jedoch essentiell, da das Problem vieler Diskussionen über Themen der Migration darin besteht, „*dass Migrant:innen selbst darin nicht als eigenständige Akteur:innen mit eigener Stimme, sondern primär als Opfer bzw. passive Subjekte in den Blick kommen, denen wir etwas schulden*" (Celikates 2016: 241).

An diesem Beispiel könnte auch die Abhängigkeit von einem nationalstaatlichen Kontext der *memory citizenship*-Praxis, welcher durch die Benennung von öffentlichen Straßenschildern gegeben ist und durch die Zusammenarbeit mit kommunaler Parteipolitik sichtbarer wird, kritisiert werden. Für die postkolonialen Aktivist:innen scheint es von zentraler Bedeutung, in ihrer Erinnerungsarbeit trotz der Einhegung ihrer aktivistischen Tätigkeiten in eine Nationalstaatlichkeit, Unabhängigkeit zu wahren:

„Uns geht es aber darum, dass betroffene Menschen für sich selbst sprechen. Und das ist, warum es wichtig ist, dass Initiativen auch unabhängig sind von politischen Parteien." (Interview E).

In der Wahrnehmung der Aktivist:innen beider Fallstudien erfahren die Akte der *memory citizenship* vermehrt Unterstützung und Solidarität. Trotzdem berichten sie von verdeckten rassistischen Denkstrukturen und teils offen kommunizierten Rassismus externer Akteur:innen, die sich gegen eine migrantische Platzneubenennung stellen.

Die *Semra-Ertan-Initiative* betrachtet diesbezüglich die Hauptargumente des City-Ausschusses Hamburg Mitte für die Ablehnung ihrer Forderungen als vorgeschoben. Sie kritisiert insbesondere, dass der Ausschuss den Fokus in seinem Abschlussstatement auf Semra Ertans Suizid legte und die Befürchtung äußerte, eine Ehrung ihrer Person könne Nachahmer:innen produzieren (vgl. Interview St. Pauli-Archiv und Interview C). Die Argumentation sei „scheinheilig" und unbegründet: „*Da wird eine Moral irgendwie nach vorne gepusht, die eigentlich nicht erfüllt ist. Also weil es dafür keine Belege gibt, dass Menschen sich wirklich aufgefordert fühlen, sich umzubringen, nur weil sich da eine Person an dem Platz oder in der Nähe mal umgebracht hat. Da haben die uns ja auch letztendlich überhaupt nichts an großen Theorien hier vorlegen können. Das war alles so diffus.*" (Interview St. Pauli-Archiv).

Die Aktivist:innen verweisen dafür auf Gegenbeispiele von urbanen Räumen, wie das *May-Ayim-Ufer*[25] in Berlin, welche nach Personen benannt sind, die Suizid begangen haben und nicht zu Nachahmungen geführt habe. Sie kritisieren, dass der Ausschuss sich nicht auf ihre Gegenargumentation eingelassen habe: „*Genau dieses Nachahmungsargument war wirklich das Größte, was CDU und SPD und die FDP im Endeffekt auch vorangeschoben haben. Und dass andere Straßen, die eben noch nach Kolonialherren benannt sind, auch nicht dazu führen würden, dass Leute das Nachahmen, da haben sie [der City Ausschuss] sich nicht drauf eingelassen*" (Interview St. Pauli-Archiv).

Hinter den Ablehnungsbegründung der Gegnerfraktionen vermutet die

25 Die afrodeutsche Dichterin und Aktivistin May Amin beging 1996 aufgrund der psychischen Folgen ihres Kampfes gegen Rassismus und der Diagnose einer unheilbaren Krankheit in Berlin Selbstmord (vgl. Mertins 1997).

Semra-Ertan-Initiative verdeckte rassistische Einstellungen, welche die Ehrung einer Frau mit Migrationgeschichte im öffentlichen Raum und ihre Aufnahme in die formale Bedeutungsproduktion der Stadt verhindern:

„Ich würde schon so weit gehen zu sagen, dass es so rassistische Abwehrmechanismen gibt, welche migrantisierte Repräsentanz in der Stadt, also in so einem manifestierten Rahmen erfährt. Offen argumentiert wird dann immer mit anderen Dingen, wie beispielsweise, dass die Anwohner:innen Widerstand leisten würden und dass keine neue Verwaltungsakte gewollt sind … das wird bei anderen Platzbenennungen gesagt." (Interview St. Pauli-Archiv).

Die Aktivist:innen berichten ebenso von einem eher zurückhaltenden Umgang innerhalb der Diskussionen über die Neubenennung seitens einiger Kommunalpolitiker:innen: „*Es hatte sicherlich auch damit zu tun, dass sie sich da nicht mit befassen wollten oder nicht so ganz sicher waren, welche Meinung sie eigentlich vertreten wollen.*" (ebd.). Aus dieser Wahrnehmung heraus, lässt sich also die Vermutung aufstellen, dass die Ehrung von Personen mit Migrationsgeschichte im parteipolitischen Kontext als sensibles Thema wahrgenommen wird. In einem zunehmend migrationsfeindlichen Klima [→ S. 13] scheinen dabei einige Parteien das Thema im Kampf um Wähler:innenstimmen zu meiden oder keine klare Position zu beziehen. Aus Sicht der Aktivist:innen wird die Toleranz einiger kommunalpolitischer Fraktionen gegenüber ihrem Akt der *memory citizenship* als begrenzt und eher in einem inoffiziellen Rahmen verortet wahrgenommen: „*Solange es sich um ein kleines, inoffizielles Gedenken handelt, wird es eher akzeptiert. Solange wir den*

Parteien keine weiteren Forderungen stellen. Wenn wir jedoch weiterhin den Platz offiziell benennen wollen, wird es, denke ich, wieder sehr haarig." (Interview St. Pauli-Archiv).

Im Kontext des *Marwa-El-Sherbini-Platz* werden von aktivistischer Seite sogar offene kommunizierte Rassismen im Rahmen der Platzneubenennungsdiskussionen wahrgenommen. Obwohl die Nachbar:innenschaft des *Bremer Viertel*s mehrheitlich als solidarisch und unterstützend betrachtet wird, formierte sich eine kleine, aber lautstarke Opposition gegen die Ehrung von Marwa El-Sherbini (vgl. Interview E und Interview K HB): „*Wir hatten bei uns im Stadtteil so eine Art kleine populistische, männliche Rentnerbewegung. Die haben dann auch eine Wählerinitiative gebildet*." (Interview K HB). Nach der bereits abgesegneten Neubenennung des Platzes habe diese auf einer öffentlichen Sitzung des Bauausschusses, „*… ziemlich laut Fragen gestellt, warum man diesen Platz überhaupt benennen muss … warum es eine Kopftuchfrau sei, also tatsächlich auch mit solchen Wortwahlen ‚Warum man denn eine Muslima? Und überhaupt, die habe ja gar keinen Bremenbezug'.*" (ebd.).

Dieser offene Rassismus der Bürger:inneninitiative übertrug sich laut den Initiator:innen auch auf die Diskussionen über jährliche *Yortsayt*-Gedenkveranstaltungen, die sich zum damaligen Zeitpunkt in Planung befunden hatten. Hier führte die Bürgerinitiative in der Wahrnehmung der Initiator:innen Scheinargumente wegen angeblicher Lärmbelästigung vor Ort an, um ein weiteres Gedenken für migrantische Personen zu verhindern: „*Also wie albern dieses Argument ist! Ich sage Ihnen einmal, was das für ein Platz ist. Das ist der Einzugsbereich einer Straße, in der ungefähr zwölf Kneipen liegen und einer anderen Straße, in der weitere sechs Kneipen liegen. Es ist völlig absurd gewesen zu sagen, dass jetzt durch diesen Gedenkort zusätzlicher Lärm, ein zusätzliches Publikum an diesen Ort entsteht, an dem sich jeden Abend im Sommer hunderte von Menschen draußen in so Biergarten-Settings befinden.*" (Interview K HB).

Die künstlerische Aktivistin E. sieht zudem in der Argumentation der Bürgerinitiative intersektionale Diskriminierung. Sie betont, dass die

Ablehnung nicht allein auf rassistischen Motiven beruht, sondern auch von frauenfeindlichen Einstellungen geprägt ist. E. erklärt:

„Ich will mich nicht hinstellen und sagen, das sind Rassisten, weil mir das zu billig ist. Was mich am meisten daran gestört hat, war diese Misogynie, dieser Frauenhass, der damit reinkommt. Es ist eine hierarchische Angelegenheit, die gekoppelt ist an ganz viele Diskriminierungsformen."
(Interview E).

Diese Überzeugung vertritt sie vor allem aufgrund der Tatsache, dass die Bürger:inneninitiative vorschlug, den Platz stattdessen nach einem Mann, Rudi Dutschke, zu benennen. E. sieht darin eine Verwebung verschiedener diskriminierender Denkstrukturen: „*Es sind Dinge in deren Gehirnstrukturen, die nicht anerkennen wollen, dass sich die Gesellschaft geändert hat. Und dass halt diese chauvinistische alte Männer-Zeit vorbei ist*." (Interview E).

Das Vorgehen der Bürgerinitiative verdeutlicht die Vielschichtigkeit der Diskriminierung, die sich gegen die Ehrung von Marwa El-Sherbini als muslimische Frau mit Migrationsgeschichte richtet. Sie wird von der Bürgerinitiative gleichzeitig aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion sowie ihres ethnischen Hintergrundes diskriminiert. Das Beispiel weist auf die Notwendigkeit hin, bei der Bekämpfung von Vorurteilen und Exklusion im öffentlichen Raum innerhalb einer dekolonialistischen Perspektive einen intersektionalen Ansatz zu verfolgen, der die Verflechtung verschiedener Diskriminierungsformen berücksichtigt (vgl. Ha 2017: 84). Da diese Thesis einen Fokus auf migrantische Perspektiven legt, wird auf für die Überwindung verschiedener Unterdrückungsformen notwendige Intersektionalität hier nicht weiter eingegangen.

Nach Jenny Engler (2013) könnte argumentiert werden, dass die wahrgenommen, angeführten Beispiele tiefsitzende gesellschaftliche Spannungen bezüglich der Repräsentation migrantischer *Erinnerungskultur* und somit der *memory citizenship* offenbaren. Die Argumentationen einiger Kommunalpolitiker:innen gegen die Forderungen der *Semra-Ertan-Initiative* sowie die offen rassistischen Äußerungen der Bürgerinitiative gegen den *Marwa-El-Sherbini-Platz* lassen diesbezüglich auf persistente binäre Zugehörigkeitslogiken des deutschen Erinnerungsbewusstseins schließen, die eine klare Trennung zwischen einem vermeintlichen „Wir" und „Fremden" vornimmt (vgl. Engler 2013: 50 und Rothberg/Yildiz 2011: 36). Diese Dichotomie manifestiert sich sowohl in subtilen, verschlüsselten Argumentationsmustern einzelner Kommunalpolitiker:innen als auch in den explizit migrationsfeindlichen Äußerungen der Bürgerinitiative. In beiden Fällen könnte daher auch vermutet werden, dass migrantische Personen implizit oder explizit nicht als integraler Bestandteil der Gesellschaft und der sozialen Organisation der Stadt betrachtet werden (vgl. ebd.: 54). In diesem Gedankengut werden migrantische Personen de facto aus der formalen Bedeutungsproduktion der Stadt ausgeschlossen (vgl. Jethro 2022: 150). Ihnen wird das Recht abgesprochen, die etablierte *Erinnerungskultur* mitzugestalten oder ihre eigenen Perspektiven einzubringen (vgl. Errl 2018: 130 und Engler 2013: 42).

Die oben genannten Beispiele verdeutlichen, wie tief verwurzelte Vorstellungen von Zugehörigkeit und Fremdheit die öffentliche Debatte um Repräsentation und Gedenken prägen (vgl. Engler 2013: 52). Sie zeigen, dass trotz offizieller Bekenntnisse zu Vielfalt und Integration in der Stadtgesellschaft [→ S. 20], Widerstände gegen eine inklusive *Erinnerungskultur* bestehen, welche die Erfahrungen und Beiträge von Menschen mit Migrationsgeschichte angemessen würdigt und in das *kollektive Gedächtnis* der Stadt einbezieht. Gleichzeitig zeigt die aktivistische Wahrnehmung im Kontext des *Marwa-El-Sherbini-Platzes*, dass migrantische Erinnerungspraktiken wie die *memory citizenship* nicht losgelöst von anderen Perspektiven der Marginalisierung und Diskriminierung betrachtet werden kann. Dies unterstreicht die Komplexität und Vielschichtigkeit von *Erinnerungskultur* und Identitätspolitik in diversen Gesellschaften (vgl. Scholz 2020: 592).

5.2 BEWERTUNG AUF KOMMUNAL-POLITISCHER EBENE

Welchen Umgang erfährt die memory citizenship-Praxis der Aktivist:innen hinsichtlich der Neubenennung von urbanen Plätzen nach migrantischen Personen in kommunalpolitischen Entscheidungsgremien?

Für die Bewertung der *memory citizenship*-Praxis und den Forderungen nach einer Platzneubenennung durch kommunalpolitische Gremien müssen die unterschiedlichen Ausgangssituationen der beiden Case-Studies beachtet werden: Während den Forderungen zur Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* schlussendlich einstimmig zugestimmt wurde, wurde das Anliegen der Semra-Ertan-Initiative in Hamburg mehrheitlich abgelehnt. Im Folgenden wird die allgemeine Einschätzung der Neubenennung von Plätzen nach migrantischen Personen sowie die möglichen Faktoren, von denen eine kommunalpolitische Zustimmung abhängen kann, erläutert.

5.2.1 Bremen: Symbolpolitik mit Multiplikator-Effekten?

Der unterschiedliche Status einer offiziellen Legitimation beider Fallbeispiele lässt sich teilweise dadurch erklären, dass ein Kommunalpolitiker aktiv an den Neubenennungsforderungen für den *Marwa-El-Sherbini-Platz* beteiligt war und diese maßgeblich unterstützt und vorangetrieben hat. Er konstatiert: „*Beim Marwa-El-Sherbini-Platz bin ich auch ganz, ganz sicher, dass es keine Enthaltungen und keine Gegenstimmen gab. Es gab wohl in der CDU immer so ein bisschen Gezucke, aber ich hatte einen ganz guten Draht zu unseren CDU-lern und hab die überzeugt, dass es eine blöde Idee wäre, sich da auch nur zu enthalten. Also am Ende war es einstimmig.*" (Interview K HB). Diese Aussage unterstreicht die Rolle persönlicher Überzeugungsarbeit und politischer Netzwerke in der Umsetzung der postkolonialen Forderungen.

Der Politiker selbst bewertet die Praxis der *memory citizenship* als Symbolpolitik, was „nicht abwertend gemeint" (Interview K HB) sei. Er argumentiert, dass jede Generation das Recht habe, „*sich historisch in einem Stadtbild mit unserer Epoche irgendwie zu verewigen*" und dass „erinnerungskulturelle Aspekte dabei eine Rolle spielen sollten" (ebd.). Seine Befürwortung der Ehrung von Marwa El-Sherbini lässt darauf schließen, dass er in seinem Verständnis der „Generation" auch Menschen mit Migrationshintergrund einbezieht. Dieses Verständnis kann demnach als Bruch mit der dichtomen Einteilung der sozialen Organisation der Stadt in „Migrant:innen" und „Einheimische" interpretiert werden (vgl. Engler 2013: 54). Diese Haltung des Kommunalpolitikers widerspräche Englers Überzeugung, dass die Neubenennung von Straßen aufgrund einer binären, gesellschaftlichen Zugehörigkeitslogik von Entscheidungsgremien hartnäckig abgelehnt werde (vgl. ebd.).

Der Bremer Kommunalpolitiker geht zudem davon aus, „*dass diejenigen, die in irgendeiner Form an dem politischen Prozess beteiligt waren, mehr auf dieses Schicksal, auf diese grundsätzliche Problematik und auf den Gedenkort anders aufmerksam geworden sind als vorher.*" (Interview K HB). In einer von einer weißen, christlichen Mehrheit geprägten politischen Kultur Deutschlands sei dies nicht selbstverständlich (vgl. ebd.). Er postuliert, dass es zur Erkennung der grundlegenden Probleme

wichtig sei, sich „*mit einem konkreten Schicksal konfrontiert*"(ebd.) zu sehen. Dies bestätigt Englers (2013) These, dass Debatten über die Benennung des öffentlichen Raums als ein Weg gesehen werden können, um aktuelle Formen des Rassismus sowie die soziale Organisation einer Gesellschaft, die in hohem Maße durch Migration konstituiert ist, bewusst zu machen und zu problematisieren (vgl. ebd.: 53).

Hinsichtlich der Wirkung der Platzneubenennung, erklärt der Kommunalpolitiker, dass sich diese Symbolpolitik weiterträgt: „*Also man schafft über dieses Symbol, das jetzt dauerhaft da ist, Anlässe. Und diese Anlässe halten Themen in Erinnerung. Und sie erreichen Multiplikator:innen, in erster Linie. Aber auch Laufkundschaft, also Publikum, das zufällig da ist oder da anwohnend ist. Und damit hält man gewisse Erinnerungen wach. Das ist die Kunst. Und das ist alles, was man erreichen kann.*" (Interview K HB). Gleichzeitig räumt er ein, dass die Reichweite der Sichtbarkeit und eine Stärkung des Bewusstseins migrantischer Perspektiven durch Platzneubenennungen begrenzt sei: „*Man muss ja auch realistisch sein. Wenn ich jetzt 100 Bremer fragen würde ‚Kennen Sie den Marwa-El-Sherbini-Platz?', dann sagen mit Glück drei ja. Und wenn ich jetzt alle Abgeordneten in der Bürgerschaft fragen würde, sagen vielleicht von den 80 ca. 20 ja*."(ebd.).

In der Bewertung der memory-citizenship Praxis des Bremer Kommunalpolitikers zeigt sich insgesamt eine gewisse Ambivalenz: Einerseits unterstützt er die Etablierung migrantischer Perspektiven in der *Erinnerungskultur*, was im Sinne der postkolonialen Ziele der *memory citizenship* steht. Andererseits steht diese Anerkennung mit einer Reduzierung auf das Narrativ des „Schicksals" in Verbindung. Diese Vereinfachung kann zwar als Sichtbarmachung migrantischer Erfahrungen gewertet werden, läuft aber Gefahr, deren Komplexität zu unterschlagen und eine Reduktion des migrantischen Narrativs als Opfer rassistischer Gewalt zu unterstützen (vgl. McKittrick 2011: 947). Zudem wird die Praxis von ihm einerseits als Symbolpolitik bewertet, andererseits geht sie teils darüber hinaus und hat Effekte auf ein Laufpublikum, was ein Bewusstsein über die Erinnerungen oder Auseinandersetzung damit schaffen kann.

5.2.2 *memory citizenship* im Spannungsfeld der kommunalen Parteipolitik in Hamburg

Die kommunalpolitische Bewertung der Forderungen der *Semra-Ertan-Initiative* erscheint aufgrund des offiziellen Ablehnungsbescheids zunächst wie eine Nichtakzeptanz migrantischer Narrative im öffentlichen Raum (vgl. Cityausschuss Ö 9.1.1 2024a). Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass diese Ablehnung auf Bezirksebene im City-Ausschuss Hamburg Mitte erfolgte. Auf Stadtteilebene erhielt das Anliegen im Beirat Wohlwillstraße hingegen mehrheitliche Unterstützung, die in Form einer Empfehlung an den City-Ausschuss weitergeleitet wurde. Auch innerhalb des City-Ausschusses offenbaren die protokollierten Diskussionen und die Einblicke der Ausschussmitglieder ein differenziertes und heterogenes Bewertungsbild.

Nachdem das Anliegen in Form der Beiratsempfehlung Wohlwillstraße am 12. September 2023 erstmals auf die Tagesordnung des City-Ausschusses gesetzt wurde, wurde die Empfehlung in dieser Sitzung sowie in den vier folgenden Sitzungen zurückgestellt und auf das nächste Treffen vertagt (vgl. Cityausschuss 2024b). Diese Vertagungen wurden zunächst einstimmig beschlossen, doch ab der dritten und vierten Vertagung sprachen sich die Fraktionen DIE LINKE und GRÜNE dagegen aus. Der von der CDU besetzte Vorsitz des Ausschusses begründete die Vertagung mit weiterem Beratungsbedarf für die Beschlussfassung. Die wiederholte Verschiebung des Themas durch einige Parteien und der Widerstand anderer deuten darauf hin, dass die Wichtigkeit und Bedeutung von migrantischer *Erinnerungskultur* von den Fraktionen unterschiedlich bewertet wird.

Hinzukommend kann angezweifelt werden, inwieweit dem von der CDU-Fraktion als Grund für die Verschiebung angeführten Beratungsbedarf tatsächlich nachgegangen wurde. Ein Ausschussmitglied gibt hierzu an: „*Die Initiative ist sehr lange von der CDU hingehalten worden. Weil eigentlich vom Ausschuss gesagt wurde, setzt euch da bitte mal zusammen und kommt zu einer Lösung. Und dann gab es seitens der CDU keine E-Mail, keine Terminvorschläge, dann wurden Termine immer wieder abgesagt. Und letztendlich war es so, dass in der abschließenden*

Beratung, ich glaube einen Tag vor der Abschlusssitzung, das CDU-Mitglied noch mal mit der Initiative gesprochen hat und dann hat die Koalition beschlossen, nein wir machen das nicht." (Interview K1 HH). Dieser Umgang wirft Fragen über die Ernsthaftigkeit des eingeforderten Beratungsbedarfs und die generelle Ernstnahme und Akzeptanz der Thematik auf, insbesondere seitens der CDU.

Innerhalb der protokollierten Diskussionen lässt sich eine ähnliche fraktionsabhängige Bewertung und Herangehensweise an die Thematik der migrantischen *Erinnerungskultur* verzeichnen. Während die Praxis von kommunalpolitischen Vertreter:innen der DIE LINKE und GRÜNE unterstützt wurde, beteuern Vertreter:innen der CDU und SPD und FDP zwar generelle Offenheit und Wichtigkeit für die Thematik, reduzieren jedoch das durch die *memory citizenship*-Praxis vermittelte Narrativ auf den Suizid Semra Ertans.

Der CDU-Vorsitz wird im öffentlichen Protokoll folgendermaßen zitiert: „*Das Wirken von Semra Ertan sei zu unterstützen, jedoch stehe ihr Suizid zu stark im Vordergrund. Dies wäre zumindest zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal für die Benennung der Wegfläche.*"(Cityausschuss 2024a. Daran anschließend äußert ein SPD-Mitglied „*...dass die Wahl und Art des Suizids viel von ihrer geleisteten Arbeit überschattet habe und damit viel negativ in Erinnerung geblieben sei.*" (ebd.). Vertreter:innen anderer Fraktionen wie DIE LINKE und GRÜNE kritisierten diese Ablehnung „auf Schärfste" (ebd.). Trotz der unterschiedlichen Meinungen wurde die „*Beiratsempfehlung mehrheitlich, gegen die Fraktion DIE LINKE und GRÜNE*" (ebd.) abgelehnt. Ein Ausschussmitglied merkt hinsichtlich der Argumentationslinien an: „*Das sind nun Themen, die nicht in der positiven DNA der CDU verankert sind. Das hat es für sie sicherlich schon schwierig gemacht, sich damit überhaupt zu befassen oder es erfassen zu wollen. Und dann war der Ausweg aus dieser Notlage eine Begründung zu finden – die Selbstmordgeschichte.*" (Interview K1 HH).

Diese Aussage wird durch die Ignoranz logischer Argumente innerhalb der Ablehnungsbegründung untermauert, die von befürwortenden Fraktionen und der *Semra-Ertan-Initiative* selbst vorgebracht wurden (vgl. Interview K1 HH, K2 HH und Interview St. Pauli-Archiv). Dazu

gehört, dass der Platz nicht nach dem Ort benannt wird, an dem sie Suizid begangen hat, und dass es andere öffentliche Plätze gibt, die nach Personen benannt sind, deren Suizid nicht zu Nachahmer:innen geführt hat [→ S. 153]. Dies könnte darauf hindeuten, dass andere Motive hinter der Ablehnungsbegründung der Fraktionen stehen könnten und zweifelt die Integrität der Begründung an. In Anlehnung an Engler (2013) kann argumentiert werden, dass die Haltung der CDU zu Migrationsthemen mit einer Vorstellung von Gesellschaft verbunden sein könnte, in der Personen mit Migrationsgeschichte nicht als Bestandteil der deutschen Gesellschaft angesehen werden und damit grundsätzlich kein Recht auf Teilhabe an der *Erinnerungskultur* haben. Dadurch wird ihre Beteiligung am öffentlich repräsentierten *kollektiven Gedächtnis* der Stadtgesellschaft ausgeschlossen (vgl. Engler 2013: 59).

Die Ausschussdiskussionen offenbaren zudem, dass politische Koalitionen auf Bezirksebene maßgeblich die Bewertung der aktivistischen Forderungen durch Fraktionsmitglieder im City-Ausschuss und letztlich die Entscheidungsfindung beeinflussten. Zum Zeitpunkt der Antragsbehandlung bestand in der *Bezirksversammlung Hamburg Mitte* dabei eine Regierungskoalition zwischen CDU, SPD und FDP. Ein Ausschussmitglied beschreibt die Auswirkungen der Koalitionsdynamik wie folgt:

„Die CDU fokussierte die Ablehnungsbegründung ausschließlich auf die Tat, auf diesen Suizid. Die FDP hat sich ein wenig angeschlossen und die SPD war unsicher: ‚Was sagen wir jetzt dazu?' Sie hat sich hin und her gewunden. Letztendlich war die Entscheidung gegen die Genehmigung eine Frage der Koalitionsdisziplin."

(Interview K1 HH).

Das Ausschussmitglied sieht daher in einer veränderten Koalitionszusammensetzung der *Bezirksversammlung Hamburg Mitte* eine realistische Chance für eine Mehrheit zugunsten der Ernennung eines *Semra-Ertan-Platzes* bei erneuter Antragstellung. Auch die *Semra-Ertan-Initiative* betrachtet die Akzeptanz ihrer Forderungen als koalitionspolitisches Machtthema und hofft auf eine veränderte Besetzung der Bezirksversammlung in Hamburg-Mitte nach den Neuwahlen im Mai 2024 (vgl. Interview St. Pauli-Archiv).

Die Debatte um die Sichtbarkeit migrantischer Geschichten im öffentlichen Raum spiegelt in diesem Fallbeispiel nicht nur Wahlverhältnisse und politische Machtkämpfe wider, sondern berührt auch grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Integration und Repräsentation (vgl. Engler 2013: 42). Die *memory citizenship*-Initiative für Semra Ertan stellt in diesem Kontext ein Kommunalpolitikum dar, an dem einerseits unterschiedliche Parteiideologien und Werte verhandelt und andererseits Koalitionsabhängigkeiten ausgespielt werden. In diesem Beispiel vermied die SPD dabei über längere Zeit eine klare Positionierung. Diese Zurückhaltung könnte als Versuch interpretiert werden, potenzielle Wähler:innengruppen nicht zu verprellen und gleichzeitig Koalitionsoptionen offenzuhalten. Die Auseinandersetzung um die Benennung öffentlicher Räume könnte somit zu einem Gradmesser für die lokale Migrations- und Integrationspolitik und die Bereitschaft zur Anerkennung migrantischer Personen in der Stadtgesellschaft werden. Duane Jethro (2022) unterstreicht die politische Brisanz solcher Debatten: „*... (re-)naming is a local political issue and often leads to heated debates, with district elections being contested explicitly on the back of parties taking positions on either side of the argument [...] commemorative debates and identity politics are very much intertwined with local city politics.*"(ebd.: 149). Diese Beobachtung verdeutlicht, wie eng verwoben *Erinnerungskultur*, Identitätspolitik und lokale Stadtpolitik sind (vgl. ebd.).

Insgesamt erweist die *memory citizenship*-Praxis sich als lokalpolitisches Streitthema, wobei die Befürwortung oder Ablehnung aktivistischer Forderungen zur Umbenennung urbaner Räume stark von der Zusammensetzung politischer Koalitionen, dem zeitlichen Kontext und der Involvierung etablierter Fürsprecher:innen für Migration abhängt. Die kommunalpolitische Entscheidungsfindung und die vorherrschende Gesinnung werden maßgeblich von den Wähler:innen der jeweiligen Vertretungsbereiche beeinflusst. In der Kommunalpolitik wird die Praxis oft als symbolpolitische Maßnahme mit begrenzter Wirkung wahrgenommen, der zwar eine gewisse Berechtigung zugesprochen wird, die im Fallbeispiel jedoch mit einer Reduzierung des migrantischen Narrativs in Verbindung steht. Es lässt sich argumentieren, dass dies eher einer Anerkennung der betreffenden Personen als Opfer, „denen man etwas schuldet" (vgl. Celikates 2016: 241), gleichkommt, anstatt einer umfassenden Würdigung ihrer Menschlichkeit und ihres Beitrags zur Gesellschaft (vgl. ebd.).

Die unterschiedliche kommunalpolitische Entscheidung zwischen den Fallstudien lässt sich im Lichte von Englers These interpretieren. Nach dieser finden postkoloniale Selbstermächtigungsakte auf kommunaler Ebene nur dann Zustimmung, wenn sie die bestehende gesellschaftliche Ordnung nicht infrage stellen. Jenny Engler bezieht sich hierbei konkret auf die in der Gesellschaft verankerte binäre Einteilung in „Einheimische" und „Fremde"(vgl. Engler 2013: 54). Vor diesem Hintergrund könnte argumentiert werden, dass die narrative Darstellung von Personen mit Migrationsgeschichte als Opfer rechtsextremer Gewalt die vorherrschende gesellschaftliche Ordnung nicht stört. Denn diese Narrativreduktion präsentiert sie als passive, nicht aktiv teilnehmende Subjekte und hinterfragt somit nicht die bestehenden Machtverhältnisse oder, Identitätskategorien und Zugehörigkeitslogiken (vgl. ebd.: 55).

5.3 RESONANZ IN DER LOKALEN NACHBAR:INNEN-SCHAFT

Inwieweit hat die bisherige Praxis der memory citizenship dazu beigetragen, migrantische Geschichtserzählungen in das kollektive Gedächtnis der lokalen Nachbar:innenschaft zu integrieren und inwiefern hat sie Akzeptanz erfahren?

5.3.1 Solidarische Handlungen in der Nachbar:innenschaft

Durch ein *Hanging Around* an den Forschungsorten sowie durch Beobachtungen der aktivistischen Interviewpartner:innen wurde versucht, einen Einblick in die lokale Resonanz auf die *memory citizenship*-Praxis und die Sichtbarkeit migrantischer Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu erhalten. Dabei konnten verschiedene Ausdrucksformen der Solidarität seitens der lokalen Bevölkerung identifiziert werden. Diese reichten von expliziter Unterstützung bis hin zu subtileren Formen der Aneignung und Weitertragung der migrantischen Erinnerungsarbeit.

Im Kontext des Semra-Ertan-Platztes kann zunächst die breite Unterstützung einer Unterschriftenaktionen für die Neubenennung als Indikator für die positive Resonanz in der Nachbar:innenschaft gewertet werden (vgl. Interview St. Pauli-Archiv und Interview C). Das *St. Pauli-Archiv* berichtet zudem von einer besonderen Solidaritätsbekundung seitens Anwohner:innen und lokaler Gewerbetreibender. Diese Unterstützung manifestiert sich einerseits in verbalen Zusagen der Nachbar:innenschaft: „*Es kommt auch häufiger vor, dass einzelne Leute auch aus dem Stadtteil sagen, sie haben Lust sich zu engagieren und auch bei der Initiative mitzumachen*." (Interview St. Pauli-Archiv). Anderseits wird sie durch konkrete Handlungen sichtbar, wie die Bereitstellung von Tischen und Stühlen für die jährliche Gedenkveranstaltungen am geplanten *Semra-Ertan-Platz* durch die anliegende Bar Möwe Sturzflug (vgl. ebd.).

Bemerkenswert ist zudem die selbstständige Aneignung und Verbreitung des migrantischen Narrativs durch Teile der lokalen Gemeinschaft. Dies zeigt sich anhand der eigenständigen Überklebung des offiziellen Straßenschilds mit dem Schriftzug „Semra-Ertan-Platz", der Verbreitung von selbst gestalteten Plakaten sowie der Anbringung von Gedichten im öffentlichen Raum von St. Pauli: „*Ich habe auch schon Plakate gesehen, die nicht wir entworfen haben, die dann da hängen, oder dass Menschen Gedichte von ihr aufgehängt haben, dass also solche kleinen Sachen passieren. […] Auch in der Simon-von-Utrecht Straße, da klebte irgendwann mal so ein handgeschriebener Zettel, „Semra-Ertan-Straße" dran. Und an diesem Neubau an der Kreuzung steht immer*

noch an einem Pflasterstein ganz klein „Semra-Ertan-Platz." (Interview St. Pauli-Archiv). Diese Art von verselbständigten Aneignungspraktiken werden auch von Jenny Engler (2013) begleitend zu den Straßenumbenennungsdebatten in Berlin beobachtet. Nach ihr können diese Aneignungen als Wiederaufnahme der Diskussionen über die Sichtbarkeit von migrantischen, postkolonialen Perspektiven bewertet werden (vgl. Engler: 49).

Die Langlebigkeit von Informationsmaterialien der Initiative über Semra Ertan im öffentlichen Raum kann in diesem Zusammenhang als weiterer Indikator für die Akzeptanz in der Gemeinschaft gewertet werden:

„Und die Tatsache, dass das jetzt noch alles hängt von Ende Mai, die ganzen Laminate, die man ja wirklich mit der Wäscheklammer so abziehen könnte, die hängen alle noch, da ist wirklich erstaunlich. Also das würde ich sagen, ist wirklich Akzeptanz."
(Interview St. Pauli-Archiv).

Auch im Rahmen des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* zeigen sich ähnliche solidarische Handlungen in Form eines aktiven, zivilgesellschaftlichen Engagements in der Pflege und Erhaltung des Gedenkorts. Diesbezüglich berichtet der Bremer Kommunalpolitiker von einer ehemaligen Wirtin eines Lokals am *Marwa-El-Sherbini-Platz* und sich um die Beseitigung von selten vorkommendem Vandalismus am Gedenkpavillon kümmere: *„Wenn es da zu Schmierereien an den Acrylplatten kommt, dann sieht sie es entweder als erste, weil sie jeden Tag daran vorbeiradelt. Oder wenn ich ihr sage, da ist wieder geschmiert worden, fährt die an dem Tag noch hin und macht alles sauber. Also das ist so ein bisschen zivilgesellschaftliche Initiative, um da das Mahnmal sauber zu halten und auch sofort ein Zeichen zu setzen.*" (Interview K HB). Ebenfalls konnte

Abb. 33 Blumenbeet vor dem Köfte Kosher Pavillon. (Eigene Aufnahme, 2024)

beobachtet werden, dass Personen aus der Nachbar:innenschaft, das Beet vor dem Gedenkort bepflanzten, was auch durch eine befragte Nachbarin bestätigt wurde, die erzählte, dass sie hier regelmäßig Blumen zum Gedenken an die migrantischen Opfer des Rechtsextremismus ablege (vgl. Beobachtungsprotokoll MES-Platz und Abb. 33).

Die beobachteten Phänomene umfassen sowohl aktive Beteiligungsformen als auch passive Unterstützung. Sie zeigten, wie die Initiativen zur Sichtbarmachung migrantischer Erinnerungskultur von der lokalen Gemeinschaft in den untersuchten Gebieten nicht nur akzeptiert, sondern auch aktiv mitgestaltet und weiterentwickelt wurden. Es ist jedoch zu beachten, dass diese Ergebnisse im Kontext der spezifischen soziokulturellen Prägung der untersuchten Nachbar:innenschaften interpretiert werden müssen. Sowohl *St. Pauli* als auch das *Bremer Viertel* sind durch eine starke migrantische Präsenz und eine generell hohe Toleranz und Solidarität gekennzeichnet (vgl. Bertelsmann 2016 und Gesemann/Seidel 2021), was die positive Resonanz auf die Erinnerungsarbeit sicherlich begünstigt.

Abb. 33

5.3.2 Wirksamkeit der neuen Platzbeschilderung im Rahmen der memory citizenship

Im Rahmen dieser Arbeit wurden kurze Spontaninterviews mit Passant:innen durchgeführt, um herauszufinden, ob in der lokalen Nachbar:innenschaft ein Bewusstsein für die memory citizenship Praxis, also für die Benennung des *Marwa-El-Sherbini-Platzes* sowie die inoffizielle Benennung des *Semra-Ertan-Platzes* in *St. Pauli* besteht.

Bei den Befragungen zum *Marwa-El-Sherbini-Platz* stellte sich heraus, dass viele Personen nicht mit dem offiziellen Namen des Platzes vertraut waren. Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Befragten nicht aus der Gegend stammten. Darüber hinaus wurde die Fläche in den Aussagen der Befragten oft mit den umliegenden Bars und abendlichen Trinkgelagen assoziiert (vgl. Beobachtungsprotokoll MES-Platz). Häufig fiel zudem der vorherige, umgangssprachliche Name „Bermudadreieck" als Bezeichnung des Platzes (vgl. ebd.). Diese Beobachtungen legen nahe, dass die Etablierung neuer Namen in einem *kollektiven Gedächtnis* Zeit erfordert. Andererseits könnte auch vermutet werden, dass Bezeichnungen von öffentlichem Raum, die sich umgangssprachlich etabliert haben, eine große Wirkkraft besitzen und nur schwer zu ändern sind. Neben diesen Beobachtungen ließen die Aussagen einiger Befragter Personen trotzdem darauf schließen, dass ein Bewusstsein über die symbolische Bedeutung des Platzes vorhanden war. Die Informiertheit über die migrantischen Perspektiven war dabei meist mit der Präsenz des *Köfte Kosher*-Gedenkpavillons sowie der jährlichen *Yortsayt*-Gedenkfeier verbunden. So wurde der Platz in diesen Aussagen als Gedenkort für Opfer rechtsextremer Gewalt und zur Sensibilisierung für migrantische Schicksale wahrgenommen. Diese Wahrnehmung war demnach nicht auf die Geschichte von Marwa El-Sherbini begrenzt und rief eher Auseinandersetzung mit Rassismus und rechtsextremer Gewalt in Deutschland hervor.

Auch im Kontext des *Semra-Ertan-Platzes* wurde die Bedeutung des Platzes häufig im Zusammenhang mit *St. Pauli* als Ausgehviertel und den umliegenden Bars gesehen, was auch darauf zurückzuführen war, dass viele der befragten Personen keine direkten Anwohner:innen wa-

ren (vgl. Beobachtungsprotokoll SE-Platz). Bei den Aussagen von Anwohnenden zeigte sich jedoch, dass ein Bewusstsein für den angestrebten Namen des Platzes vorhanden war. Auffällig war dabei, dass diese Personen vor allem durch die Erinnerungsarbeit der *Semra-Ertan-Initiative* und ihrer Verbindung zum *St. Pauli-Archiv* über die Geschichte Semra Ertans und ihre Lokalisierung an diesem Ort informiert waren. Dies zeigte sich vor allem daran, dass sie fragten, seit wann das (angeeignete) Straßenschild dort hänge, da es ihnen zuvor noch nicht aufgefallen sei. Die Arbeit der Initiative zur Sichtbarmachung von Semra Ertans Geschichte wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen und mit Solidaritätsbekundungen unterstützt. Ein Interviewpartner betonte: „*Ich finde es sehr wichtig, dass Sie diese Arbeit machen und Semra Ertan so geehrt wird. Ich finde das gut und hab das von Anfang an auch gleich unterstützt*." (Beobachtungsprotokoll SE-Platz). Eine befragte Person gab zusätzlich an, die geplante Umbenennung mit einer Unterschrift unterstützt zu haben. (vgl. Beobachtungsprotokoll SE-Platz).

Die Einblicke des *Hanging Arounds* an beiden Plätzen zeigen, dass in den lokalen Nachbar:innenschaften von einem gewissen Bewusstsein für die Geschichten von Semra Ertan und Marwa El-Sherbini ausgegangen werden kann und diese erinnerungskulturellen Perspektiven positiv aufgenommen werden. Interessanterweise ist dieses Bewusstsein weniger an die symbolische Präsenz der (in)offiziellen Straßenschilder geknüpft, sondern vielmehr an die vielschichtige Erinnerungsarbeit der Aktivist:innen, die oft mit den Forderungen zur Platzumbenennung einhergeht und teils lokal mit dem jeweiligen Ort verbunden sind.

Diese Erkenntnisse werfen Fragen zur Wirksamkeit von Straßenschildern als alleiniges Mittel zur Sichtbarmachung migrantischer Narrative auf. Zwar trägt die räumliche Verortung des Gedenkens zur Sichtbarkeit bei, doch scheint eine offizielle Benennung in Form von Straßenschildern im Alltag der lokalen Gemeinschaft dafür nicht zwingend erforderlich. Stattdessen lässt sich argumentieren, dass sich im Rahmen der *memory citizenship*-Praxis alternative Formen des sichtbaren Gedenkens als wirksam erweisen: Der Gedenkpavillon und die *Yortsayt*-Veranstaltungen am *Marwa-El-Sherbini-Platz* oder die vielfältigen Aktivitäten der *Semra-Ertan-Initiative* wie das Sammeln von Unterschriften

und räumliche Aneignungspraktiken können zur Sichtbarkeit für die lokale Gemeinschaft beitragen und migrantische Erinnerungskultur an einem bestimmten Ort lokalisiert in den Stadtraum schreiben. Dies könnte prozesshaft zu einer Etablierung der jeweiligen migrantischen Narrative im lokalen *kollektiven Gedächtnis* führen.

In Anlehnung an Pierre Noras Konzept der *Gedenkorte* (lieux de mémoire) kann behauptet werden, dass in den untersuchten Fällen zwar durch die (angestrebte) Neubenennung eine physische Lokalisierung des migrantischen Gedenkens an einem bestimmten Platz erfolgt, die symbolische Überhöhung für die Nachbar:innenschaft jedoch weniger durch die Straßenschilder selbst, sondern vielmehr durch andere Formen der memory citizenship-Praxis und Gegenstände des materiellen sowie immateriellen Gedenkens der Aktivist:innen erzeugt wird (vgl. Erll 2018: 21).

6
OUTRO

6.1 Zusammenfassung und Fazit

Abschließend sollen die Teilergebnisse der drei Forschungsdimensionen im Kontext der Hauptfragestellung zusammengefasst und reflektiert werden:

Wie wird die Praxis der memory citizenship zur Neubenennung öffentlicher urbaner Räume nach migrantischen Personen konkret ausgeübt, wahrgenommen und bewertet?

Diese Diskussion zielt darauf ab, die verschiedenen Aspekte der Untersuchung zu synthetisieren und einen Einblick in die komplexen Dynamiken zu entwickeln, in welche diese Form der migrantischen Erinnerungspraxis in einer postkolonialen Gesellschaft eingebettet ist.

Vielschichtige Erinnerungsarbeit

Es lässt sich feststellen, das aktivistische Ausübung der *memory citizenship*-Praxis innerhalb der untersuchten Fallbeispiele nicht nur auf die Neubenennung von Plätzen begrenzt ist. Vielmehr sind die Forderungen nach Platzneubenennungen in eine vielschichtige Erinnerungsarbeit der Aktivist:innen eingewoben, von der sie innerhalb ihrer Handlungen und Wahrnehmungen nicht isoliert betrachtet werden können. In dieser vielschichtigen Erinnerungsarbeit werden aktivistische Ziele verfolgt, wie

- die Sichtbarmachung von und Auseinandersetzung mit migrantischen Narrativen
- das Aufzeigen und Problematisieren gesellschaftlicher Missstände
- die Förderung gesellschaftlicher Diskurse über Zugehörigkeit, Teilhabe und Identität

Für ihr spezifisches Gedenken nutzen die Aktivist:innen Formen der Erinnerungsarbeit wie die physische Aneignung von Raum durch das Platzieren von Objekten des Gedenkens, das Abhalten von festen Ritualen und non-formalen Bildungsprojekten, die Veröffentlichung von Büchern oder die Organisation von Vernetzungsaktivitäten. Produktion von wiederständigem Raum, (Erinnerungs-)gemeinschaftsbildung, Wissensproduktion und dialogische Sensibilisierung sind hierbei Resultate und Formen, in denen sich diese vielschichtige migrantische Erinnerungsarbeit ausdrückt. Die Neubenennung von öffentlichem Raum ist dabei in diese Aspekte integriert, dient als Motivation oder Unterstützung oder stellt einen Ausgangspunkt dar.

Die *memory citizenship*-Praxis zielt im Kontext der vielschichtigen Erinnerungsarbeit also neben einer äußerlichen Akzeptanz auch auf auf interne Stärkung und Vernetzung von migrantischen Communities ab. Es entstehen wachsende Erinnerungsgemeinschaften, die als Teil einer größeren migrantischen Erinnerungskultur (gegen rassistische Gewalt und Diskriminierung) fungieren und dafür sorgen können, dass insbesondere Personen mit Migrationsgeschichte Zugehörigkeit und gesellschaftliche Teilhabe erfahren.

Stellenwert offizieller Anerkennung und kontinuierlicher migrantischer Gedenkarbeit

Eine offizielle Anerkennung migrantischer Narrative durch die jeweiligen städtischen Gremien wird innerhalb der aktivistischen Gruppen als erstrebenswert angesehen. Als Teil der öffentlichen Repräsentation des kollektiven Stadtgedächtnis könnten sie migrantische Personen und ihre Geschichte als integralen Teil der postkolonialen Gesellschaft etablieren (vgl. Engler 2013: 42, 55-56).

Gleichzeitig stellt die offizielle Legitimation einer Benennung des städtischen Raums nicht den alleinigen Fokus der vielschichtigen Erinnerungsarbeit dar. Die Aktivist:innen verstehen ihre Arbeit vielmehr als einen kontinuierlichen Prozess, der durch einzelne Erfolge wie symbolische Akte der Platzneubenennungen nicht zeitlich terminiert ist. Die aktivistische, migrantische Erinnerungsarbeit wird von den postkolonialen Akteur:innen vielmehr als eine andauernder Kampf beziehungsweise Lebensaufgabe angesehen, die im Kontext historischer Kontinuität verstanden werden muss und unabhängig von offiziellen Gesten der Anerkennung ist.
Die Wichtigkeit der Kontinuität wird von der Tatsache unterstrichen, dass offizielle Zeichensetzungen des nationalen Gedächtnisses wie öffentliche Beschilderung, obwohl sie auf eine dauerhafte Präsenz ausgerichtet sind, oft nur kurz bestehen, da sie mit einem System- oder Regierungswechsel abrupt enden können (vgl. Assmann o. J: 6).

Wahrnehmung und Wirkung der *memory citizenship*-Praxis auf kommunalpolitischer Ebene

In der Kommunalpolitik wird die *memory citizenship*-Praxis in den Fallbeispielen als Symbolpolitik mit begrenzter Wirkung wahrgenommen. Diskussionen und komplexe Argumentationsmuster um die Platzneubenennungsforderungen offenbaren außerdem teils tief verwurzelte, rassistische Denkmuster, in welchen Migrant:innen innerhalb des deutschen Erinnerungsbewusstsein kein Recht zur Partizipation erhal-

ten (vgl. Rothberg/Yildiz 2011: 36). Anhand dieser ethnisch-reduzierten Vorstellung von Erinnerungskultur, zeigt sich ebenfalls wie sehr die soziale Organisation der Gesellschaft noch in einer rassischen Struktur der Dichotomie zwischen „Einheimischen" und „Zugezogenen" gedacht wird (vgl. Engler 2013: 54). Dennoch können die dadurch ausgelösten Debatten dazu beitragen, „*aktuelle Formen des Rassismus und die soziale Organisation einer durch Migration geprägten Gesellschaft bewusst zu machen und zu problematisieren.*" (vgl. Engler 2013: 53).

Wirkung und Resonanz auf der lokalen Ebene der Nachbar:innenschaft

Auf lokaler Ebene wird die Praxis der *memory citizenship* in den untersuchten Nachbar:innenschaften zumeist wahrgenommen und unterstützt. Es kann also argumentiert werden, dass sie dazu beitragen kann, migrantische Erfahrungen und Geschichten im *kollektiven Gedächtnis* der Nachbar:innenschaft zu verankern. Dabei ist ebenso zu beobachten, dass die Verankerung dieser Erinnerungen nicht zwangsläufig an offizielle Platzumbenennungen oder behördliche Genehmigungen gebunden ist. Vielmehr spielen alternative Formen der Sichtbarmachung und aktivistisches Engagement, wie Gedenkveranstaltungen, künstlerische Interventionen oder gemeinschaftliche Diskussionen eine entscheidende Rolle.

Diese Beobachtung stellt die Wirksamkeit von Straßenschildern als alleiniges Mittel zur Vermittlung bestimmter Narrative in Frage. Es scheint, dass solche offiziellen Benennungen möglicherweise nur von einem begrenzten, dem Thema zugewandten Kreis wahrgenommen und reflektiert werden können. Gleichzeitig unterstreicht dies die Bedeutung partizipativer und kreativer Ansätze für die Gestaltung einer inklusiven Erinnerungskultur, die der Realität einer postmigrantischen Gesellschaft Rechnung trägt und gleichzeitig neue Formen der Zugehörigkeit und Teilhabe ermöglicht.

Dennoch lässt sich argumentieren, dass die Praxis der *memory citizenship* und der Fokus auf einen lokalen Ort, unabhängig von offizieller Anerkennung, durch die vielschichtige aktivistische Erinnerungsarbeit das Potential besitzt, dass sich migrantische Erinnerungskultur in die urbane Erinnerungslandschaft einschreibt und an einem konkreten Ort des Gedenkens lokalisiert und sichtbar wird.

Herausforderungen und Chancen

Die Forderung nach einer öffentlichen Repräsentation von migrantischer Erinnerungskultur zeigt sich zudem als lokalpolitisches Streitthema, an dem deutlich wird, wie eng verwoben Erinnerungskultur, Identitätspolitik und lokale Stadtpolitik sind (vgl. Jethro 2022: 149). Die tatsächliche Entscheidungsfindung für die Neubenennung von öffentlichem Raum nach Migrant:innen scheint daher abhängig vom Engagement einzelner kommunalpolitischer Vertreter:innen, die sich für die Projekte einsetzen, sowie von politischen Koalitionszwängen und Machterhaltungsinteressen und damit von allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen und Zwängen (vgl. Engler 2013: 50). Der Umgang mit den Forderungen könnte in diesem Zusammenhang auch als Gradmesser für die lokale Integrations- und Migrationspolitik verstanden werden.

Dementsprechend hängt die erfolgreiche Umsetzung der aktivistischen Forderungen, wie auch von Aktivist:innen selbst wahrgenommen, auch von „glücklichen Fügungen" ab (vgl. Interview G und St. Pauli-Archiv). Dies kann eine günstige fraktionelle Machtverteilung in kommunalpolitischen Gremien oder die positive subjektive Einstellung einzelner anwesender parteipolitischer Vertreter:innen sein (vgl. ebd.). Ebenso können, wie im Falle des *C. Kemal-Altun-Platzes,* auch Momente von städtischer *uncertainity*[26] und die damit verbundene Abwesenheit öffentlicher und privater Investitionen dazu führen (vgl. Tonkiss

26 Unter uncertainty wird in diesem Kontext die allgemeine Situation einer unsicheren Stadtentwicklung verstanden, die sich hier in dem Phänomen der Brachfallung zeigt (vgl. Zeidermann et al. 2017: 283).

2013: 318), dass sich zumindest eine inoffizielle Platzneubenennung etablieren kann (vgl. Interview G). Nach der Autorin Tonkiss könnte diese aneignende Form der Platzneubenennung auch als eine *critical urban practice* in den *spatial cracks* (ebd.: 313) der Stadt verstanden werden, in der sich alternative Vorstellungen von der urbanen Gesellschaft offenbaren (ebd.: 316).

Die Case-Studies haben überdies gezeigt, dass eine Zusammenarbeit zwischen Aktivist:innen und kommunalpolitischen Vertreter:innen bei der Umsetzung migrantischer Platzbenennungen sowohl Chancen als auch Risiken birgt. Einerseits kann diese Kooperation zu einer schnelleren Realisierung solcher Forderungen führen, andererseits besteht langfristig die Gefahr einer parteipolitischen Instrumentalisierung und Vereinnahmung von migrantischen Perspektiven. Diese Problematik verdeutlicht die Grenzen aktivistischer Arbeit und unterstreicht die Bedeutung des Selbstermächtigungsaspekts bei Akten der memory citizenship. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass migrantische Perspektiven und Erinnerungen von Menschen mit Migrationsgeschichte selbst, außerhalb parteipolitischer Dynamiken, erzählt und vermittelt werden. Die durchgeführten Fallstudien zeigen, dass die Gefahr besteht, die komplexe Lebensrealität rassifizierter Körper zu reduzieren und eine Viktimisierung zu fördern (vgl. McKittrick 2011: 947). Wie Celikates (2016) betont, besteht das Risiko, dass Migrant:innen nicht als aktive, eigenständige Akteur:innen mit eigener Stimme wahrgenommen werden, sondern primär als passive Subjekte oder Opfer, „*denen wir etwas schulden*" (Celikates 2016: 241). Diese Narrativreduktion könnte in dieser Betrachtung wiederum eine Perspektivverschiebung durch Akte der *memory citizenship* einschränken, da die bestehenden Machtverhältnisse, Identitätskategorien und Zugehörigkeitslogiken nicht oder weniger infrage gestellt werden (vgl. Engler (2013): 55 und Rothberg/Yildiz (2011): 34).

Die untersuchten Beispiele der *memory citizenship*-Praxis der Neubenennungen urbaner Räume lassen sich im Kontext der Umbenennung von urbanen Straßen und Plätzen mit problematischen kolonialem Bezug durch postkoloniale, afrodeutsche Aktivist:innen wie folgt positionieren:

Duane Jethro (2022) wirft diesbezüglich die zentrale Frage auf, wie sich die zukünftigen Ansprüche auf kulturelles Erbe anderer nicht-weißer Minderheiten in einen „*black struggle for diversification and for the diversification of commemoration in the city generally*"(2022: 151) einfügen. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass sich die Ausübung der memory citizenship-Praxis in diesen „*black struggle*"(ebd.) einfügt und ebenso eine Diversifizierung und Erweiterung der urbanen Erinnerungslandschaft und der formalen Bedeutungsproduktion der Stadt durch marginalisierte Perspektiven fördert (vgl. Engler 2013: 59). In den beobachteten Diskussionen sehen sich Aktivist:innen ebenso mit binären Denkstrukturen konfrontiert, die zwischen „Einheimischen" und „Fremden" unterscheiden, sowie teilweise auch mit Einschränkungen ihrer Teilhabe am deutschen Erinnerungsbewusstsein (vgl. Engler 2013: 56, Erinnerungsparadoxon). Obwohl die untersuchten Akte der *memory citizenship* keine zentralen Debatten über die Auslöschung problematischer historischer Personen beinhalten, bergen Narrative wie die von Semra Ertan das Potenzial, historische Bezugspunkte des *kollektiven Gedächtnisses* und dominante Geschichtserzählungen zu verändern (vgl. Engler 2013: 56). Dies geschieht beispielsweise durch die Herausforderung gängiger Stereotype über Migrant:innen, insbesondere die Geschichtsschreibung über Gastarbeiter:innen (vgl. Cornelius 2006: 4).

Sowohl Neu- als auch Umbenennungen von öffentlichem Raum durch aktivistische Bestrebungen sind Teil eines intersektionalen Kampfes gegen Diskriminierung und für die Sichtbarkeit marginalisierter Lebensrealitäten. Sie unterstützen die Repräsentation marginalisierter Communities in einer postkolonialen Gesellschaft und verdeutlichen ein geteiltes Streben für Anerkennung und Gleichberechtigung.

Insgesamt erweist sich die Praxis der *memory citizenship* als bedeutsame Form für die konflikthaften Aushandlungsprozesse, wie sie in zunehmend pluralistischen Gesellschaften stattfinden müssen (vgl. Foroutan 2020: 18). Diese postkolonialen Akte können im Rahmen der Erinnerungskultur eine politische Bühne schaffen, auf der Debatten über Zugehörigkeit, Identität und Teilhabe geführt und ausgehandelt werden können (vgl. Engler 2013: 42, vgl. auch Jethro 2022: 151). Die Forderung nach Neubenennungen und die damit verbundene Sichtbarmachung eines inoffiziellen Gedächtnisses kann in der postkolonialen Gesellschaft eine kognitive Dissonanz zu den monumentalen Deklamationen und Zeichensetzungen des Staates erzeugen, die eine *„kritische Distanz zur offiziell verordneten Deutung der Gegenwart"* (Assmann o. J.: 6) ermöglicht.

In einem gesellschaftlichen Klima, das zunehmend von Migrationsfeindlichkeit geprägt ist [→ S. 13], könnten Akte der *memory citizenship* eine vermittelnde Funktion einnehmen. Indem sie repräsentative Narrative marginalisierter Gruppen in den Fokus rücken, könnten sie als Brücke zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Perspektiven dienen. Die Präsenz dieser repräsentativen Erzählungen im öffentlichen Raum sowie Formen aktivistischer Erinnerungsarbeit könnten Außenstehenden neue Sichtweisen eröffnen und somit Verständnis und Empathie fördern. Die Ausübung von Akten der *memory citizenship* bietet in diesem Sinne einen Zugang zu oft übersehenen Erfahrungen und könnte dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und den interkulturellen Dialog zu stärken.

Für diese postkoloniale Praktiken und Aktivist:innen erscheint es daher sinnvoll, bestehende nationale Erinnerungsinfrastrukturen, wie Straßenbeschilderung im öffentlichen Raum zu nutzen, um in diesem Rahmen selbstermächtigend postkoloniale Ziele zu verwirklichen. Trotz der Einhegung ihrer aktivistischen Tätigkeiten in eine Nationalstaatlichkeit, scheint es für die Aktivist:innen von zentraler Bedeutung, in ihrer Erinnerungsarbeit eine Unabhängigkeit davon zu bewahren, um mit

eigener Stimme sprechen zu können. Es erscheint zudem wichtig, dass sich das Erzählen der eigenen Geschichten und Erinnerungen auch in anderen Formen innerhalb einer vielschichtigen, kontinuierlichen Arbeit umgesetzt wird, die zur Etablierung einer Erinnerungsgemeinschaft, migrantischer Wissensproduktion und lokaler widerständen Raumproduktion führen kann.

Die Untersuchung der Ausübung, Wahrnehmung und Bewertung der Neubenennung von urbanem Raum als Form von postkolonialen *memory citizenship*-Akten, bietet Beobachtungsansätze über die Entwicklung der postkolonialen Gesellschaft. Anhand der Auseinandersetzungen, Verwirklichung und dem Erhalt wird sich zukünftig ablesen lassen, ob und in welcher Weise „*Migration eine Grundlage der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung geworden ist*" (Scholz 2020: 610).

6.2 Grenzen dieser Arbeit und Ausblick

Diese Arbeit konzentriert sich auf migrantische Personen und ihre Bestrebungen, eigene Perspektiven und Erinnerungen im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und zu repräsentieren. Obwohl sich die untersuchte Akteur:innengruppe durch ihre Position in einem gesellschaftlichen Machtgefälle und durch ihre Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung vereinen lässt, ist es wichtig zu betonen, dass Migrant:innen keine homogene Gruppe darstellen. Die Fokussierung auf diese Aspekte bildet nicht die vollständige Identität und Lebensrealität von Menschen mit Migrationsgeschichte ab (vgl. McKittrick 2011: 947).

Eine zentrale Limitation dieser Forschung liegt in der begrenzten Betrachtung der komplexen Lebensrealitäten und intersektionalen Verflechtungen einzelner Personen mit anderen marginalisierten Gruppen(kategorien). Die Vielfalt der Erfahrungen und die Überschneidungen verschiedener Diskriminierungsformen konnten im Rahmen dieser Studie nur ansatzweise thematisiert werden. Für zukünftige Forschungen bietet sich hier ein fruchtbarer Boden, um die Gestaltung des Erinnerungsbewusstseins durch marginalisierte Perspektiven tiefergehend zu untersuchen. Dabei scheint es interessant, inwiefern sich Synergieeffekte oder Dysfunktionalitäten durch die intersektionalen Verflechtungen zwischen marginalisierten Gruppen in ihren Bemühungen um Repräsentation im öffentlichen Raum entwickeln. Solche intersektionale Analysen dienen zur Dekolonisierung des urbanen Raums innerhalb postkolonialer Perspektiven und der Offenlegung komplexer Machtsymmetrien (vgl. Ha 2018: 84).

Die ausgewählten Fallstudien bieten darüber hinaus nur einen begrenzten Einblick in die Vielfalt migrantischer Narrative, die durch Erinnerungsarbeit selbstermächtigend hervorgebracht werden. Zum großen Teil thematisierten die untersuchten Narrative auf Erfahrungen von Diskriminierung und rassistischer Gewalt durch rassifizierte Körper. Für zukünftige Forschungen wäre es aufschlussreich, ein breiteres Spektrum migrantischer Erinnerungsnarrative im Kontext von Akten der *memory citizenship* zu untersuchen. Dabei könnte analysiert werden, wie diese alternativen Narrative ausgeübt, wahrgenommen und

bewertet werden, um ein umfassenderes Bild der migrantischen Erinnerungskultur und ihrer Rolle in der Gesellschaft zu gewinnen.

Die vorliegende Arbeit hat sich zudem primär auf aktuelle Beispiele von Akten der *memory citizenship* im Zusammenhang mit der Neubenennung öffentlicher Räume konzentriert. In diesem Kontext eröffnet der Fall des *C. Kemal-Altun-Platzes* eine interessante historische Perspektive. Obwohl der Platz seit 40 Jahren diesen Namen trägt und scheinbar im *kollektiven Gedächtnis* verankert ist, wird vermutet, dass viele Menschen die Geschichte Altuns und ihre postkoloniale Bedeutung nicht kennen (vgl. Interview G).

Dies wirft die Frage auf, wie sich die untersuchten aktuellen Fallbeispiele von Akten der *memory citizenship*, die in ihrer aktivistischen Arbeit über die bloße Neubenennung eines Platzes hinausgehen, langfristig auf das lokale, *kollektive Gedächtnis* und die Identitätsbildung in postkolonialen Gesellschaften auswirken. Eine vertiefte Untersuchung der langfristigen Effekte erfolgreicher *memory citizenship*-Akte auf die Konstruktion des *kollektiven Gedächtnisses*, könnte wertvolle Erkenntnisse über die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit solcher Initiativen bieten. Solch eine Analyse könnte wesentlich zum Verständnis der Dynamiken von migrantischer Erinnerungskultur und Identitätsformation in zunehmend diversen Gesellschaften beitragen.

Abschließend ist die breite Solidarität und Unterstützung der lokalen Bevölkerung für die untersuchten Fallbeispiele der *memory citizenship* in Verbindung damit zu sehen, dass sie in sehr toleranten und diversen Nachbar:innenschaften situiert sind [→ S. 103, 79]. Zukünftige Forschungen könnten sich daher auch darauf konzentrieren, wie diese Praktiken in weniger toleranten und ethnisch diversen Kommunen ausgeübt, wahrgenommen und bewertet werden, um ein breites Spektrum an Herausforderungen und aktivistischen Vorgehensweisen zu erfassen.

7 VERZEICH-NISSE

7.1 Literatur

Antidiskriminierungstelle des Bundes (2024): Diskriminierungsformen. Intersektionale Diskriminierung. Online-Link: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/ueber-diskriminierung/was-ist-diskriminierung/diskriminierungsformen/diskriminierungsformen-node.html#:~:text=Intersektionale Diskriminierung,nicht mehr voneinander zu trennen., letzter Zugriff: 22.08.2024.

Assmann, Aleida (o.J.): Soziales und kollektives Gedächtnis. Online-Link: https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Downloads/Artikel_Dokumente/Aleida_Assmann_-_Soziales_und_Kollektives_Gedaechtnis.pdf, letzter Zugriff: 27.08.2024.

Assmann, Aleida (2008): Kollektives Gedächtnis. Bundeszentralefür politische Bildung. Online-Link: https://www.bpb.de/themen/erinnerung/geschichte-und-erinnerung/39802/kollektives-gedaechtnis/, letzter Zugriff: 14.08.2024.

Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München.

Augé, Marc (2014): Nicht-Orte. 4. Auflage. München.

Azaryahu, Maoz (2009): Naming the Past. The Significance of Commemorative Street Names. In: Berg, Lawrence D./Vuolteenaho, Jani (Hg.): Critical Toponymies: the Contested Politics of Place Naming. London. S. 53–70.

Beiratsbeschlussfassung (2018): Benennung einer Fläche zwischen Humboldtstraße, Fehrfeld und Römerstraße in Marwa-El-Sherbini-Platz. Online-Link: https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/benennung-einer-flaeche-zwischen-humboldtstrasse-fehrfeld-und-roemerstrasse-in-marwa-el-sherbini-platz-118217, letzter Zugriff: 10.07.2024.

Bering, Dietz/Großsteinbeck, Klaus (2007): Die ideologische Dimension der Kölner Straßennamen von 1870 bis 1945. In: Jaworski, Rudolf/Stachel, Peter (Hg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich. Berlin. S. 311-336.

Bertelsmann Stiftung (2016): Studie über den sozialen Zusammenhalt in Bremen. Online-Link: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Sozialer_Zusammenhalt_in_Bremen_2016_01.pdf, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Bilir-Meier, Cana/Bilir-Meier, Zühal (2023): Semra Ertan. Mein Name ist Ausländer. Gedichte. 2. Auflage. Münster.

Bundesregierung (2024): Das Staatsangehörigkeitsrecht. Online-Link: https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/das-staatsangehoerigkeitsrecht-456726, letzter Zugriff: 23.06.2024.

Bundeszentrale für politische Bildung (2018): Rassismus als Kontinuitätslinie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Online-Link: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/275884/rassismus-als-kontinuitaetslinie-in-der-geschichte-der-bundesrepublik-deutschland/#footnote-target-9, letzter Zugriff: 20.08.204.

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Glossar Migration – Integration – Flucht & Asyl. Migrationshintergund. Online-Link: https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270615/migrationshintergrund/, letzter Zugriff: 20.07.2024.

Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Soziale Situation in Deutschland. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Online-Link: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund/#:~:text=Ihr Anteil an der Bevölkerung,unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund, letzter Zugriff: 08.09.2024.

Brah, Avtar: (1996): Cartographies of diaspora: contesting identities. London/New York.

Bauche, Manuela (2010): Postkolonialer Aktivismus und die Erinnerung an den deutschen Kolonialismus. Die Forderungen nach Repräsentation und sozialer Gleichstellung als zwei Pole einer Postkolonialen Bewegung. In: Phase 2. Zeitschrift gegen die Realität, 37, S. 12-15.

Blatter, Jana (2022): Die mediale Darstellung

von Täter*innen. Eine Frameanalyse mit Fokus auf ausländische Tatverdächtige. Zürcher Fachhochschule: Graduate Papers in Applied Linguistics 17. Winterthur: HAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Online-Link: https://digitalcollection.zhaw.ch/handle/11475/24887, letzter Zugriff: 02.08.2024.

Butenunbinnen (2023): Gedenken an Brechmittel-Opfer: So erinnert Bremen an Laye-Alama Condé. Online-Link: https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/brechmittel-opfer-gedenkort-bremen-viertel-100.html, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Celikates, Robin (2016): Migration. Normative und sozialtheoretische Perspektiven. In: Kreide, Regina/Niederberger, Andreas (Hg.): Internationale Politische Theorie. Stuttgart.

Cityausschuss Ö 9.1.1 (2024a): Protokoll des Ablehnungsbeschluss der QB-Wohlwillstraße Empfehlung in der Sitzung des City Ausschuss am 13.02.2024. Online-Link: https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1038017, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Cityauschuss (2024b): Übersicht der Drucksache 22-4019 Semra-Ertan-Platz. Online-Link: https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1017039, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Cornelißen, Christoph (2012): Erinnerungskulturen. Docupedia Zeitgeschichte. Online-Link: https://docupedia.de/zg/Erinnerungskulturen_Version_2.0_Christoph_Cornelißen, letzter Zugriff: 01.03.2024.

Cornelius, Christine (2006): Die massenmediale Konstruktion der „fremden" Frau. Migrantinnen im Spiegel deutscher Medien. München.

Czycholl, Claudia (2021): Bilder des Fremden: Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960-1982). Dissertation (Edition Kulturwissenschaft). Bielefeld.

Demografieportal (2019): Demografie in Bremen. Online-Link: https://www.demografie-portal.de/DE/Politik/Bremen/demografie-in-bremen.html, letzter Zugriff: 15.08.2024.

Der Standart (2009): Flüchtige."... ist für uns die Moslembrut". Online-Link: https://www.derstandard.at/story/1246542994194/-ist-fuer-uns-die-moslembrut, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Der zweite Anschlag (2024): Der Film. Protagonist*innen. Ibrahim Arslan. Online-Link: https://derzweiteanschlag.de/portfolio/ibrahim-arslan/, letzter Zugriff: 24.08.2024.

Deutscher Städtetag (2021): Straßennamen im Fokus einer veränderten Wertediskussion. Handreichung des Deutschen Städtetages zur Aufstellung eines Kriterienkataloges zur Straßenbenennung Online Link: https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Weitere-Publikationen/2021/Handreichung-Strassennamen-im-Fokus-einer-veraenderten-Wertediskussion.pdf, letzter Zugriff: 08.08.2024.

Deutscher Städtetag (2023): Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur. Positionspapier des Deutschen Städtetages. Online-Link: https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publikationen/Positionspapiere/2023/positionspapier-erinnern-ist-zukunft-2023.pdf, letzter Zugriff: 04.03.2024.

DGSA - Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit (2020): Forschungsethikkodex der DGSA. Forschungsethische Prinzipien und wissenschaftliche Standards für Forschung der Sozialen Arbeit. S.1-11. Online-Link: https://www.dgsa.de/forschungsethik/forschungsethikkodex, letzter Zugriff: 20.07.2024.

Diedrich, Oliver (2015): „Er hatte keine Chance zu überleben". NDR.de. Online-Link: https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Hamburg-1985-Skinheads-erschlagen-Ramazan-Avci,avci106.html, letzter Zugriff: 18.08.2024.

Diedrich, Oliver (2021): 2001: Der NSU ermordet Süleyman Taşköprü in Hamburg. NDR.de. Online-Link: https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/NSU-ermordet-2001-Sueleyman-Takoeprue-in-Hamburg,taskoeprue164.html, letzter Zugriff: 22.08.2024.

Diversity Arts Culture Berlin (2024): Marginalisierung. Online-Link: https://diversity-arts-culture.berlin/woerterbuch/marginalisierung, letzter Zugriff: 15.07.2024.

Duneier, Mitchell/Kasinitz, Philip/Murphy, Alexandra K. (2014): The Urban Ethnography Reader. Oxford.

DUZ (2024): Ist die Erinnerungskultur gescheitert? Online-Link: https://www.duz.de/beitrag/!/id/1628/ist-die-erinnerungskultur-gescheitert, letzter Zugriff: 07.08.2024.

Edmundts, Corinna (2024): Wo die Parteien beim Thema Migration stehen. Online-Link: https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/migration-164.html, letzter Zugriff: 02.08.2024.

Engelmann, Ines /Scheufele, Bertram (2009): Empirische Kommunikationsforschung. Konstanz.

Engler, Jenny (2013): Renaming Streets, Inverting Perspectives. Acts of Postcolonial Memory Citizenship In Berlin. In: focus on German studies, 20, S. 41-61.

Erll, Astrid (2008): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. In: Nünning, Ansgar/Nünning, Vera (Hg.): Einführung in die Kulturwissenschaften. Theoretische Grundlagen – Ansätze – Perspektiven. Stuttgart. S. 156–185.

Erll, Astrid (2018): Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. 3. Auflage. Stuttgart.

Flick, Uwe (2007): Qualitative Soziaforschung – Eine Einführung. Reinbek. S. 409-417.

Foroutan, Naika (2020): Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 70/42-44, S. 12-18.

Frauenfilmfest (2023): Fest 2023. Programm. Semra Ertan. Online-Link: https://frauenfilmfest.com/movie/semra-ertan-2/, letzter Zugriff: 15.08.2024.

Frese, Lea (2018): Was heißt es, weiß zu sein? dis:orient. Online- Link: https://www.disorient.de/magazin/was-heisst-es-weiss-zu-sein#_ftn1, letzter Zugriff: 20.07.2024.

Frese, Matthias (2012): Straßennamen als Instrument der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Fragestellungen und Diskussionspunkte. In: Matthias Frese (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster. S.9-19.

Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz, Taylan (2014): Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: (dies. Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden, S. 3–38.

Georgi, Viola B./Lücke, Martin/Meyer-Hamme, Johannes/Riem Spielhaus (2022): Geschichten im Wandel. Neue Perspektiven für die Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft. Problemaufriss und Konzeption des Bandes. Gegenwärtige gesellschaftliche Beobachtungen. In: (dies. Hg.): Geschichten im Wandel. Neue Perspektiven für die Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld, S. 11-13.

Gesemann/Seidel (2021): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Hamburg St. Pauli. Sonderbericht im Rahmen des Projekts „Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie“. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Online-Link: https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/DESI-Sonderbericht-zu-den-Erhebungen-in-Hamburg_04-03-2021.pdf, letzter Zugriff: 18.08.2024.

Glaser, Hermann (2013): Erinnerungskultur und Denkmalpflege. In: Kulturelle Bildung Online. Online-Link: https://www.kubi-online.de/artikel/erinnerungskultur-denkmalpflege, letzter Zugriff: 14.07.2024.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2006): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden.

Ha, Noa K. (2017): Zur Kolonialität des Städtischen. In: Decolonize the City!: Zur Kolonialität der Stadt. Gespräche | Aushandlungen | Perspektiven. Münster. S. 75–87.

Hajer, Marteen (1995): The Politics of Enviromental Discourse. Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford.

Halbwachs, Maurice (1967): Das kollektive Gedächtnis. Stuttgart.

Halbwachs, Maurice (1985): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Berlin.

Hamburger Abendblatt (2024): Schule Hamburg. Slomanstieg wird nach Recherchen von Schülern umbenannt. Online-Link: https://www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article242138634/Slomanstieg-wird-nach-Recherchen-von-Schuelern-umbenannt.html#:~:text=Der Slomanstieg auf der Veddel,einen Unternehmer: Robert Miles Sloman, letzter Zugriff: 18.08.2024.

Handro, Saskia (2018): Historische Orientierung gesucht! Straßennamendebatten als Forschungsgegenstand und geschichtskulturelle Praxis. In: Frese, Matthias/Weidner, Marcus (Hg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945. Paderborn. S. 253-278.

Harvey, David (2008): The Right to the City. In: New Left Review, 53, S. 23-40.

Heinrich, Anna (2021): Integration visueller und verbaler Daten. In: Heinrich et. al (Hg.): Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. Bielefeld. S. 140-45.

Heinrich Böll Stiftung (2019): Was ist Intersektionalität? Online-Link: https://www.gwiboell.de/de/2019/04/18/was-ist-intersektionalitaet-eine-definition#:~:text=, letzter Zugriff: 12.08.2024.

Heitkamp, Sven (2009): BLUTBAD IM GERICHTSSAAL. Polizei ermittelt wegen heimtückischen Mordes. In Welt. Online-Link: https://www.welt.de/vermischtes/article4051592/Polizei-ermittelt-wegen-heimtueckischen-Mordes.html, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Helfferich, Cornelia (2019): Leitfaden und Experteninterviews. In: Baur, Nina/Blasisus, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. 2. Auflage. Wiesbaden. S. 669-686.

Hildebrandt, Achim/Jäckle, Sebastian/Wolf, Frieder/Heindl, Andreas (2015): Experteninterviews. In: dies. (Hg.): Methodologie, Methoden, Forschungsdesign: Ein Lehrbuch für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft. Wiesbaden. S. 241–55.

Hilger, Janna Mareike (2023): Safe Space. Sorge und Kritik nach Michel Foucault und Eve Sedgwick. Frankfurt/New York.

Hiller, Lotte J. (2024): Schutz- und Sorgepraktiken: Wie LSBT-Organisationen in Deutschland Safer Spaces für ihre Arbeit mit queeren Asylbewerber:innen und Geflüchteten adaptieren. In: Geographica Helvetica, 79/3, S. 205-220.

Holthaus, Matthias (2019): Mobiler Denkort erinnert an Laye Condé. Weser Kurier. Online-Link: https://www.weser-kurier.de/bremen/mobiler-denkort-erinnert-an-laye-conde-doc7e410fj08hl16c9xy895, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Hopf, Christel (1978): Die Pseudo-Exploration. Überlegungen zur Technik qualifizierter Interviews in der Sozialforschung. In: Zeitschrift für Soziologie, 7/97, S.115.

Initiative Halskestrasse (2024): Aktuelles. Online-Link: https://inihalskestrasse.blackblogs.org/, letzter Zugriff: 18. 08.2024.

Isin, Engin (2008): Theorizing Acts of Citizenship. In: Isin, Engin/Nielsen, Greg (Hg.): Acts of Citizenship. London. S. 17.

Islam iQ (2020): Todestag von Marwa El-Sherbini. „Meine Schwester Marwa hatte dem Angeklagten vergeben“. Online-Link: https://www.islamiq.de/2020/07/01/meine-schwester-marwa-hatte-dem-angeklagten-vergeben/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Islamische Akademie NRE 2023 (2023): Marwa-El-Sherbini-Preis 2023. Preisverleihung gegen antimuslimischen Rassismus. Online-Link: https://www.islamische-akademie-nrw.de/marwa-el-sherbini-preis-2023-preisverleihung-gegen-antimuslimischen-rassismus/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Jethro, Duane (2022): Changing Street Names. Decolonisation and Toponymic Reinscription for Doing Diversity in Berlin. In: Macdonald, Sharon (Hg.): Doing Diversity in Museums and Heritage. A Berlin Ethnography. Bielefeld. S.137-156.

Johannstadt (2022): Oberbürgermeister eröffnet „Marwa-El-Sherbini-Park“ am Landge-

richt. Online-Link: https://www.johannstadt.de/2022/03/marwa-el-sherbini-park-am-landgericht/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Kaiser, Robert (2014): Qualitative Experteninterviews: Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung. Wiesbaden.

Klein, Nelly (2022): Straßennamen in Regensburg. Erarbeitung eines Handlungskonzepts zur Überprüfung der Regensburger Straßennamen auf koloniale, national-sozialistische und anderweitig belastende Zusammenhänge. Masterarbeit. Online-Link: https://www.regensburg.de/fm/121/handlungskonzept-strassennamen-regensburg.pdf, letzter Zugriff: 08.08.2024.

Köfte Kosher (2024a): Über uns. Online-Link: https://koefte-kosher.de/de/ueber-uns, letzter Zugriff: 14.08.2024.

Köfte Kosher (2024b): Yortsayt. Online-Link: https://koefte-kosher.de/de/yortsayt, letzter Zugriff: 10.09.2024

Köfte Kosher (2024c): Bild des Köfte Kosher-Gedenkpavillons. Online-Link:https://koefte-kosher.de/media/pages/home/4ebe9a1cce-1656485057/kk-web1.jpg, letzter Zugriff: 13.08.2024.

Körner, Reihnhard/Spies, Ulrich (1982): Zur Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 33, S. 397-407.

Krüger, Kathy (2018): Experteninterviews. In: Krüger, Kathy (Hg.): Herausforderung Fachkräfte Mangel: Erfahrungen, Diagnosen und Vorschläge für die effektive Personalrekrutierung. Wiesbaden. S. 103–106.

Kuckartz, Udo (2010): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 3. Auflage. Wiesbaden.

Kuckartz, Udo (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 3. Auflage. Weinheim/München.

Kuckartz, Udo (2018): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 4. Auflage. Weinheim/Basel.

Lefebvre, Henri (2006) [1974]: Die Produktion des Raumes. In: Dünne, Jörg/Günzel, Stephan/Doetsch, Hermann/Lüdeke, Roger: Raumtheorie. 1.Auflage. Berlin.

Lottes, Günther (2005): Erinnerungskulturen zwischen Psychologie und Kulturwissenschaft. In: Oesterle, Günter (Hg.): Erinnerung, Gedächtnis, Wissen. Studien zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung. Göttingen. S. 163-184.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main, S. 153, S. 201-5.

Löw, Martina/Sturm, Gabriele (2005): Raumsoziologie. In: Kessl et al. (Hg.): Handbuch Sozialraum. 1. Auflage. Wiesbaden.

Martins, Silke (1997): Was sollen die letzten Worte sein. Taz. Online-Link: https://taz.de/!1367194/, letzter Zugriff: 07.09.2024.

Massey, Doreen (1991): A global sense of place. In: Marxism Today, 38, S. 24-29.

Mayring, Phillipp (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Forum Qualitative Sozialforschung, 1/2. Online-Link: https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1089/2383, letzter Zugriff: 03.09.2024.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 11. Auflage. Weinheim.

McKittrick, Katherine (2011): On Plantations, Prisons, and a Black Sense of Place. In: Social & Cultural Geography, 12/8, S. 947–63.

Medienservice Sachsen (2024): Gedenktag der sächsischen Justiz anlässlich der Ermordung von Marwa El-Sherbini. Online-Link: https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1077159, letzter Zugriff: 16.08.2024.

MKEZ Dresden (2009): Presseerklärung Nr.2. Online-Link: https://mkez-dresden.de/old_page/pdf/presse_no2_deutsch.pdf, letzter Zugriff: 16.08.2024.

MKEZ Dresden (2024): Über uns. Online-Link: https://www.mkez-dresden.de/ueber-uns/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Nora, Pierre (1998): Zwischen Geschichte und Gedächtnis. Frankfurt a. M.
Nyers, Peter (2008): No One is Illegal between City and Nation. In: Isin, Engin/Nielsen, Greg (Hg.): Acts of Citizenship. London. S. 160–81.

Oltmer, Jochen (2016): Globale Migration. Geschichte und Gegenwart. 3. Auflage. München.

PfDB - Partnerschaft für Demokratie Bremen (2024a): Partnerschaft für Demokratie Bremen Mitte/Viertel/Findorff. Online-Link: https://www.partnerschaftfuerdemokratie.bremen.de/bremen-mitte-1467, letzter Zugriff: 16.08.2024.

PfDB - Partnerschaft für Demokratie Bremen (2024b): Partnerschaft für Demokratie. Online-Link: https://www.partnerschaftfuerdemokratie.bremen.de/, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Plural Publications (2024): Das Nachrichten- und Debattenmagazin IslamiQ. Online-Link: https://plural-publications.eu/das-nachrichten-und-debattenmagazin-islamiq-2/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Pöggel, Tanita Jill (2023): Der Fall Altun. Zerrieben im Streit um Asyl. Online-Link: https://taz.de/Der-Fall-Altun/!5952693/, letzter Zugriff: 13.08.2024.

Pöppinghege, Rainer (2005): Geschichte mit Füßen treten: Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland. Paderborn.

Pöppinghege, Rainer (2007): Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen. Münster.

Pöppinghege, Rainer (2012): Geschichtspolitik per Stadtplan. Kontroversen zu historisch-politischen Straßennamen. In: Frese, Matthias (Hg.): Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Münster. S. 21-40.

Prinzleve, Jonas (2024): Postkoloniale Erinnerungsorte. Das Konzept der Erinnerungsorte im Kontext des Projekts ReMapping Memories Lisboa - Hamburg. Online-Link: https://www.re-mapping.eu/de/kontexte/postkoloniale-erinnerungsorte, letzter Zugriff: 15.08.2024.
Radio Zwickau (2013): Gedenken an Marwa El-Sherbini. Online-Link: https://www.radiozwickau.de/beitrag/gedenken-an-marwa-el-sherbini-3-105538/, letzter Zugriff: 13.08.2024.

Rancière, Jaques (2006): Our police order: What can be said, seen, and done. In: Le Monde Diplomatique.

Rechte Gewalt in Hamburg (2024): Taten, Reaktionen, Gegenwehr. Rassismus in den 1980er-Jahren. Online-Link: https://rechtegewalt-hamburg.de/beitraege/rassismus-in-den-1980er-jahren/, letzter Zugriff: 22.08.2024.

Rischke, Lars (2009): Zeugin nach Streit um Schaukel im Gericht getötet. Online-Link: https://www.welt.de/vermischtes/article4037645/Zeugin-nach-Streit-um-Schaukel-im-Gericht-getoetet.html, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Rothberg, Michael/Yildiz, Yasemin (2011): Memory Citizenship: Migrant Archives of Holocaust Remembrance in Contemporary Germany. In: Spec. issue of Parallax, 17/4, S. 32–48.

Sänger, Johanna (2006): Heldenkult und Heimatliebe. Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR. Berlin.

Schlehe, Judith (2020): Qualitative ethnographische Interviews. In: Beer, Bettina/König, Anika (Hg.): Methoden ethnologischer Feldforschung. 3. Auflage. Berlin. S. 91-112.

Schmidt, Patrick (2004): Zwischen Medien und Topoi: „Die lieux de mémoire und die Medialität des kulturellen Gedächtnisses“. In: Erll, Astrid/Nünning, Ansgar (Hg.): Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität, Historizität, Kulturspezifität. Berlin/New York. S. 25–43.

Scholz, Stephan (2021): Denkmäler für Geflüchtete. Quellen einer postmigrantischen Erinnerungskultur. In: Zeithistorische Forschungen, 17/3, S. 592-610.

Schuer, Sigird (2018): Marwa-El-Sherbini-Platz. Fanal gegen Rassismus und Ausgrenzung. Online-Link: https://www.weser-kurier.de/bremen/fanal-gegen-rassismus-und-ausgrenzung-doc7e48ws5x93k19yr1dlc1, letzter Zugriff: 14.09.2024.

Schwanhäußer, Anja (2015): Herumhängen. Stadtforschung aus der Subkultur. In: Zeitschrift für Volkskunde, 111/1, S. 76.

Seeliger, Anja (2009): A murder that Germany ignored. In: The Guardian. Online-Link: https://www.theguardian.com/commentisfree/2009/jul/10/germany-murder-marwa-sherbini, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Semra-Ertan-Initiative (2023): Bilder des Gedenkens an Semra Ertan 2023. Online-Link: https://semraertaninitiative.wordpress.com, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Simon, David (1998): Rethinking (post)modernism, post- colonialism, and posttraditionalism: South- North perspectives. Environment and Planning. In: Society and Space, 16, S. 219–45.

Spatcheck, Christian (2018): Aufenthalts- und Lebensqualitäten in urbanen Quartieren – Sozialräumliche Einblicke in die Bremer Überseestadt und das Bremer Viertel. Sozialraum. Online-Link: https://www.sozialraum.de/aufenthalts-und-lebensqualitaeten-in-urbanen-quartieren.php, letzter Zugriff: 15.08.2024.

Speitkamp, Winfried (2016): Verlorene Ehre. Ehrungen im politischen Streit um Vergangenheit und Gegenwart. In: von Reeken, Dietmar/ Thießen, Malte (Hg.): Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen in der Moderne. Göttingen. S.311-342.

St. Pauli Archiv (2024a): Was hat eigentlich... Online-Link: https://www.st-pauli-archiv.de/was-hat-eigentlich/, letzter Zugriff: 13.08.2024.

St. Pauli Archiv (2024b): Über uns. Online-Link: https://www.st-pauli-archiv.de/ueber-uns/, letzter Zugriff: 23.08.2024.

St Pauli selber machen (2024): Wir über uns. Online-Link: https://www.st-pauli-selber-machen.de/st-pauli-selber-machen/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Statistik Bremen (2022): Bremer Ortsteilatlas. Online-Link: https://www.statistik-bremen.de/tabellen/kleinraum/ortsteilatlas/atlas.html, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Statistik Nord (2023a): Migrationshintergrund. Online-Link: https://region.statistik-nord.de/detail_compare/11/1108/4/2/1715/227681/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Statistik Nord (2023b): Ausländer:innen. Online-Link: https://region.statistik-nord.de/detail_compare/11/1108/31/2/1715/227681/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Statistik Nord (2023c): Vergleichsdaten für St. Pauli. Online-Link: https://region.statistik-nord.de/detail_compare/11/1108/4/2/1715/227681/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Stone, Deborah A. (1989). Causal Stories and the Formation of Policy Agendas. In: Political Science Quarterly, 104/2, S. 281-300.

Strauss, Anselm/ Corbin, Juliet (1996): Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim. S. 3-17.

Strübing, Jörg (2014). Grounded Theory und Theoretical Sampling. In: Baur, Nina und Blasius, Jörg (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden. S. 525–544.

Taz (2012): Einweihung Köfte Kosher. Online-Link: https://taz.de/!602434/, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Tonkiss, Fran (2013): Austerity urbanism and the makeshift city. In: City. analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, 17/3, S. 312-324.

Transparenz Hamburg (2024): Das Staatsarchiv. Online-Link: https://transparenz.hamburg.de/das-transparenzportal/staatsarchiv-796332, letzter Zugriff: 16.08.2024.

TRT Deutsch (2024): Marwa El-Sherbini: 15 Jahre später - hat sich etwas verändert? Online-Link: https://www.trtdeutsch.com/meinung/marwa-el-sherbini-15-jahre-spater-hat-sich-etwas-verandert-18179054, letzter Zugriff: 17.08.2024.

Türkmen, Ceren (2024): Heinrich Böll Stiftung. Heimatkunde. Migrationspolitisches Portal. Migration, Rassismus und rechte Bedrohung – Menschenrechte ins Zentrum rü-

cken. Online-Link: https://heimatkunde.boell.de/de/2024/03/21/migration-rassismus-und-rechte-bedrohung-menschenrechte-ins-zentrum-ruecken, letzter Zugriff: 02.08.2024.

VBRG - Verband der Beratungsstellen für Betroffene, rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (2024): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt 2023. Bilanz der Opferberatungsstellen. Online-Link: https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/, letzter Zugriff: 02.08.2024.

Viehöver, Willy (2006): Diskurse als Narrationen. In: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. 1.Auflage. Wiesbaden. S. 179-208.

Viehöver, Willy (2014): Erzählungen im Feld der Politik, Politik durch Erzählungen. Überlegungen zur Rolle der Narration in den politischen Wissenschaften. In: Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz, Taylan (Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden. S. 67.91.

von Winter, Thomas/Willems, Ullrich (1997): Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. Advokatorische Interessenvermittlung. In: (dies. Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Wiesbaden. S. 24-26.

Weger, Tobias (2015): Straßennamen. In: Scholz, Stephan/Röger, Maren/Niven, Bill (Hg.): Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Ein Handbuch der Medien und Praktiken. Paderborn. S.409-419.

Welzer, Harald (2010): Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis. Bundeszentrale für politische Bildung. Online-Link: https://www.bpb.de/themen/erinnerung/geschichte- und-erinnerung/39868/erinnerungskultur-und-zukunftsgedaechtnis/#node-content- title-4, letzter Zugriff: 01.03.2024.

Weser Kurier (2018): Gedenkort im Bremer Steintor. Marwa-El-Sherbini-Platz im Viertel eingeweiht. Online-Link: https://www.weser-kurier.de/bremen/marwa-el-sherbini-platz-im-viertel-eingeweiht-doc7e48tnxzcxhduf3yp0x, letzter Zugriff: 16.08.2024.

Westermann, Andrea/Erdur, Onur (2020): Histories of Migrant Knowledge. Transatlantic and Global Perspectives. Bulletin of the German Historical Institute. Washington.

Wolf, Thembi (2020): Menschen. Warum sich die 25-jährige Semra auf St. Pauli angezündet hat. Vice. Online-Link: https://www.vice.com/de/article/warum-sich-die-25-jaehrige-semra-ertan-angezuendet-hat/, letzter Zugriff: 24.08.2024.

Wünsch, Thomas (2013): Erinnerungskultur. Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Online-Link: https://ome-lexikon.uni- oldenburg.de/begriffe/erinnerungskultur, letzter Zugriff: 07.03.2023.

Zeiderman, Austin/Kaker, Sobia/Silver, Jonathan/Wood, Astrid (2017): Uncertainty and Urban Life. In: Public Culture, 27/2, S. 281-304.

ZeitOnline (2009a): Iran. Protest gegen Deutschland wegen Mordes an Ägypterin. Online-Link: https://www.zeit.de/online/2009/29/proteste-wegen-mord-an-aegypterin/komplettansicht, letzter Zugriff: 17.08.2024.

ZeitOnline (2009b): Mord in Dresden. Unsere Angst. Online-Link: https://www.zeit.de/2009/30/Islamophobie, letzter Zugriff: 17.08.2024.

7.2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Der Forschungsprozess: Case-Studies, Akteur:innen/Rollen und Methoden. Eigene Darstellung, 2024) ---------- 54

Abb. 2: Der Semra-Ertan-Platz in St. Pauli (Semra-Ertan-Initiative, 2023)---------- 72

Abb. 3: Lokalisierung des Semra-Ertan-Platzes in St. Pauli. (Eigene Darstellung nach Googlemaps, Semra-Ertan-Initiative, 2023 und St.Pauli-Archiv, 2024a) ---------- 73

Abb. 4: Der Semra-Ertan-Platz im August 2024. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 76

Abb. 5: Die Bar „Möwe Sturzflug“ im hinteren Bereich des Platzes. (Eigene Aufnahme) ---- 76

Abb. 6: Das inoffizielle Semra-Ertan-Platz-Schild. (Eigene Aufnahme) ----------78

Abb. 7: Biergarnituren der Möwe Sturzflug und Blick über den Platz. (Eigene Aufnahme) --- 78

Abb. 8: Portrait von Semra Ertan. (Familienarchiv Bilir-Meier in Wolf, 2020) ---------- 83

Abb. 9: Akteur:innenkonstellation der Semra-Ertan-Initiative. (Eigene Darstellung, 2024) ---------- 87

Abb. 10: Zeitstrahl der Entwicklung der Semra-Ertan-Initiative. (eigene Darstellung nach Interview C, 2024, Interview St. Pauli-Archiv, 2024 und City-Ausschuss, 2024b) ---------- 91

Abb. 11: Banner des Fanclub Ultra Sankt Pauli auf der SE-Gedenkfeier im Jahr 2023. (Semra-Ertan-Intiative, 2023) ---------- 92

Abb. 12: Demonstrationszug vom Semra-Ertan-Platz zum Arrivati-Park 2023. (Semra-Ertan-Initiative, 2023) ---------- 92

Abb. 13: Der Marwa-El-Sherbini-Platz. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 97

Abb. 14: Lokalisierung des Marwa-El-Sherbini-Platzes im Bremer Viertel. (Eigene Darstellung nach Googlemaps und eigener Aufnahme, 2024) ---------- 98

Abb. 15: Der Köfte Kosher-Gedenkpavillon am Marwa-El-Sherbini-Platz. (Köfte Kosher, 2024c) ---------- 101

Abb. 16: Bestuhlung der Bermuda Bar auf dem Platz. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 102

Abb. 17: Das offizielle Marwa-El-Sherbnini-Schild. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 102

Abb. 18: Portrait von Marwa El-Sherbini. (Private Aufnahme in Radio Zwickau, 2013) --- 106

Abb. 19: Zeitstrahl über Marwa El-Sherbini's Leben. (Eigene Darstellung nach Rischke, 2009, Medienservice Sachsen, 2024, Schade, 2009 und Interview K HB, 2024) ---------- 107

Abb. 20: Akteur:innenkonstellation zur Umsetzung des Marwa-El-Sherbini-Platzes. (Eigene Darstellung, 2024) ---------- 111

Abb. 21: Zeitstrahl zur Entstehung des Marwa-El-Sherbini-Platzes. (Eigene Darstellung nach Interview K HB, 2024, Interview E, 2024 Köfte Kosher, 2024a, taz, 2012, Weser Kurier, 2018 und Beiratsbeschlussfassung, 2018) --------- 114

Abb. 22: Einweihung des Marwa-El-Sherbini-Platzes 2018. (Scheitz, Roland nach Schuer, 2018) ---------- 114

Abb. 23: C. Kemal-Altun in Berlin. (Bruhn-Hoffmann, Elke in Pöggel, 2023) ---------- 119

Abb. 24: Das C. Kemal-Altun Platz-Schild des Bezirk Altonas. (Eigene Aufnahme, 2024) -- 119

Abb. 25: Vielschichtige migrantische Erinnerungsarbeit im Kontext der memory citizenship-Akte: Soziale, räumliche und symbolische Praktiken. (Eigene Darstellung, 2024) ----- 130

Abb. 26: Hängende Laminate mit Bildern und Gedichten von Semra Ertan. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 133

Abb. 27: Sichtbare Forderung nach einem Gedenkort für Semra Ertan.(Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 133

Abb. 28: Blumen und Fotos der Gedenkfeier 2023, angebracht an einem Baum auf dem Platz. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 134

Abb. 29: Plakate und Blumen an der Litfaßsäule zum Gedenken an Semra Ertan. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 134

Abb. 30: (Multilokale) Erinnerungsgemeinschaften um die Gedenkfeiern in Hamburg und Bremen. (Eigene Darstellung, 2024) ------- 140

Abb. 31: Kunst der Schüler:innen bei der SE-Gedenkfeier 2024. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 145

Abb. 32: Transparente bei der SE-Gedenkfeier 2024 im Kölibri. (Eigene Aufnahme , 2024) ---------- 145

Abb. 33: Blumenbeet vor dem Köfte Kosher Pavillon. (Eigene Aufnahme, 2024) ---------- 169

K HB - Interview Kommunalpolitiker Hansestadt Bremen (11. Juni 2024, 75 Minuten)

E - Interview E., Aktivistische Künstlerin und Gründerin Köfte- Kosher-Projekt (14. Juni 2024, 104 Minuten)

C - Interview C., Aktivistische Künstlerin und Mitgründerin der Semra-Ertan-Initiative (26. Juni 2024, 62 Minuten)

St. Pauli-Archiv - Interview mit 2 Gründern und Mitarbeitenden des St.Pauli- Archivs (12. Juni 2024, 58 Minuten)

G - Interview mit G., Mitarbeiterin Stadtetilarchiv Ottensen (Telefongespräch, 02.Juli 2024, 30 Minuten)

K1 HH - Interview mit Kommunalpolitiker 1 Hamburg (K1 HH), Mitglied des City-Ausschusses Hamburg Mitte (Telefongespräch, 11. Juni 2024, 51 Minuten)

K2 HH - Interview mit Kommunalpolitiker 2 Hamburg, Mitglied des City-Ausschusses Hamburg Mitte (14. Juni. 2024, 26 Minuten)

Beobachtungsprotkoll der Semra-Ertan-Gedenkfeier im Kölibri, St.Pauli (25. Mai 2024)

Beobachtungsprotokoll des „Transatlantischen Austausch marginalisierter Narrativen“ im St. Pauli Archiv (27. Mai 2024)

Bebobachtungsprotkoll und Spontaninterviews am Marwa-El-Sherbini-Platz in Bremen (03.August 2024)

Beoabchtungsprotkoll und Spontaninterviews am „Semra-Ertan-Platz“ in Hamburg St.Pauli (18.August 2025)